



Verband der Lehrer  
an beruflichen Schulen  
in Bayern e.V.

# akzente

Berufliche Bildung  
in Bayern

## Unsere Themen

Einstellungssituation  
zum Schuljahr  
2004 / 2005

Parlamentarischer  
Abend mit der SPD-  
Landtagsfraktion

Zur Reform des Berufs-  
bildungsgesetzes

Weltkulturerbe Bamberg:  
unsere Kongressstadt  
stellt sich vor

VLB-Position: Master-  
studium zum Berufs- und  
Wirtschaftspädagogen

*40 Jahre akademische  
Lehrerbildung ...*



*... an der Technischen Universität  
München (TUM)*

## HERAUSGEBER

Herrmann Sauerwein, Landesvorsitzender,  
Verband der Lehrer an  
beruflichen Schulen in Bayern e.V. (VLB)  
VLB Verlag e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (0 89) 59 52 70  
Telefax: (0 89) 5 50 44 43  
Internet: www.vlb-bayern.de  
e-mail: info@vlb-bayern.de

## REDAKTION

Peter Thiel  
Am Happach 40, 97218 Gerbrunn  
Telefon: (09 31) 70 76 91  
Telefax: (09 31) 70 76 91  
e-mail: p.thiel@freenet.de

Martin Ruf  
Nußbaumweg 9, 97084 Würzburg  
Telefon: (09 31) 66 14 15  
Telefax: (09 31) 6 60 72 91  
e-mail: ruf@vlb-bayern.de

## ANZEIGENVERWALTUNG

Geschäftsstelle des VLB Verlages e.V.  
Dachauer Straße 4, 80335 München  
Telefon: (0 89) 59 52 70  
Telefax: (0 89) 5 50 44 43

## GESTALTUNG

Gunter Czerny  
Im Graben 6, 97204 Höchberg  
Telefon: (09 31) 4 52 09 90  
Telefax: (09 31) 4 52 75 98  
e-mail: gunter.czerny@t-online.de

## DRUCK

Helmut Preußler-Verlag  
Dagmarstraße 8, 90482 Nürnberg  
Telefon: (09 11) 9 54 78-0  
Telefax: (09 11) 54 24 86

## ERSCHEINUNGSWEISE UND BEZUGSPREIS

„VLB akzente“ erscheint 10 x jährlich  
Jahresabonnement 30,- Euro zzgl. Versand

## KÜNDIGUNG

Die Kündigung kann bis drei Monate vor  
Ablauf eines Jahres beim Verlag erfolgen.

## COPYRIGHT

Die veröffentlichten Beiträge sind  
urheberrechtlich geschützt.  
Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit  
Genehmigung der Redaktion.

## MANUSKRIPTE UND BEITRÄGE

Manuskripte gelten erst nach Bestätigung  
durch die Redaktion als angenommen.  
Für unverlangt eingesandte Manuskripte  
übernehmen wir keine Haftung.

Namentlich gezeichnete Beiträge, ins-  
besondere Leserbriefe, müssen sich nicht  
mit der Meinung des Herausgebers und  
der Redaktion decken.

„VLB akzente“ wird laufend im Dokumen-  
tationsdienst der Ständigen Konferenz der  
Kultusminister der Länder, im Dokumen-  
tationsdienst der DEUTSCHEN BIBLIOTHEK  
und im Dokumentationsring DOPAED  
bibliographisch nachgewiesen.

## REDAKTIONSSCHLUSS

für Heft 11: 2004-10-04  
für Heft 12: 2004-11-08  
für Heft 01: 2004-12-06

ISSN 0942 – 6930

## Themen des Tages

- 3 Hermann Sauerwein: Einstellungssituation zum Schuljahr 2004 / 2005

## Bildungspolitik

- 4 Peter Thiel: Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion  
7 Hans Preißl: Fachgespräch über die BBiG-Novelle in Straubing  
10 Bundeskabinett reformiert Berufsbildung  
11 iwd: Berufswelt im Wandel  
12 „Meister-BAföG – eine dauerhafte Erfolgsgeschichte  
13 BIBB: Wer finanziert die Berufsbildung in Deutschland?

## Aus dem Landtag

- 14 Anfragen – Anträge – Beschlüsse

## Dienstrecht

- 15 42 Stunden für Bayerns Beamte  
Dienstunfähigkeit bei Beamten rückläufig  
CSU-Fraktion lehnt Petition gegen längere Arbeitszeit ab  
16 dbb: Grenze der Belastbarkeit von Lehrern erreicht  
Jürgen Boxleitner: Das Alterseinkünftegesetz  
18 Die aktuelle Besoldungstabelle

## Lehrerbildung

- 17 Elisabeth Zeppenfeld u. a.: 40 Jahre akademische Lehrerbildung  
an der TU München  
22 VLB-Position: Masterstudium zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen

## 7. VLB-Berufsbildungskongress

- 23 Die Kongressstadt Bamberg stellt sich vor

## VLB-Initiativen

- 25 Schriftverkehr des VLB

## Pädagogik und Unterricht

- 28 Andrea Feuchtmayr: Museen. Muss ich sehen  
29 J. Seifried/D. Sembill: SoLe – Zentrale Ergebnisse für den Unterricht

## Aus dem Verbandsleben

- 32 **Bezirks- und Kreisverbände**  
BV München; BV Oberfranken; BV Schwaben; KV Landshut;  
KV Mittelfranken-Nord; KV Nürnberg; KV Würzburg

- 36 **Fachgruppen**  
FG Handel; FG Religion

- 38 **Senioren**  
Berthold Schulter: Senioren-Info

- 39 **Personalien**

## Umschau

- 41 **Vermischtes**  
44 Letzte Seite: Presseartikel zur IHK-Prüfertätigkeit  
(Main-Echo Aschaffenburg)

**Titelfoto:** Podiumsdiskussion zur Zukunft der Lehrerbildung. Auf dem Podium: Dr. Ludwig Eckinger (Verband Bildung und Erziehung), Rektor Prof. Alf Zimmer (Univ. Regensburg), Präsident Prof. Wolfgang A. Herrmann (TU München), OStD Rainer Rupp (Bayerischer Philologenverband), OStD Hermann Sauerwein (Landesvorsitzender des VLB), Dr. Christof Prechtel (Vereinigung der Bayer. Wirtschaft), StD Max Schmidt (Bayer. Philologenverband)

Einstellungssituation zum Schuljahr 2004/05:

## Trotz schwieriger Haushaltslage größte Anstrengungen unternommen



**HERMANN SAUERWEIN**

Zum Schuljahr 2004/05 wird Bayern trotz Sparhaushalts und Arbeitszeiterhöhung im öffentlichen Dienst über alle Schularten hinweg knapp 3600 Lehrkräfte einstellen. „Dies zeigt, dass wir auch bei schwieriger Haushaltslage größte Anstrengungen unternehmen, jungen Lehrkräften eine berufliche Perspektive zu eröffnen“, sagte Kultusministerin Monika Hohlmeier anlässlich der letzten Plenarsitzung des Bayerischen Landtages vor der Sommerpause in München.

Ein Schülerzuwachs von 5,2 % an den Realschulen, 2,1 % an den Gymnasien sowie 16,8 bzw. 16,5 % an den Fachober- und Berufsoberschulen stellen die Schulen auch im kommenden Jahr wieder vor große Herausforderungen. Für die Berufsschulen geht man von  $\pm 0$  % aus.

Schulartübergreifend können nach den Planungen des Kultusministeriums 2483 Bewerberinnen und Bewerber damit rechnen fest angestellt zu werden. Darunter erhalten 1903 Kandidatinnen und Kandidaten eine feste Planstelle, in 327 Fällen handelt es sich um sogenannte Superverträge

mit einer Garantie auf Übernahme in den staatlichen Schuldienst nach einem Jahr und für 255 Bewerber gibt es Drei-Viertel-Verträge mit Einstellungsgarantie. Darüber hinaus können 1109 Bewerbern befristete Beschäftigungsmöglichkeiten im Anstellungsverhältnis angeboten werden. Soweit die Lage in der Gesamtschau.

Für die beruflichen Schulen stellt sich die Situation – nicht zuletzt auch durch den hartnäckigen Einsatz unseres Verbandes – im kommenden Schuljahr insgesamt recht positiv dar:

Von den 577 Bewerbern, von denen 467 aus dem laufenden Prüfungsjahrgang (Absolventen des grundständig studierten Lehramtes für berufliche Schulen, Diplom-Handelslehrer, Seiteneinsteiger, wie von der Universität kommende Diplomingenieure und Diplomkaufleute sowie Teilnehmer an Traineeprogrammen) und 43 von der Warteliste kommen, erhalten 430 eine feste Planstelle bei staatlichen beruflichen Schulen. Darüber hinaus stellen die Kommunen – die immerhin ein Drittel der beruflichen Schulen unterhalten – und die privaten Berufsschulen (i.d.R. Förderschulen) ca. 110 Nachwuchskräfte des beruflichen Schulwesens ein.

Für gymnasiale Bewerber bestehen weitere 120 befristete Beschäftigungsmöglichkeiten an den Fachober- und Berufsoberschulen.

Soweit also die positiven Meldungen, denn wie gesagt, der VLB ist an den Erfolgen nicht unbeteiligt. Schmerzlich allerdings berührt uns, dass im Bereich der Berufsschulen, insbesondere bei der Beschulung der

Jugendlichen ohne Auszubildungsverhältnis, nach wie vor ca. 3 – 4 % des Pflichtunterrichts ausfällt. Gerade diese Schülergruppe darf nicht vernachlässigt werden, weil sie gut ist für sozialen Sprengstoff. Sie benötigte also eher stärkere Betreuung statt Unterrichtsminderung. Ein weiterer Wermutstropfen ist die Tatsache, dass an den Fachober- und Berufsoberschulen ein Unterrichtsdefizit von ca. 8,6 % ins neue Schuljahr verschleppt wird. Die Sache wird dann geradezu bedenklich, wenn man berücksichtigt, dass zu den oben genannten steigenden Anmeldezahlen noch eine Budgetkürzung von nahezu 10% kommt.

Durch die Verlagerung von Etatmitteln in Höhe von ca. 60 Planstellen an das Gymnasium wird die Möglichkeit, nebenberufliche Lehrkräfte zum Ausgleich von offenen Unterrichtsstunden und bei Monoberufen einzusetzen, auf ein Minimum beschränkt. Selbst in Zeiten fehlender Haushaltsmittel ist dies im Hinblick auf die starke Differenzierung des beruflichen Schulwesens ein absoluter Rückschritt, den wir nicht akzeptieren können, insbesondere nicht, weil weitere gut ausgebildete Lehrkräfte vor der Tür stehen.

Blicken wir bereits heute in den Herbst 2005. Ein neuer, hoffnungsvoller Jahrgang von motivierten Absolventen des Lehramts an beruflichen Schulen, Diplom-Handelslehrern und Seiteneinsteigern steht vor der Tür. Die beruflichen Schulen benötigen diesen Nachwuchs dringend und dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf den Wirtschaftsstandort. Nicht nur der VLB, auch die ausbildende Wirtschaft, hofft auf eine entsprechende Einsicht der politischen Entscheidungsträger. <

Parlamentarischer Abend mit der SPD-Landtagsfraktion:

## Die aktuellen Anliegen nachhaltig vermittelt

**PETER THIEL**

Wenn die Landtagsabgeordnete Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) feststellte, „die parlamentarischen Abende des VLB sind mit die schönsten, weil sie Atmosphäre haben, einen regen Gedankenaustausch sicherstellen und hochgradigen Erkenntnisgewinn garantieren“, dann hat das natürlich auch etwas mit Höflichkeit zu tun und mit dem Bedürfnis, dem Gastgeber etwas Nettes zu sagen. Andererseits gibt es wirklich keinen Anlaß an der Ehrlichkeit dieses Kompliments zu zweifeln, mit dem die stellvertretende Fraktionsvorsitzende sich für die Einladung des VLB bedankte. Das Gespräch mit den Sozialdemokraten – diesmal im eher kleinen Kreise – drehte sich um diejenigen Themen, die den Verband derzeit nun mal beschäftigen: Die Ausbildungsplatzsituation, die Novellierung des Berufsbildungsgesetzes, die Lehrerarbeitszeit und die Lehrergesundheit, die Unterrichtspflichtzeit sowie die Lehrerbildung.

### „Auf 100 Bewerber kommen 42 Angebote“

Ein weiterer hoffnungsvoller Schülerjahrgang werde in Kürze aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen, sagte VLB-Landsvorsitzender Hermann Sauerwein, „und die jungen Leute hoffen alle auf adäquate Ausbildungsplätze“. Nach Auskunft der Bundesagentur für Arbeit seien in Bayern jedoch noch immer 37 000 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. „Auf 100 Bewerber kommen gerade mal 42 Angebote – ein schier untragbarer Zustand“, erklärte Sauerwein. Das Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe sei durch die Wirtschaft zu Fall gebracht worden, der daraufhin geschlossene Ausbildungspakt trage lediglich den Charakter einer Absichtserklärung und enthalte

keinerlei Garantien, gab der Landesvorsitzende zu bedenken.

### Ausbildung nicht als reinen Kostenfaktor interpretieren

Zwar schwächele die Wirtschaft nach wie vor, dennoch dürfe Ausbildung

„Berufsschullehrer sind ähnlichem Stress ausgesetzt wie Jet-Piloten“: MdL Johanna Werner-Muggendorfer. Rechts Hermann Sauerwein, links Hans Käfler (beide VLB).



nicht als reiner Kostenfaktor interpretiert werden. Es deute alles darauf hin, dass die duale Ausbildung in einer Strukturkrise steckt. Nur noch 58% aller Berufsausbildungsverhältnisse seien dual und zwar bei abnehmender Tendenz. „Dies aber darf nicht zu Lasten der jungen Leute gehen“, meinte der VLB-Landesvorsitzende und forderte zweierlei:

Erstens: Da der Staat nicht nur im Bereich der Hochschulen in der Pflicht steht, sondern auch den nicht-vermittelten Jugendlichen gegenüber, muss er dieser Zielgruppe ein ergänzendes Angebot an ein-, zwei- oder dreijährigen Berufsfachschulen machen. Freilich müsse die Wirtschaft da mitziehen. Sie habe den Bedarf zu ermitteln, sich an den Planungen zu beteiligen und den Besuch einjähriger Berufsfachschulen auf die folgende duale Ausbildung anzurechnen. „Wir können uns gesellschaftliche

Ausgrenzungen, wie sie derzeit geschehen, einfach nicht leisten“, sagte Sauerwein.

Zweitens: Der Staat ist gefordert, den noch nicht berufsreifen Jugendlichen Möglichkeiten zur Qualifizierung und zur Hinführung auf die Berufsreife anzubieten. Die dabei erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten müssen bei der späteren Berufsausbildung anerkannt werden.

### „Wir reparieren immer nur“

Nicht alle Jugendliche seien eben ausbildungsfähig, wenn sie die allge-

meinbildenden Schulen verlassen, insbesondere im Hinblick auf die High-tec-Berufe. Wie aber kommt es zu mangelnder Berufsreife? „Wir reparieren immer nur, statt vorzubeugen“, sagte Sauerwein und verwies u.a. auf die prophylaktischen Vorgehensweisen Finnlands, das von VLB-Bildungsexperten kürzlich erst besucht worden war. So ziemlich jede Schule dort verfüge über einen sog. Kurator, der für Sozialarbeit und für Kontakte zu den Eltern zuständig ist, erklärte Sauerwein. Darüber hinaus stehen den Schulen in ausreichender Zahl Psychologen zur Verfügung, „die in Krisenfällen bei den Wurzeln ansetzen“. Diesbezüglich bestehe hier zu Lande dringend Handlungsbedarf, meinte VLB-Vize Hans Käfler. „Insbesondere der Hauptschulen müssen wir bei ihrer schweren Arbeit nach besten Kräften unter die Arme greifen“.

## Ein langfristiges Konzept für Berufsfachschulen

Als unverzichtbar erachtet wurde von den sozialdemokratischen Parlamentariern Konzepte sowohl zur Einführung von Ausländern in die Sprache ihres neuen Kulturkreises, als auch zur Integration von Behinderten und zur Vermeidung jedweder Ausgrenzung. MdL Christa Steiger prognostizierte für die Zeit nach 2008 einen gravierenden Facharbeitermangel. „Deshalb ist auch ein langfristiges Konzept in Sachen Berufsfachschulen nötig“, sagte sie. MdL Karin Pranghofer, Be-

„Die Probleme werden nicht gelöst, wenn man sie nur quantitativ sieht“. MdL Marianne Schieder (Mitte). Rechts Hans Käfler (VLB), links Matthias Kohn (VLB-Geschäftsstelle).



„Hinter der derzeitigen Ausbildungskrise steckt eine handfeste Strukturveränderung, der man nur mit klar durchdachten Maßnahmen beikommt“. MdL Karin Pranghofer (rechts). Links im Bild MdL Dr. Linus Förster.



„Die Kolleginnen und Kollegen im Land sind stocksauer“. Wolfgang Lambi (VLB).

rufsbildungsexpertin ihrer Fraktion, stellte fest, dass die derzeitige Ausbildungskrise nicht allein auf konjunkturelle Probleme zurückzuführen sei. „Dahinter steckt eine handfeste Strukturveränderung, der man nicht irgendwie, sondern nur mit klar durchdachten Maßnahmen beikommen kann“. Dazu gehören u.a. kooperative Ausbildungsverbände einzelner Unternehmen. Die Abgeordnete verwies auf einen Dringlichkeitsantrag ihrer Fraktion mit dem Titel „Neuordnung der beruflichen Bildung für Jugendliche ohne Ausbildungsverträge“ (siehe Seite 14 dieses Heftes). Diesen Antrag wolle man unbedingt noch vor der Sommerpause ins Plenum bringen, erklärte MdL Marianne Schieder. Die Probleme würden nicht gelöst, wenn man sie allein unter quantitativen Gesichtspunkten angehe. Es komme vor allem auf inhaltliche Lösungen an. Dazu hö-

re u.a. das produktionsorientierte Lernen, forderte MdL Pranghofer.

## Ein Azubi für die Fraktion

MdL Werner-Muggendorfer äußerte Unverständnis darüber, dass man für Lernschwache eine kürzere Ausbildungsdauer vorsehe. „Das habe ich nie verstanden, die brauchen doch eher mehr Zeit“, sagte sie. Im Übrigen wies sie darauf hin, dass die SPD-Landtagsfraktion im Herbst einen Auszubildenden einstellen werde.

## VLB-Forderungen zur BBiG-Novelle

Themenwechsel: Unter Bildungsfachleuten unstrittig sei die Reformbedürftigkeit des Berufsbildungsgesetzes stellte VLB-Vorsitzender Sauerwein fest. „Die Novellierung des BBiG ist überfällig“. Nach langwierigen Verhandlungen liege jetzt der Entwurf des Berufsbildungsreformgesetz-

zes in der Fassung vom 19. Mai vor. Zum Thema „Berufsschule“ sei darin jedoch nichts Konkretes geregelt. Aus Sicht des VLB müssen in das Gesetz noch folgende Punkte einfließen:

- Konkrete Aussagen zu Rechten und Pflichten bei der theoretischen Beschulung in der Berufsschule, zur Berufsschulpflicht, zu Freistellungen und zur Pflicht zum Besuch der Berufsschule während der Ausbildung. Präzisiert werden müssen auch die Angaben zur personellen und sächlichen Ausstattung beruflicher Schulen.
- Die in der Berufsschule erbrachten Leistungen der Auszubildenden müssen in das Gesamtergebnis des Berufsabschlusses – am besten als deren theoretischer Teil – integriert werden.



Für die Zeit nach 2008 einen gravierenden Facharbeitermangel prognostiziert: MdL Christa Steiger (rechts). Links im Bild MdL Heidi Lück.

- Berufsqualifikationen, die im Rahmen von teilqualifizierenden oder berufsvorbereitenden Ausbildungsgängen in Berufs- oder Berufsfachschulen erworben werden, müssen zeitlich auf die Gesamtdauer der Ausbildung angerechnet werden. Für Absolventen beruflicher Vollzeitschulen muss die Zulassung zur Facharbeiterprüfung sichergestellt sein.
- Die Lehrkräfte beruflicher Schulen beanspruchen ein vollwertiges und gleichberechtigendes Stimmrecht in den Berufsbildungsausschüssen und Bildungskonferenzen.

Erfolgreich weiterbestehen könne das duale Ausbildungssystem künftig nur, wenn die Lernortkooperation rechtlich entsprechend verankert werde. Dies aber gewährleiste der vorliegende Gesetzentwurf nicht, monierten die Vertreter des VLB und verwiesen mit Nachdruck auf die oben dargestellten Forderungen.

### „Die Kolleginnen und Kollegen sind stocksauer“

„Die Bildungsoffensive ist dem Spareifer der Staatsregierung geopfert worden, die Kolleginnen und Kollegen im Lande sind stocksauer, weil die Wahlversprechen nicht eingehalten wurden“. Dies erklärte stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Wolfgang Lambl im Zusammenhang mit den Themen Lehrerarbeitszeit und Lehrergesundheit. Mit der Erhöhung der Unterrichtszeit sei eine Arbeitsbelastung entstanden, die völlig kontraproduktiv wir-

ke und zu einem Qualitätsverlust der beruflichen Bildung führe. Die Lehrerschaft wehre sich nicht öffentlich, deutlich feststellbar sei ein Prozess der Resignation, welcher der Umsetzung des Bildungsauftrags alles andere als bekömmlich sei. „Zwangsläufig neigen die Kolleginnen und Kollegen zum

Klärungsbedarf im Detail: MdL Helga Schmitt-Bussinger, Alexander Liebel (VLB).



Dienst nach Vorschrift, was den grundsätzlichen bildungspolitischen Zielen natürlich zuwiderläuft“, sagte Lambl.

### Vieles bleibt auf der Strecke

Durch die Gesamtarbeitsbelastung müssen vertiefte Unterrichtsvorbereitung, Fortbildung und die Durchführung von Schulentwicklungsprojekten zwangsläufig zu kurz kommen oder ganz auf der Strecke bleiben. Das Pflichtprogramm, bestehend aus Unterricht, Leistungserhebungen, Verwaltungsarbeit und der Teilnahme an

den Abschlussprüfungen lasse kaum noch Spielraum für zusätzliche pädagogische Arbeit, beispielsweise für Fördermaßnahmen.

Ab dem Schuljahr 2005/2006 werde das verpflichtende Arbeitszeitkonto zur Überbrückung des Schülerberges eine weitere Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit um eine Wochenstunde bringen.

### „Berufsschullehrer ähnlich gefordert wie Jetpiloten“

„Diese überproportionale Arbeitsbelastung führe unvermeidlich zu gesundheitlichen Belastungen, meinte Lambl. „Mit der Fürsorgepflicht des Staates ist dies nicht mehr zu vereinbaren“. Häufigere Erkrankungen und vermehrte Frühpensionierungen werden den Spareffekt zunichte machen. Unverzüglich sollten deshalb präventive Maßnahmen zur Erhaltung der Lehrergesundheit in Angriff genommen werden.

Obwohl in verschiedener Form wissenschaftliche Untersuchungen über die Gesundheitsbelastung von Lehrkräften vorliegen, werde der Sachverhalt in der Öffentlichkeit, bei der Staatsregierung und in den Landtagsfraktionen immer wieder in Frage gestellt. „Berufsschullehrer sind ähnlichen Anforderungen ausgesetzt wie Jetpiloten“, veranschaulichte MdL Werner-Muggendorfer. „Der Landtag sollte deshalb von der Staatsregierung fordern, eine Arbeitsbelastungsstudie für Lehrer beruflicher Schulen in Auf-



„Von anderen Bundesländern in Sachen Lehrerbildung lernen“: MdB Dr. Christoph Rabenstein.

trag zu geben“, sagte Sauerwein. Erst wenn diese vorliege, sollten weitere Entscheidungen getroffen werden.

### Schlechtes Lehrermage

„Wie nur kann eine Gesellschaft ihren Lehrern ein so schlechtes Image auflasten, wie bei uns der Fall?“ fragte Wolfgang Lambl und löste damit nicht nur Betroffenheit, sondern auch eine längere Diskussion aus, die auf Grund des komplexen Sachverhalts freilich nicht zu einem konkreten Ende geführt werden konnte.

### Auf's VLB-Modell verwiesen

Abschließender Tagesordnungspunkt war das Thema Lehrerbildung. Das grundständige Studium zum Lehramt an beruflichen Schulen und zum Diplomhandelslehrer erbringe seit Jahren nicht die notwendige Zahl von Absolventen, die auf ca. 400 bis 600 jährlich beziffert werde, um den Pflichtunterricht an den sieben beruflichen Schularten im Lande sicher zu stellen. Immer wieder waren Sondermaßnahmen nötig geworden, um die Schulen so mit Lehrpersonal zu versorgen, dass der Pflichtunterricht gehalten werden konnte.

Durch den sog. Bologna-Prozess werde ein einheitlicher europäischer Hochschulraum angestrebt. Dieser beziehe mit den Bachelor- und Masterstudiengängen auch die Lehrerbildung ein. Der VLB verwies auf ein von ihm entwickeltes Modell, welches – so

ist zu hoffen – für die beruflichen Schulen den erforderlichen Nachwuchs sichern werde (siehe Seite 22 dieses Heftes). Im Bereich der Fachlehrer gelte es, die Ausbildung ebenfalls zu ergänzen und bedarfsgerecht auszuweiten. Auch hierzu legte der VLB eine Konzeption vor.

Bedingt durch ein Mißverständnis konnten die Mitglieder der Landtagsausschüsse „Öffentlicher Dienst“ und „Haushalt“ an der Gesprächsrunde nicht teilnehmen. Die anwesenden Bildungsexperten jedoch legten sich so stark ins Zeug, dass die eingangs von MdB Werner-Muggendorfer geäußerte Feststellung wiederum bestätigt wurde: Sowohl das Gesprächsklima als auch die Informationsdichte sorgten jedenfalls dafür, dass dieser parlamentarische Abend seinen Zweck nicht verfehlen wird. <

#### Teilnehmer der

##### SPD-Landtagsfraktion:

MdB Johanna Werner-Muggendorfer  
MdB Marianne Schieder  
MdB Karin Pranghofer  
MdB Dr. Linus Förster  
MdB Christa Steiger  
MdB Heidi Lück  
MdB Dr. Christoph Rabenstein  
MdB Helga Schmitt-Bussinger  
Annette Voß

#### Teilnehmer des VLB:

Hermann Sauerwein  
Hans Käfler  
Wolfgang Lambl  
Alexander Liebel  
Peter Thiel  
Matthias Kohn

### Fachgespräch über die BBiG-Novelle in Straubing:

## „Von Fortschritt wenig zu erkennen“

#### HANS PREISL

„Jeder junge Mensch, der will und kann, soll eine Berufsausbildung erhalten.“ Dieses Versprechen findet sich in der Koalitionsvereinbarung von 2002, in der die Bundesregierung eine Reform des Berufsbildungsgesetzes angekündigt hatte. Ziel der Gesetzesnovelle sollte sein, „die duale Ausbildung zu stärken, die berufliche Bildung zu internationalisieren, das Prüfungswesen zu modernisieren und den Geltungsbereich des Gesetzes zu erweitern“.

Eine durchaus verheißungsvolle Programmatik war in der Vereinbarung formuliert worden: „Eine qualifizierte Berufsausbildung ist eine wichtige Form der Zukunftsvorsorge.“ Jetzt hat das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) einen Gesetzesentwurf vorgelegt. Aus diesem Anlass

lud der Arbeitskreis Berufsbildung der IG Metall eine hochkarätig besetzte Gruppe von Bildungsexperten um den vorgelegten Referentenentwurf zu diskutieren. Der Straubinger Bürgermeister Vicari hatte der Bedeutung des Themas angemessen in den repräsentativen Blauen Saal des Rathauses für Anfang Juli geladen.

Er begrüßte Vertreter der Regierung von Niederbayern, der Gewerkschaften, des Berufsbildungsausschusses der IHK, der Stadt und der Berufsschulen Straubing, Jugendvertreter von BMW und die komplette Verbandspitze des VLB.

Das Stadtoberhaupt bedauerte, dass vom ursprünglichen Reformansatz nicht mehr viel übrig geblieben sei. Er sieht das duale System der beruflichen Bildung „in einer ernsthaften qualitativen und quantitativen Krise“.



Unter der Moderation von Bürgermeister Vicari diskutierten Vertreter beruflicher Schulen und Vertreter der IG Metall im Blauen Saal des Straubinger Rathaus über die BBiG-Novelle.

Auch Reinhard Böckl, der dem Arbeitskreis Berufsbildung der IG Metall Bayern vorsteht und das Treffen initiiert hatte, sieht elementare Anliegen nicht berücksichtigt. Er kritisierte in seinem Eingangsstatement Versuche, die bisherige Bundeskompetenz auf die Länder zu übertragen. Er befürchtet dadurch eine noch stärkere Zersplitterung und Intransparenz des Ausbildungssystems.

Hermann Sauerwein, Landesvorsitzender des VLB, plädierte ebenfalls für eine Beibehaltung der Bundeskompetenz, wünscht sich aber statt sklavischer Vereinheitlichung Differenzierungen, die auf regionaler Ebene Handlungsspielräume eröffnen. Er zeigte dann einige zentrale Probleme in den Vorschlägen des BMBF auf:

- Obwohl vielfach gefordert, werden die Gesundheitsberufe in den Anwendungsbereich des BBiG nicht aufgenommen,
- der Gedanke der Partnerschaft in der dualen Ausbildung kommt zu kurz,
- der Partner Schule wird in dem Entwurf gar nicht geregelt,
- die Leistungen am Lernort Schule werden nicht angemessen berücksichtigt.

„Von Fortschritt ist in dem Entwurf wenig zu erkennen“, resümierte Sauerwein.

Rudolf Halbetel, Grandseigneur der Berufsbildungsausschüsse, konstatiert ebenfalls enttäuscht: „Dieser Entwurf ist nicht der große Wurf.“ Er forderte neben den Gesundheitsbe-

rufen auch die Aufnahme des mittleren Dienstes in den Geltungsbereich des Berufsbildungsgesetzes. In der Debatte um die Verlagerung der Bundeskompetenz auf die Länder verweist Halbetel auf den Vorteil, dass bundeseinheitliche zentrale Prüfungen der Objektivität dienen und einheitliche Qualitätsstandards ermöglichen.

Halbetel plädierte auch dafür, die Regelungskompetenz der Berufsbildungsausschüsse bei den zuständigen Stellen auszuweiten. Bisher dürften sie lediglich hören und beraten.

Reinhold Böckl thematisierte dann das nicht immer konfliktfreie Verhältnis Gewerkschaft – Schule. Er ermutigte die Lehrer, sich Gewerkschaftsvertretern mehr zu öffnen. Von positiven Erfahrungen in dieser Beziehung berichtete Heinz Hauser, der IG Metall-Bevollmächtigte. Er lobte die gute Kooperation zwischen Gewerkschaften und Schulen in seinem regionalen Verantwortungsbereich. Kurze Wege würden für eine fruchtbare Zusammenarbeit genutzt.

Sauerwein wies auf institutionalisierte Möglichkeiten der Zusammenarbeit hin, wie etwa den Berufsschulbeirat oder das Schulforum.

Stellvertretender VLB-Landesvorsitzender Hans Käfler setzte ein klares Signal der Kooperationsbereitschaft. Wenn sich die Frage nach Freunden der Berufsschule stelle, sei für ihn die Antwort unmissverständlich klar: „Das können nur die Vertreter der Arbeitnehmer sein.“ Wo Vorurteile be-

stünden, müssten sie durch persönliche Treffen aufgelöst werden.

Heftig gerungen wurde um einen Weg, wie das Lernergebnis der Schule in der Berufsabschlussprüfung berücksichtigt werden kann. Bisher sieht der Entwurf lediglich vor, dass Lehrer als „Dritte für Teile der Prüfung gutachterlich tätig werden können“. Die Gewerkschaftsvertreter äußerten gewisse Vorbehalte gegen das Einbringen berufsschulischer Leistungen. Dies hängt offensichtlich mit singulären persönlichen Erfahrungen zusammen, wenn etwa von einem „Feilschen um Punkte“ oder „fehlender Gerechtigkeit“ berichtet wird. BMW-Jugendvertreter Wolfgang Tischler sieht Notengerechtigkeit „abhängig vom Verhältnis zur Berufsschule“. Außerdem verwies er auf das Problem des Stundenausfalls.

Dieses Problem bestehe aber auch bei Kammerprüfungen, wandte der stellvertretende Landesvorsitzende und Hauptpersonalrat Wolfgang Lambl ein. Er sieht eine Gerechtigkeitslücke eher, wenn leistungsfähige Industriebetriebe über „organisierte PAL-Pauke“ ihre Azubis auf 90 plus x Punkte trimmten. Der Lehrling aus dem kleinen Handwerksbetrieb werde hingegen alleine gelassen. Lambl favorisiert das Prinzip: „Wer lehrt, der prüft.“

Der Vertreter der Regierung von Niederbayern, Anton Tafelmaier, vermeldete, dass in seinem Regierungsbezirk kein fachlicher Unterricht ausfalle. Er betrachte Noten deshalb als



gerecht, weil sie auf Fakten basieren und Leistungen objektiv messen. Anders als die Kammerprüfung, bei der oft die Tagesform entscheidend sei, spiegle die Berufsschulnote die Leistungsfähigkeit über die gesamte Ausbildungszeit wider. Sie dürfe deshalb kein nur unbedeutendes Anhängsel im Prüfungszeugnis sein.

Der faire Austausch der Argumente zeigte, dass unter bestimmten Voraussetzungen eine Konsenslinie erkennbar wird:

- Qualitätsstandards müssen eine Vergleichbarkeit der berufsschulischen Leistungen ermöglichen. Hier sind viele Berufsschulen längst auf einem guten Weg.
- Die spürbare gewerkschaftliche Zögerlichkeit könnte abgebaut werden, wenn Berufsschulleistungen nicht gänzlich ohne Beteiligung der Sozialpartner abgeprüft werden.
- Unbürokratisch umzusetzen wäre eine integrative Lösung, die die Berufsschulleistung als theoretischen Teil der Abschlussprüfung anerkennt.

### Für Schmalspurberufe gibt es keinen Zukunftsmarkt

In Zeiten mit großem Nachfragedruck auf dem Ausbildungsstellenmarkt lebt immer wieder die Diskussion um die Ausbildungsfähigkeit der jungen Menschen auf. So gibt es auch jetzt wieder eine Debatte um Sonderberufe für Bildungsbenachteiligte. Dabei wird suggeriert, Betriebe würden Lernschwächere vermehrt einstellen, wenn die Ausbildung nur kürzer und einfacher wäre. In der Diskussionsrunde herrschte große Einigkeit darüber, dass verkürzte Ausbildungsgänge für sog. „praktisch Begabte“ die Lehrstellenkrise nicht lösen. Böckl sieht in den „zweijährigen Berufen“ eine Schmalspurausbildung, für die es keinen Zukunftsmarkt gebe. Sein Gewerkschaftskollege Hausner meint, in den reduzierten Berufen würden Facharbeiter 2. Klasse ausgebildet, für die das Risiko einer Eingruppierung in niedrigere Lohngruppen bestehe.

Hans Käfler erscheint es völlig widersinnig, dass man den steigenden

Anforderungen der Berufs- und Arbeitswelt dadurch begegnen wolle, dass man die Ausbildungszeit verkürzt.

Anton Tafelmaier hält das Modell der Stufenausbildung dann für kein tragfähiges pädagogisches Konzept, wenn die Lernschwachen in derselben Klasse sitzen, wie die Azubis, die den höherwertigen Abschluss anstreben. Er hält gezielte Förderangebote für die praktisch Begabten für unverzichtbar.

„Die Akteure der Berufsbildungspolitik müssen findiger werden, um auch Schwächere in einem Vollberuf auszubilden“. Auch Halbetel lehnt zweijährige Sonderberufe ab, kann sich aber eigene dreijährige Berufe mit modifizierten Anteilsgewichten vorstellen.

VLB-Vize Armin Ulbrich sieht Systemmängel, wenn es solche spezialisierte Schmalspurberufe überhaupt gibt. Seiner Meinung nach müsse die berufliche Grundbildung sehr breit angelegt sein, eine Spezialisierung solle erst später erfolgen.

In das gleiche Horn stieß der Straubinger Verwaltungsrat für Jugendfragen Peter Stranninger. Vielen Unternehmen erscheine es betriebswirtschaftlich nahe liegend, den Berufsnachwuchs für eine schnell verwertbare Schubladenausbildung gering zu qualifizieren. Volkswirtschaftlich erweise es sich aber als sehr kurzsichtig, wenn man Jugendliche in solche Sackgassenberufe lockt. Benötigt werde nämlich der breit ausgebildete Generalist.

Die Signale auf dem Lehrstellenmarkt sind auch in diesem Jahr alles andere als erfreulich. In Bayern ist die Zahl der gemeldeten Lehrstellen im Vergleich zum ohnehin schon schlechten Jahr 2003 noch einmal um mehr als 10 Prozent gesunken. Das freiwillige Ausbildungsengagement der Unternehmen reicht für die Gesamtversorgung der Jugendlichen nicht mehr aus. Für Hermann Sauerwein ist es deshalb selbstverständlich und zwingend, dass die Politik reagieren muss. Wenn es der Wirtschaft nicht gelingt, ausreichend Ausbildungsplätze aus eigener Kraft zur Verfügung zu stellen, sei zu

fragen, ob es nicht weitere tragfähige Alternativen gibt. Für den VLB-Chef besteht diese gleichwertige Alternative z.B. in beruflichen Vollzeitschulen. Hier sieht er eine Möglichkeit Jugendliche in einem anerkannten Ausbildungsberuf zu einem auf dem Arbeitsmarkt verwertbaren Abschluss zu führen. Angesichts der hartnäckigen Ausbildungsverweigerung vieler Betriebe forderte Sauerwein: „Der Staat muss Verantwortung übernehmen und Berufsfachschulen gründen.“

Auch Anton Tafelmaier sieht in einer schulischen Vollausbildung eine gute Ergänzung, solange das duale System „rückläufig“ sei. Er hält aber nichts von Schulen, die sich lediglich als Warteschleifen im Lebenslauf von Jugendlichen ohne betrieblichen Ausbildungsplatz entpuppten. Man müsse sich schon über eine Anerkennung der schulischen Ausbildung verständigen.

Die Absolventen etablierter Berufsfachschulen seien bei Industrie und Handwerk gleichermaßen gefragt.

Während die VLB-Vertreter vor allem in vollzeitschulischen Angeboten einen Weg sehen, die Berufsausbildung zu stabilisieren und von der Konjunktur unabhängiger zu machen, bringen Gewerkschafter ein Sanktionsinstrument ins Spiel. Heinz Hausner sieht nämlich nach dem derzeitigen Stand der Novellierung keine Chance, dass das BBiG neue Ausbildungsplätze schafft. Er macht sich deshalb für eine Umlagefinanzierung der Berufsausbildung stark.

Konsens herrschte in der Runde, dass die berechtigten Sorgenfalten um den Wirtschaftsstandort Deutschland den Blick auf die betroffenen jungen Menschen nicht trüben dürften.

Bei den anstehenden berufsbildungspolitischen Entscheidungen gilt es die Verantwortung um die Nachwuchssicherung angemessen wahrzunehmen.

Bürgermeister Vicari ist vorbehaltlos zuzustimmen, wenn er mahnt: „Jugendliche ohne Perspektive – das ist das Schlimmste, was uns passieren kann.“

**Kabinett reformiert Berufsbildung:****„Wir setzen auf internationale Qualifizierung und Auslandserfahrung“**

Das Bundeskabinett hat am 14. Juli den Entwurf für eine grundlegende Reform des Berufsbildungsgesetzes verabschiedet. Die Berufsschulen werden deutlich aufgewertet. Auch sind mehr zweijährige Lehrverträge vorgesehen. Darüber war seit Jahren zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften erbittert gestritten worden. Außerdem beschloss die rotgrüne Bundesregierung in Berlin, Unternehmen, die Jugendlichen ohne Lehrstelle eine einjährige Einstiegsqualifizierung bieten, mit einem Zuschuss von monatlich bis zu 300 Euro zu fördern.

Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn (SPD) sagte, die Reform des jetzt seit 35 Jahren gültigen Berufsbildungsgesetzes biete allen bessere Ausbildungschancen. So sollen auch Jugendliche, die wegen des Lehrstellenmangels nicht im Betrieb, sondern in der Schule einen Beruf erlernen, eine Kammerprüfung ablegen und damit den Gesellenbrief erwerben können. Betroffen sind davon pro Jahr etwa 60 000 Jugendliche. Die Länder können „schulische Ausbildungszeiten“ auf die Lehrzeit voll anrechnen. Damit übernimmt der Bund auch eine Forderung der Länder-Kultusminister.

Bei der vorgesehenen zweijährigen Ausbildungen für Lernschwache oder mehr praktisch begabte Jugendliche erhalten die Teilnehmer einen Anspruch auf anschließende Weiterqualifizierung. Das Schaffen neuer Berufe oder die Modernisierung von Ausbildungsordnungen wird deutlich beschleunigt. Einigen sich die Tarifpartner nicht, kann der Bund sofort handeln. Nach Angaben von Bulmahn wurden seit 1998 bereits 161 Ausbildungsberufe neu geschaffen oder geordnet. In ihnen würden inzwischen mehr als die Hälfte aller jungen Menschen ausgebildet.

Auch bei der grenzüberschreitenden Qualifizierung werde die Anerkennung und Anrechenbarkeit von

Leistungen für die berufliche Bildung verbessert, sagte Bulmahn. „Wie in der Hochschulbildung setzen wir bei der beruflichen Bildung stärker auf internationale Qualifizierung und Auslandserfahrung.“ So können Lehrlinge künftig einen zeitlich begrenzten Abschnitt ihrer Ausbildung auch im Ausland absolvieren.

Mit den finanziellen Hilfen für Betriebe bei der Einstiegs-Qualifizierung löst Wirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) ein Versprechen der Bundesregierung im Ausbildungspakt mit der Wirtschaft ein. Arbeitgeber, die ein solches einjähriges Praktikum für nicht vermittelte Jugendliche anbieten, können dabei vom 1. Oktober an mit monatlich bis zu 192 Euro bei der Vergütung und bis zu 102 Euro bei der Sozialversicherung rechnen. Vorgesehen sind dafür in Clements Etat bis zu 267 Millionen Euro für die dreijährige Laufzeit des Paktes. Darin sind 25 000 solcher Einstiegs-Qualifikationen vereinbart. Der Start erfolgt zunächst in zehn Berufen. Am Ende gibt es ein Kammerzertifikat.

Die Vorsitzende des Bildungsausschusses, die FDP-Politikerin Ulrike Flach, kritisierte Bulmahns Vorstoß für die Kammerprüfung. Schulausbildung und Ausbildung im Betrieb seien nicht dasselbe. Auch würden mit dem Gesetzentwurf nicht die Lehrlingsgehälter gesenkt. Die Union sprach von einer weiteren Verschulung der beruflichen Bildung. Schulische Ausbildungsgänge könnten nach dem rotgrünen Entwurf ohne Einschränkung mit der dualen Ausbildung gleichgesetzt werden, sagten die Unions-Bildungssprecher Katherina Reiche und Uwe Schummer (beide CDU).

Wirtschaft und Gewerkschaften wandten sich gemeinsam gegen eine weitere Verschulung der Berufsausbildung. Der Gesetzentwurf enthalte Ansätze, die einen Systemwechsel einleiteten, meinten das Kuratorium der Deutschen Wirtschaft für Berufsbil-

dung und der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in einer gemeinsamen Erklärung. Sorge bereite vor allem der fehlende Bezug zur beruflichen Praxis. Um das duale Ausbildungssystem nicht auf Dauer zu gefährden, dürften vollzeitschulische Bildungsgänge nur in Ausnahmefällen und zeitlich begrenzt der betrieblichen Ausbildung gleichgestellt und mit einem Anspruch auf Zulassung zur Kammerprüfung verbunden werden, verlangten die im Kuratorium zusammen geschlossenen Spitzenverbände der Wirtschaft und der DGB.

Die Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern sprachen sich ferner gegen den Vorschlag der Ministerpräsidenten im Rahmen der Föderalismuskommission aus, Zuständigkeiten in der beruflichen Bildung auf die Länder zu übertragen. Sie appellierten gemeinsam an die Bundesregierung, die Zuständigkeit des Bundes für die berufliche Bildung uneingeschränkt zu erhalten. Nur so könnten deren anerkannt hohe Qualität und die bundes- und europaweite berufliche Mobilität gesichert werden. *-dpa-*

**Unter dem Motto****„Europaorientierte Berufsausbildung in Deutschland und Frankreich“**

findet am 22. und 23. Oktober 2004 in Limoges das zweite deutsch-französische Symposium des VLB und der Montgelas-Gesellschaft statt.

Tagungsthemen sind u. a.

- Die neuen EU-Richtlinien und ihre Auswirkungen auf die nationale Berufsausbildung und Weiterbildung,
- Qualitätssicherung in der beruflichen Bildung – erste Erfahrungen mit ISO 9000 und EFQM,
- Mobilitäten von Auszubildenden, Schülern und Studenten – Anerkennung der Praktika.

Die Veranstaltung dient der Vorbereitung von Austauschmaßnahmen. Interessenten mögen sich bitte bei der VLB-Geschäftsstelle (Adresse siehe Impressum) melden.

Stellungnahme aus dem iwd:

# Berufswelt im Wandel

Unter dieser Überschrift berichtet das Institut der deutschen Wirtschaft, Köln (iwd), in seiner Ausgabe Nr. 29 über die Veränderungen des Arbeitsmarktes, bezogen auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten in Westdeutschland. Interessant ist sicherlich, dass die Beschäftigung in Westdeutschland im Laufe der letzten 20 Jahre um 9 % zugenommen hat – anders als die Arbeitslosenstatistik glauben macht. Doch die Beschäftigungschancen für Ungelernte haben sich stark verschlechtert. Akademiker haben von den Veränderungen profitiert.

Der Bericht in Auszügen:

## Hochschulabschluss

Akademiker sind die deutlichen Gewinner auf dem Arbeitsmarkt. Über 2 Millionen Beschäftigte hatten in Westdeutschland 2002 einen Hochschulabschluss. Das ist nahezu jeder Zehnte – der Akademikeranteil hat sich damit binnen 20 Jahren mehr als verdoppelt.

## Abgeschlossene Berufsausbildung

Über zwei Drittel der Arbeitnehmer haben als Qualifikation eine Berufsausbildung vorzuweisen. Auch das ist mehr als vor zwanzig Jahren: 1980 brachten nur knapp 60 Prozent der Beschäftigten eine abgeschlossene Lehre mit.

## Abitur ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Die Zahl derer, die nach dem Abitur kein Studium und keine Ausbildung abgeschlossen haben, war mit zuletzt einer halben Million zwar eher gering – doch im Zunehmen begriffen. So erhöhte sich der Anteil dieser Gruppe an allen Beschäftigten seit 1980 von 0,9 auf 2,2 Prozent.

## Ohne Ausbildungsabschluss

Wesentlich schwerer auf dem Arbeitsmarkt hatten es all jene, die nicht einmal eine Lehre absolviert haben. Traf dies zu Beginn der achtziger Jahre auf ein gutes Drittel der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten zu, war es zuletzt nur noch ein Fünftel.

Unterläge die Berufswelt keinerlei Wandel, hätte jedes Ausbildungslevel im selben Ausmaß vom Beschäftigungsaufbau profitiert und um jene 9 Prozent zulegt, um die sich die Zahl der sozialversicherungspflichtigen Erwerbstätigen insgesamt erhöht hat. Dafür, dass es nicht so gelaufen ist, gibt es im Wesentlichen zwei Gründe:

### 1. Sektoraler Strukturwandel

Mit dem Aufstieg und dem Niedergang bestimmter Branchen unterliegen auch die verschiedenen Berufe einer eigenen

Konjunktur. Der Trend geht weg vom Fertigungs- hin zum Dienstleistungsjob. Einen besonderen Aufschwung erleben seit geraumer Zeit Professionen mit gehobenen Ausbildungsanforderungen. So gibt es kaum noch etwas für Bergleute zu tun, dafür umso mehr für Wirtschaftsprüfer. Im Druck- und Verlagswesen zum Beispiel werden weniger gelernte Schriftsetzer beziehungsweise Druckvorlagenhersteller benötigt, studierte Grafikdesigner sind dagegen stärker gefragt.

### 2. Qualifikatorischer Strukturwandel

Mit fortschreitendem technischen Wissen steigen die Ansprüche an die Arbeitnehmer in jedem einzelnen Beruf. Immer seltener können Ungelernte die nötigen Leistungen erbringen; immer häufiger bedarf es eines Studiums, um ein Tätigkeitsprofil auszufüllen. Welchen Anteil der Strukturwandel einerseits und die allgemein gestiegenen Anforderungen andererseits daran haben, dass sich die Gewichte zwischen Studierenden, Gelernten und Ungelernten zugunsten der Höherqualifizierten verschoben haben, lässt sich mittels eines speziellen Auswertungsverfahrens herausarbeiten. Dazu wird das allgemeine Beschäftigungswachstum ausgeklammert und geschaut, wie sich sektoraler und qualifikatorischer Wandel für die einzelnen Gruppen ausgewirkt haben:

Akademiker verdanken ihre zunehmende Präsenz in der Arbeitswelt demnach etwa gleichermaßen den höheren Erfordernissen innerhalb der Berufe sowie dem Trend in Richtung Dienstleistungen und technischen Sachverstand. Insgesamt wuchs die Beschäftigung von Studierenden zwischen 1980 und 2002 um 150 Prozent.

Erwerbstätige mit abgeschlossener Ausbildung haben indes nur von den steigenden qualifikatorischen Ansprüchen profitiert. Dadurch konnten sie die für sie eher ungünstigen Verschiebungen in der Berufsstruktur kompensieren. Unterm Strich langte es für ein Job-Plus von 25 Prozent in den vergangenen beiden Dekaden.

Ungelernte litten darunter, dass sich beide Effekte negativ auswirkten. Daraus resultiert ein Beschäftigungsminus von knapp 40 Prozent seit 1980.



Wie sehr sich die Qualifikationsstruktur in den beiden zurückliegenden Dekaden zugunsten der besser Ausgebildeten verschoben hat, wird beim Blick auf einzelne Berufsfelder deutlich (Bild 2). In der Fertigung war es oftmals sogar so, dass es mehr Jobs für studierte Ingenieure und Co. gab – ausgehend allerdings von einem geringen Akademikeranteil an den Beschäftigten – obwohl insgesamt Stellen abgebaut wurden. Besonders krass ist die

Diskrepanz etwa bei Berufen im Bereich Steine, Baustoffe, Chemie, Papier, Druck und Holz. In den Serviceberufen stieg die Zahl der Stellen allgemein, aber für Uni- und FH-Absolventen stets weit überdurchschnittlich, so im Bereich Ordnung und Sicherheit, bei den Kaufleuten, den Publizisten sowie im Gesundheitswesen. *H. Sauerwein*

Pressemitteilung des BMBF, 9. Juli 2004:

### „Meister-BAföG ist eine dauerhafte Erfolgsgeschichte“

Das „Meister-BAföG“ bleibt auf Erfolgskurs. Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn begrüßte den starken Anstieg der Förderzahlen als Bestätigung der Qualifizierungsoffensive der Bundesregierung. Nach den vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten Zahlen erhielten im vergangenen Jahr rund 122.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer an Fortbildungen Leistungen nach dem Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG). Dies entspricht einer Steigerung um 39 Prozent gegenüber 2002. Ziel des „Meister-BAföG“ ist die finanzielle Unterstützung der beruflichen Aufstiegsfortbildung von Fachkräften mit abgeschlossener Erstausbildung sowie die Förderung von Existenzgründungen nach Abschluss der Fortbildung.

„Die Zahl der Geförderten hat sich damit seit dem Inkrafttreten der AFBG-Reform am 1. Januar 2002 mehr als verdoppelt. Mit den in der Reform vorgenommenen Leistungsverbesserungen und der Ausweitung des Förderbereiches ist es uns gelungen, einen deutlichen Impuls zur Steigerung der Weiterbildungsbereitschaft der jungen Fachkräfte, insbesondere von Frauen, zu geben“, so Bulmahn.

Die Zahl der geförderten Frauen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um rund 57 Prozent, die der geförderten Männer um rund 32 Prozent. Erneut wurde ein steigendes Interesse an Förderung der Fortbildungen in Teilzeit registriert. Die Zahl der so Geförderten stieg von 2002 auf 2003 um 54 Prozent.

Die Förderzusagen im vergangenen Jahr umfassten insgesamt rund 388 Millionen Euro. Davon entfielen etwa 51 Millionen Euro auf Zuschüsse für den Lebensunterhalt, rund 77 Millionen Euro auf Zuschüsse bei den Lehrgangs- und Prüfungsgebühren und auf die Kinderbetreuung sowie

Berufswelt im Wandel					
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte im Jahr 2002 in 1.000	Veränderung gegenüber 1980 in Prozent			
		insgesamt	ohne abgeschlossene Ausbildung	mit abgeschlossener Ausbildung	mit Hochschulabschluss
Land-, tier-, forstwirtschaftliche und Gartenbau-Berufe	280	▼ -3	▼ -36	▲ +32	▲ +87
<b>Bergbau- und Fertigungsberufe</b>					
Tischler, Modellbauer, Maler, Lackierer, Warenprüfer, Versandfertigtmacher, Maschinisten	1.210	▼ -10	▼ -30	▲ +6	▲ +230
Berufe im Bereich Steine, Baustoffe, Keramik, Glas, Chemie, Kunststoff, Papier, Druck, Holz	760	▼ -23	▼ -50	▲ +21	▲ +200
Metallerzeuger, -bearbeiter, Schlosser, Mechaniker, Elektriker, Montierer	3.039	▼ -18	▼ -49	▲ +2	▲ +171
Ernährungsberufe	604	▲ +5	▼ -19	▲ +35	▲ +158
Bauberufe, Bau-, Raumausstatter, Polsterer	702	▼ -41	▼ -56	▼ -31	▲ +96
Textil- und Bekleidungsberufe, Lederhersteller, -bearbeiter	131	▼ -76	▼ -83	▼ -63	▼ -6
Bergleute, Mineralgewinner	35	▼ -75	▼ -85	▼ -66	▼ -74
Technische Berufe	1.664	▲ +27	▼ -47	▲ +11	▲ +91
<b>Dienstleistungsberufe</b>					
Ordnungs- und Sicherheitsberufe	347	▲ +32	▼ -43	▲ +34	▲ +276
Warenkaufleute, Dienstleistungskaufleute, Verkehrsberufe	4.530	▲ +15	▼ -33	▲ +31	▲ +269
Schriftwerkerschaffende, schriftwerkordnende sowie künstlerische Berufe	224	▲ +42	▼ -22	▲ +22	▲ +162
Gesundheitsberufe, Sozial- und Erziehungsberufe, geistes- und naturwissenschaftliche Berufe, allgemeine Dienstleistungsberufe	4.215	▲ +62	▼ -11	▲ +110	▲ +118
Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufe	4.987	▼ -43	▼ -55	▲ +31	▲ +78
Sonstige	179	▲ +22	▲ +29	▼ -13	▲ +112
<b>insgesamt</b>	<b>22.908</b>	<b>▲ +9</b>	<b>▼ -38</b>	<b>▲ +25</b>	<b>▲ +150</b>

nur Westdeutschland; Ursprungsdaten: Bundesagentur für Arbeit Institut der deutschen Wirtschaft Köln

rund 260 Millionen Euro auf die Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau – darunter auch vier Millionen Euro für die Finanzierung des so genannten Prüfungsstückes. Bulmahn: „Die neuen Daten zum Meister-

BAföG sind ein ermutigendes Signal für das Innovationsklima in Deutschland. Angesichts dieser Erfolgsgeschichte werden wir die Aufstiegsförderung auch in den kommenden Jahren konsequent fortführen“.

Mio. Euro in 1991 (altes Bundesgebiet) auf schließlich 1.076 Mio. Euro in 2002 (gesamtes Bundesgebiet).

- Noch 1980 lagen die Finanzierungsanteile der staatlichen Aufwendungen für die außerschulische Berufsausbildung etwa zu gleichen Teilen bei Bund und Ländern. In den Folgejahren stockte der Bund dagegen die Mittel deutlich auf: In 2002 war der Finanzierungsanteil des Bundes gegenüber den Ländern auf 87 % gestiegen.
- Waren in den 80er Jahren die öffentlichen Ausgaben im Verhältnis zu den Ausbildungskosten der Unternehmen eher gesunken, so veränderte sich dieses Verhältnis in den 90er Jahren deutlich und verschob die Ausbildungslasten hin zur öffentlichen Hand.

Die gesamten Untersuchungsergebnisse sind dokumentiert in der vom BIBB herausgegebenen Veröffentlichung „Der Beitrag der öffentlichen Hand zur Finanzierung beruflicher Bildung“.

Die Veröffentlichung von Klaus Berger ist zum Preis von 9,90 Euro zu beziehen beim W. Bertelsmann Verlag GmbH & Co. KG, Postfach 10 06 33, 33506 Bielefeld, Telefon 05 21/9 11 01 -11, Telefax 05 21/9 11 01-19, E-Mail: [service@wbv.de](mailto:service@wbv.de)

## BIBB berechnet Beitrag der öffentlichen Hand:

### Wer finanziert die Berufsbildung in Deutschland?

Mit dem Rückgang des betrieblichen Ausbildungsplatzangebots sind die Ausgaben der öffentlichen Hand (Bund, Länder, Bundesagentur für Arbeit) zur Finanzierung der beruflichen Aus- und Weiterbildung in den letzten zwei Jahrzehnten um ein Beträchtliches gestiegen – insgesamt um 143 Prozent. Wurden 1980 noch 4,1 Mrd. Euro für die Berufsbildung aufgebracht, so betrug die Summe in 2002 bereits knapp 10 Mrd. Die Anteile, die dabei zum einen in die Finanzierung der beruflichen Schulen, zum anderen in die der außerschulischen Berufsausbildung (z. B. zur Förderung zusätzlicher Ausbildungsplätze oder zur Förderung der Ausbildung benachteiligter Jugendlicher) flossen, haben sich in diesem Zeitraum deutlich verschoben: 1980 standen den beruflichen Schulen knapp 85 % der Gesamtsumme zur Verfügung, und die Aufwendungen für die außerschulische Berufsausbildung betrugen mit 638 Mio. nur 15,6 %. Bis zum Jahr 2002 stieg die Finanzierung der außerschulischen Berufsausbildung überproportional an: Von den insgesamt 10 Mrd. Euro gingen 31,8 % in die außerschulische Berufsausbildung (3.167 Mio. Euro), und der Anteil des beruflichen Schulwesens an den gesamten öffentlichen Ausgaben sank auf 68 %.

Zu diesen Ergebnissen kommt das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) in einer Untersuchung der öffentlichen Ausgaben zur Berufsbildung im Zeitraum 1980/2002. Die Analyse der vorliegenden finanzstatistischen Daten ergibt weiter:

- Der Anteil der öffentlichen Ausgaben zur Finanzierung außerschulischer Berufsausbildung hat – gemessen an der Ausgabenentwicklung der öffentlichen Hand insgesamt – von 1980 bis 2002 mit 397 % überproportional zugenommen. Insbesondere die Bundesanstalt für Arbeit (heute: Bundesagentur für Arbeit) verzeichnete in diesem Zeitraum mit + 753 % und der Bund mit + 340 % einen überdurchschnittlichen Ausgabenzuwachs.
- Der große Ausgabenzuwachs bei der Bundesanstalt bzw. Bundesagentur für Arbeit floss vor allem in die Förderung der Berufsausbildung von benachteiligten Jugendlichen: Hier stiegen die Ausgaben von 1,3 Mio. Euro in 1980 auf 268,6



**Der VLB wünscht allen Kolleginnen und Kollegen einen guten Start ins neue Schuljahr.**

# Anfragen – Anträge – Beschlüsse



**Dringlichkeitsantrag\*** der Abgeordneten Franz Maget, Marianne Schieder, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer, Christa Steiger und Fraktion SPD

## Neuordnung der beruflichen Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag – keine Beschulung in Jungarbeiterklassen

Der Landtag wolle beschließen:

- Die Staatsregierung wird aufgefordert:
1. Beginnend mit dem Schuljahr 2004/05 werden Jungarbeiterklassen an den Berufsschulen nicht mehr gebildet.
  2. Die Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag, die nicht in Berufsfachschulen, weiterführenden Schulen oder in Vollzeitmaßnahmen der Arbeitsverwaltung unterkommen, wird künftig durch ein einjähriges integratives vollzeitschulisches Berufsqualifizierungsangebot an den Berufsschulen sichergestellt.
  3. Durch produktionsorientierte Beschulungskonzepte (Beispiel der Produktionsschulen in Dänemark) soll eine höhere Erfolgsquote sichergestellt und sollen Drittmittel (z. B. kleinere Produktionsaufträge) eingeworben werden können.
  4. Die Bildungsangebote vermitteln arbeitsmarkt- und berufsausbildungsbezogene Teilqualifikationen und sollen für die Jugendlichen passgenaue Förderangebote beinhalten.
  5. Die im Gesetz zur Reform des Arbeitsmarktes (Zweites Gesetz für moderne Dienstleistung am Arbeitsmarkt zur Umsetzung des Hartz-Konzeptes) mögliche Bescheinigung wird durch die Vermittlung von solchen Qualifizierungsbausteinen konsequent umgesetzt.
  6. An den Berufsschulen sind die notwendigen personellen Ressourcen durch die zusätzliche Einstellung von Lehr-

und Fachpersonal (z. B. Sozialpädagogen) zu schaffen.

Begründung:

Bedingt durch einen Rückgang an Ausbildungsstellenangeboten in den Betrieben sind viele Jugendliche auf andere berufliche Qualifizierungsangebote angewiesen. Einige finden Aufnahme in Berufsfachschulen oder weiterführenden Schulen, alle anderen Schülerinnen und Schüler unterliegen der Berufsschulpflicht und besuchen die Berufsschule.

Im Schuljahr 2002/2003 waren über 18 000 Schülerinnen und Schüler der 10. Jahrgangsstufe an der Berufsschule bereits ohne Ausbildungsvertrag von denen nur ein Drittel eine Vollzeitmaßnahme der Berufsschule oder der Arbeitsverwaltung besucht. Zwei Drittel, also rund 12 000 Schülerinnen und Schüler, waren im Schuljahr 2002/2003 in Jungarbeiterklassen untergebracht mit sehr negativem Schulerfolg.

Der ORH-Bericht (TNr.27) geht davon aus, dass die durchschnittliche Anwesenheitsquote der Schülerinnen und Schüler in Jungarbeiterklassen unter 50 % liegt.

Die Form der Beschulung – einen Tag in die Berufsschule oder auch das Blockmodell – ist, wie sich zeigt, nicht geeignet die Jugendlichen in eine Berufsausbildung oder in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Die geringe Motivationslage der Schülerinnen und Schüler ist auf die wenig zielorientierte Beschulung dieser Jugendlichen zurückzuführen. Die Beschulung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag in Jungarbeiterklassen soll deshalb aufgegeben werden und durch individuellere und zielorientiertere Bildungsangebote ersetzt werden. Der Landtag trägt damit den Forderungen des ORH – die berufliche Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag neu zu ordnen – Rechnung.

\* Diesem Dringlichkeitsantrag liegt ein Landtagsbeschluss vom 19. März des Jahres 2002 auf der Basis des ORH-Berichtes von

2001 zu Grunde. Dort heißt es u. a.: „Die Staatsregierung wird gemäß Art. 114 Abs. 3 und 4 der Bayerischen Haushaltsordnung ersucht ...

... j) bei den Berufsschulen auf eine Optimierung der Schulorganisation unter besonderer Berücksichtigung regionaler und situationsbedingter Gegebenheiten und moderner Anforderungen an Ausbildung und Arbeitsmarkt hinzuwirken und die berufliche Bildung von Jugendlichen ohne Ausbildungsverhältnis neu zu ordnen; dem Landtag ist bis 01. 03. 2003 zu berichten ...“.

Dem Antrag folgt erst am 28. 06. 2004 – also zwei Jahre später – ein Bericht des Kultusministeriums, in dem folgendes Resümee zum Ausdruck kommt: „So sinnvoll Vollzeitmaßnahmen zur Qualifizierung der Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag wären, mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln sind sie zur Zeit nicht realisierbar. ... Eine qualitative Verbesserung des Unterrichtsangebots für Jungarbeiter lässt sich bereits durch den weiteren Ausbau der speziellen Jungarbeiterklassen mit achtwöchiger Blockbeschulung pro Jahr mit Teilschulung erreichen“.

Der VLB fragt: Kann ein so brisanter Landtagsbeschluss in einer solchen Weise ausgehebelt werden? <

**Antrag** der Abgeordneten Margarete Bause, Simone Tolle, Renate Ackermann, Christine Karm, Ruth Paulig, Barbara Rütting, Maria Scharfenberg und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

## Mehrarbeit nur zur Qualitätssteigerung einsetzen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die geplanten Erhöhungen der Wochenarbeitszeit im Lehrerinnenbereich nicht zur

Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit einzusetzen. Statt dessen wird sie je zur Hälfte eingesetzt für:

1. Steigerung der Beratung für Eltern und SchülerInnen
2. Innere Schulentwicklung, Entwicklung und Fortschreibung eines Schulprofils, Teambesprechungen.

Gleiches gilt für die SchulpsychologInnen: Die Arbeitszeiterhöhung bei den Schulpsychologen kommt der Intensivierung der Beratung zugute. Die Unterrichtspflichtzeit wird nicht erhöht.

Begründung:

Nach wie vor halten wir die Einführung der 42-Stunden-Woche für einen Fehler.

Die Begründungen hierzu wurden an anderer Stelle vorgetragen. Angesichts der Mehrheitsverhältnisse wird diese aber durchgesetzt werden. Wir wollen die zusätzliche Arbeitszeit der Lehrerinnen für qualitative Entwicklungen nutzen und die Beratungstätigkeit ausbauen. Gleiches gilt sinngemäß für die SchulpsychologInnen.

Als Nebeneffekt erhalten wir frei werdende Stellen für JunglehrerInnen, die mit ihren frischen Ideen für zusätzliche qualitative Fortentwicklung sorgen werden und deren innovatives Potenzial genutzt werden sollte. <

**Aus der Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 30. Juni 2004:**

## Dienstunfähigkeit bei Beamten auch 2003 weiter rückläufig

Wie bereits in den Vorjahren ist die Zahl der Pensionierungen wegen Dienstunfähigkeit bei Bund, Ländern und Kommunen auch im Jahr 2003 weiter zurückgegangen. Nach knapp 21 000 Fällen im Jahr 2000 beendeten 2003 nur noch knapp 9 000 Beamte (einschl. Richter und Berufssoldaten) ihre Berufstätigkeit wegen Dienstunfähigkeit. Innerhalb von drei Jahren ist damit der Anteil der Frühpensionierungen an den Pensionierungen von 49 % auf 25 % zurückgegangen. Eine Altersgrenze erreichten knapp 25 000 Beamte, 2 700 mehr als 2002. Hierbei war bei der Regelaltersgrenze (65 Jahre) mit 37 % ein besonders starker Anstieg zu verzeichnen. Diese Entwicklung dürfte im wesentlichen auf die Versorgungsabschläge bei vorzeitigem Ausscheiden, aber auch auf die wachsende Zahl von Beamten in Altersteilzeit zurückzuführen sein ...

Insgesamt erhielten damit Anfang 2004 gut 1,4 Mill. Versorgungsempfänger ihre Altersbezüge aus öffentlichen Kassen. Dafür mussten im Jahr 2003 knapp 35 Mrd. Euro aufgewendet werden. <

**Nun ist es endgültig:**

## 42 Stunden für Bayerns Beamte

Auch in Bayern wird die Arbeitszeit für Beamte trotz aller Proteste verlängert. Das Kabinett in München schuf die rechtlichen Voraussetzungen für ein entsprechendes Stufenmodell, das sich am Beispiel Hessens orientiert. Demzufolge müssen vom 1. September an Beamte, die jünger als 50 Jahre sind, 42 Stunden pro Woche arbeiten. Für 50 bis 60 Jahre alte Beamte beträgt die Wochenarbeitszeit 41 Stunden. Für neu eingestellte Angestellte und Arbeiter des öffentlichen Dienstes gilt die Regelung bereits seit dem 1. Mai dieses Jahres, nachdem die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) den Arbeitszeit-Tarifvertrag für sie Ende März gekündigt hatte.

Bayerns Finanzminister Kurt Falthäuser sprach von einem „maßvollen Schritt“ und von einem „wichtigen Beitrag zur Konsolidierung des Staatshaushalts“. Unser Spitzenverband, der BBB, erwägt den Gang zu den Gerichten. Ein ihm vorliegendes Rechtsgutachten kam zu dem Ergebnis, die Arbeitszeitverlängerung sei verfassungswidrig.

Einher geht für die Lehrkräfte im Freistaat die Erhöhung der Unter-

richtspflichtzeit. Das Stufenmodell wird 1 : 1 umgesetzt und gilt ebenfalls am 1. September 2004. Weitere Informationen hierzu – insbesondere für Teilzeitbeschäftigte und Schwerbehinderte – erhalten Sie von den Schulleitern und Personalvertretern vor Ort.

Der VLB wird weiterhin dafür eintreten, dass die Zusagen von Ministerpräsident Stoiber eingehalten werden. Stoiber sagte u. a.: „Solange es ein Arbeitszeitkonto in Bayern gibt, werden die Arbeitszeit und die Unterrichtspflichtzeit der Lehrerinnen und Lehrer nicht erhöht“. Das Arbeitszeitkonto steht uns im nächsten Schuljahr erst noch bevor. Will man uns dies auch noch zumuten? -HS-

## CSU-Fraktion lehnt Petitionen gegen längere Arbeitszeit ab

Die CSU-Mehrheit im Landtag hat die Petitionen von Polizei- und Justizbeamten gegen die 42-Stunden-Woche abgelehnt. Wegen der dramatischen Haushaltslage sei die Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu vermeiden, sagte die Fürther Abgeordnete Petra Guttenberger im Ausschuss für den öffentlichen Dienst. Die SPD warf der CSU offenen Bruch von Wahlversprechen vor.

Die Petitionen waren von den drei Polizeigewerkschaften und dem Landesverband der Bayerischen Justizvollzugsbediensteten eingereicht worden. Guttenberger verwies darauf, dass der Freistaat über 40 Prozent des Etats für sein Personal ausgibt. „Da sind Einsparungen unumgänglich.“ Die CSU-Abgeordnete betonte, dass es für Vollzugsbeamte von Polizei und Justiz beim Pensionsalter von 60 Jahren bleibe.

Die SPD bezweifelt die Glaubwürdigkeit dieses Versprechens, da die Staatsregierung vor der Landtagswahl die Arbeitszeitverlängerung für die Beamten noch kategorisch ausgeschlossen hatte. „Ist das jetzt die Salamtaktik“, fragte der Münchner SPD-Abgeordnete Ludwig Wörner? *-Iby-*

## dbb sieht Grenze der Belastbarkeit bei Lehrern erreicht – mehr Leistungsanreize gefordert

Der dbb sieht die Grenze der Belastbarkeit bei Lehrern erreicht. Dies sei „längst erwiesen“, sagte dbb Bundesvorsitzender Peter Heesen auf einer Veranstaltung des Bundesverbandes der Lehrer an Wirtschaftsschulen (VLW) in Leonberg. Deshalb müsse man Forderungen nach Arbeitszeiterhöhung und Gehaltskürzungen im Bildungsbereich zurückweisen.

Heesen verwies auf die „Potsdamer Lehrbelastungsstudie“ vom vergangenen Jahr. Die vom dbb und seinen fünf Lehrgewerkschaften initiierte Untersuchung hatte unter anderem ergeben, dass die Anforderungen im Unterricht ständig gestiegen, die Arbeitszeit aber gleichzeitig angehoben worden sei. Jeder zweite Lehrer fühlt sich durch den Berufsstress überbelastet, fast jeder dritte zeigt Anzeichen von Selbstüberforderung und Resignation. Der Beamtenbund fordere wie die Berufsschullehrerverbände sofortige Reformen der Besoldung im öffentlichen Dienst, sagte Heesen. Der

dbb-Chef kritisierte fehlende Leistungsanreize. Es sei demotivierend, wenn das Engagement für Schüler nicht angemessen honoriert werde.

Der VLW setzt sich unter anderem für die berufliche Grundbildung und

den Ausbau der Berufsfachschulen, eine verbesserte Lehreraus- und -fortbildung und die Umsetzung tariflicher Vereinbarungen des öffentlichen Dienstes für Lehrerinnen und Lehrer im fachpraktischen Bereich ein. <

Zum Thema „Prüfertätigkeit der Lehrer“ siehe auch Umschlagseite 4 

## Alterseinkünftegesetz – Was ist neu?



JÜRGEN BOXLEITNER

Der Bundesrat hat am 11. 06. 2004 dem Gesetz zur Neuordnung der einkommenssteuerrechtlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen und Altersbezügen (Alterseinkünftegesetz – AltEinkG) zugestimmt. Für den Privatmann, aber auch für den öffentlichen Dienst hat das erhebliche Auswirkungen.

### 1. Übergang zur nachgelagerten Besteuerung

Wegen der vom Bundesverfassungsgericht geforderten Gleichbehandlung von Renten und Pensionen wird dafür gesorgt, dass Beiträge zur privaten Altersvorsorge bis zum Jahr 2025 gänzlich steuerfrei sind. In 2005 sind 60 % von maximal 20 000 Euro steuerfrei zur Altersvorsorge aufzuwenden. Dieser Satz steigt in Zweiprozentschritten bis auf 100 % im Jahr 2005 an.

Im Gegenzug werden die Rentenleistungen ab 2005 zu 50 % der Steuerpflicht unterliegen. Der Anteil der zu versteuernden Leistungen steigt in

Schritten von 2 % bis zum Jahr 2020 auf 80 % an, später in Schritten von 1 % bis auf 100 % im Jahr 2040. Wichtig ist hierbei, dass der steuerfreie Anteil in einer absoluten Zahl festbleibt. Folgende Rentenerhöhungen unterliegen somit der vollen Besteuerung. Bestandsrenten und Pensionen, sowie Neufälle des Jahres 2005, sind bis zu einer Höhe von 18.900 Euro/Jahr bei Alleinstehenden steuerfrei, bei Verheirateten ist es das Doppelte.

### 2. Beamten- und Werkspensionen

Ab 2006 werden die Versorgungsfreibeträge für Beamten- und Werkspensionen sowie der Altersentlastungsbeitrag für übrige Einkünfte in dem Maß verringert, wie die Besteuerungsanteile der Leibrenten erhöht werden. Auch diese Beträge werden für jeden Jahrgang festgeschrieben.

Der Arbeitnehmerpauschbetrag für Pensionen in Höhe von 1.044 Euro wird an den Arbeitnehmerpauschbetrag in Höhe von 102 Euro angepasst. Zum Ausgleich wird zeitgleich zum Versorgungsfreibetrag ein entsprechender Zuschlag zugerechnet, der dann gleichmäßig ab dem Jahr 2006 abgeschmolzen wird.

### 3. Vereinfachung der Riesterrente

Erfreulicherweise wird die sogenannte Riesterrente vereinfacht. Das Antragsverfahren wird durch die Einführung eines Dauerzulagenantrags entschlackt. Ab 2006 werden einheitliche Tarife für Männer und Frauen, sogenannte Unisextarife eingeführt. Die Anzahl der Zertifizierungskriterien wird von elf auf fünf Kriterien verrin-



gert. Ein einheitlicher Sockelbetrag wird eingeführt bei nicht erwerbstätigen Ehegatten. Eine Teilauszahlung wird zugelassen in Höhe von 30 % des Kapitals.

#### 4. Herabsetzung der Ertragsanteile bei privaten Rentenversicherungen

Die privaten Rentenversicherungen unterliegen einem geringeren fiktiven Ertragsanteil. Dieser wird um ca. ein Drittel gesenkt. Somit wird der Abschluss einer privaten Rentenversicherung noch attraktiver. Bei einem 65-jährigen wird ab 2005 der Ertragsanteil der privaten Rente von heute 27 % auf dann 18 % gesenkt.

#### 5. Betriebliche Altersvorsorge reformiert

Bei der betrieblichen Altersvorsorge wird die Pauschalbesteuerung nach §40 b EStG (z. B. bei der Direktversicherung) für Verträge, die ab 2005 geschlossen werden, abgeschafft. Gleichzeitig wird die Förderung nach § 3Nr.63 EStG, also steuerfreie und zum Teil sozialversicherungsfreie Einzahlung, gekoppelt mit nachgelagerter Besteuerung der Leistung aufgestockt um 1.800 Euro p. a.

#### 6. Steuerprivileg für Kapitallebensversicherung fällt

Kapitalbildende Lebensversicherungen sind derzeit bei einer Laufzeit von mindestens 12 Jahren und Beiträgen von mindestens fünf Jahren steuerfrei in der Auszahlung und die Aufwendungen sind Sonderausgaben. Für alle Neuverträge ab 2005 gilt, dass die Erträge voll zu versteuern sind. Bei Verträgen, deren Auszahlung frühestens zum 60. Lebensjahr erfolgt und die mindestens zwölf Jahre laufen sind die Hälfte der Erträge zu versteuern. Wer sich also jetzt noch die steuerfreien Erträge der Lebensversicherung sichern will, der muss noch in 2004 einen Vertrag schließen. Für diese Verträge gilt nämlich Bestandsschutz.

#### 7. Zusammenfassung

Das Alterseinkünftegesetz setzt voll auf steuerfreien Aufbau der Altersvorsorge und eine vollständige nach-

gelagerte Besteuerung, auch im Bereich der betrieblichen Altersvorsorge. Versorgungsfreibeträge für Beamtenpensionen werden verringert. Die Riesterreute wird vereinfacht. Die private Rentenversicherung wird durch das Gesetz attraktiver. Kapitallebensversicherungen sollten in diesem Jahr

abgeschlossen werden, da ihre Privilegierung ab 2005 erheblich verkürzt wird. Für Altverträge gilt aber Bestandsschutz. Die Versorgung im Bereich der Berufsunfähigkeit/Dienstunfähigkeit bleibt unverändert gering und sollte gegebenenfalls privat ergänzt werden. <





Jürgen Boxleitner



Christian Bauer

**VICTORIA**

Partner des



dbb  
vorsorgewerk  
günstig • fair • nah

**Bei anderen kann es auf  
und ab gehen. Mit uns  
sind Sie immer obenauf.**

**Der beste Grund für eine stabile Altersvorsorge.**  
Versicherungspartner für Ihre Altersvorsorge gibt es viele. Aber die Partner des dbb vorsorgewerks haben sicherlich die beste Erfahrung auf dem Gebiet der Beamtenversorgung und der Versorgung im öffentlichen Dienst. Davon können auch Sie profitieren: Die Victoria, einer der erfahrensten und leistungsfähigsten deutschen Lebensversicherer, bietet als Partner des dbb vorsorgewerks attraktive Konditionen, um die neue Versorgungslücke zu schließen.

**Versicherungsbüro Bauer & Boxleitner & Graf  
Geheimrat-Frank-Str. 1, 94566 Riedlhütte  
Tel. 08553/97 9930, Fax 08553/9799850**

Die VICTORIA. Ein Unternehmen der ERGO Versicherungsgruppe.

# Besoldungstabelle ab 01. August 2004

(gemäß rechtskräftigem Beschluss Bundestag und Bundesrat)

**+ 1,0 %**

(ab 01. 08. 2004)



Grundgehaltssätze												
Besoldungsgruppe	2-Jahres-Rhythmus			3-Jahres-Rhythmus				4-Jahres-Rhythmus				
	Stufe											
	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
A 2	1.474,59	1.510,19	1.545,81	1.581,42	1.617,03	1.652,66	1.688,28					
A 3	1.536,09	1.573,98	1.611,87	1.649,76	1.687,67	1.725,57	1.763,47					
A 4	1.570,97	1.615,61	1.660,20	1.704,83	1.749,44	1.794,06	1.838,66					
A 5	1.583,67	1.640,80	1.685,19	1.729,56	1.773,96	1.818,34	1.862,73	1.907,12				
A 6	1.621,17	1.669,91	1.718,65	1.767,38	1.816,11	1.864,85	1.913,60	1.962,33	2.011,06			
A 7	1.692,42	1.736,22	1.797,55	1.858,87	1.920,19	1.981,52	2.042,86	2.086,64	2.130,44	2.174,26		
A 8		1.798,45	1.850,84	1.929,43	2.008,02	2.086,60	2.165,21	2.217,60	2.269,98	2.322,39	2.374,77	
A 9		1.916,09	1.967,65	2.051,52	2.135,39	2.219,27	2.303,15	2.360,80	2.418,48	2.476,13	2.533,80	
A 10		2.064,60	2.136,24	2.243,69	2.351,17	2.458,63	2.566,10	2.637,74	2.709,38	2.781,01	2.852,65	
A 11			2.379,94	2.490,05	2.600,16	2.710,28	2.820,40	2.893,81	2.967,21	3.040,64	3.114,05	3.187,45
A 12			2.559,52	2.690,81	2.822,08	2.953,37	3.084,65	3.172,17	3.259,68	3.347,20	3.434,74	3.522,25
A 13			2.880,96	3.022,73	3.164,50	3.306,26	3.448,02	3.542,53	3.637,04	3.731,55	3.826,07	3.920,58
A 14			2.998,41	3.182,26	3.366,09	3.549,92	3.733,76	3.856,31	3.978,87	4.101,43	4.223,99	4.346,55
A 15						3.903,77	4.105,89	4.267,59	4.429,28	4.590,98	4.752,68	4.914,37
A 16						4.311,59	4.545,34	4.732,36	4.919,38	5.106,37	5.293,38	5.480,39

**Familienzuschlag:**

Besoldungsgruppe	verheiratet und Gleichgestellte	1 berücksichtigungsfähiges Kind
A 2 – A 8	100,24 Euro	190,29 Euro
übrige Besoldungsgruppen	105,28 Euro	195,33 Euro

**Lehrer-Zulagen (Bayern)**

A 12 + AZ	132,29 Euro
A 13 + AZ	158,69 Euro
A 14 + AZ	158,69 Euro
Sonderschuloberlehrer	
A 13 + Z	105,80 Euro

Bei mehr als einem Kind erhöht sich der Familienzuschlag für das zweite zu berücksichtigende Kind um 90,05 Euro, für das dritte und jedes weitere zu berücksichtigende Kind um 230,58 Euro.

**Im November 2004 erfolgt eine Einmalzahlung von 50 Euro.**

40 Jahre akademische Lehrerbildung:

## Aufbruchstimmung an der TU München

40 Jahre akademische Lehrerbildung im gewerblich-technischen Bereich sind Grund genug zum Feiern. Dieses Jubiläum nahm die Technische Universität München (TUM) zum Anlass, im Rahmen einer Festveranstaltung am 01. Juli 2004 die Errungenschaften der akademischen Lehrerbildung an der TUM in den vergangenen 40 Jahren rückblickend zu bewerten, auf den Stellenwert einer akademischen Lehrerbildung gerade heute aufmerksam zu machen sowie einen Ausblick auf die Zukunft zu wagen.

„Lehrerbildung gestern – heute – morgen“ wurde daher als Leitgedanke für die Veranstaltung gewählt. Dem entsprechend bot die TUM den zahlreichen an der Lehrerbildung interessierten Festgästen aus Ministerien, Universitäten, Schulbehörden, beruflichen Schulen und Gymnasien sowie Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein interessantes Programm mit aktuellen, kontrovers diskutierten Themen der Lehrerbildung und reicherte die Veranstaltung mit ausgewählten künstlerischen und kulinarischen Beiträgen an.

### Feststimmung durch Musik und Tanz

Zum Auftakt der Veranstaltung begeisterte der große Schulchor aus ca. 120 Schülerinnen und Schülern des Karl-Ritter-von-Frisch-Gymnasiums Moosburg, des Maristengymnasiums Furth bei Landshut und des Wilhelm Hausenstein-Gymnasiums in München unter der Leitung von OStD Wolfgang Hansjakob mit beeindruckenden Ausschnitten aus Carl Orffs Carmina Burana und stimmte somit die Gäste auf das Fest ein.

Ein weiterer künstlerischer Höhepunkt war nach der Kaffeepause der Auftritt der Münchener Moriskentänzer, eine Tanzgruppe der Technischen Universität München unter der Lei-

tung von Dr. Gertrude Krombholz. Die Tänzer trugen wie anno dazumal, als sich diese ursprünglich maurische Tanzart im 15. Jahrhundert von Nordafrika über Südwesteuropa nach Deutschland verbreitete, mit ihren akrobatischen Luftsprüngen und Capriolen zum Amüsement der Zuschauer und zur Aufheiterung des sonst sehr wissenschaftlichen Charakters der Veranstaltung bei.

### Schritte zur Akademisierung der Lehrerbildung im vergangenen Jahrhundert

Im Rückblick auf die Geschichte der Lehrerbildung an der TUM stellte der Direktor des Zentralinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung der TU München, Prof. Huber, die Errungenschaften der Lehrerbildung im vergangenen Jahrhundert heraus. Die Ausbildung der Berufsschullehrer im gewerblich-technischen Bereich wurde schrittweise ab 1907 von einer Weiterbildung der Volksschullehrer in Fortbildungskursen bis zur Übernahme des Studiengangs durch die Technische Hochschule München zum WS 1964/65 in Qualität und Umfang kontinuierlich ausgestaltet und verbessert. An der TH, 1972 in TU umbenannt, erfolgte neben der Ausweitung der Studienzeit auf acht Semester schrittweise eine Professionalisierung und qualitative Weiterentwicklung zu einer praxisorientierten, aber gleichzeitig wissenschaftsnahen Ausbildung für das Lehramt an beruflichen Schulen. Diesen hohen Standard gelte es gerade in einer Zeit des gravierenden Strukturwandels in der Lehrerbildung zu sichern und weiterzuentwickeln, auch wenn dies in Zeiten der Europäisierung der Hochschulstudiengänge und aufgrund von wirtschaftlich bedingten Sparzwängen besonderer Anstrengung bedarf.



Staatsministerin Hohlmeier spricht sich für eine qualitativ hochwertige Lehrerausbildung an der Universität aus.

### Stellenwert der Lehrerbildung heute und Ausblick auf die Zukunft

Dieses eindeutige Bekenntnis zu einer qualitativ hochwertigen universitären Lehrerbildung unterstützte auch Staatsministerin Hohlmeier in ihrem Grußwort und lehnte gleichzeitig alle Tendenzen zur Entprofessionalisierung und Qualitätsminderung, wie dies z. B. durch Einführung eines „Einfachlehrers“ mit Bachelor-Abschluss der Fall sein könnte, entschieden ab.



Prof. Huber zeigt Schritte zur Akademisierung der Lehrerbildung an der TU München auf.



Präsident Prof. Herrmann: „Was man nicht ausprobieren kann, kann man nicht bewerten ...“.

TU-Präsident Herrmann begrüßte die Festgäste mit der Feststellung: „... diese Festveranstaltung ist ein Bekenntnis zur akademischen Lehrerbildung... und zur Lehrerbildung an dieser Universität...“ Er betrachtet Lehrerbildung als Aufgabe, die in Verantwortung für die Gesellschaft von der Universität übernommen werden müsse. Dabei verwies er auf die besondere Kompetenz der TU in der naturwissenschaftlich-technischen Lehrerbildung, die es sowohl für die Ausbildung von Lehrern für berufliche Schulen, als auch für die Gymnasien zu nutzen gelte.

Mit der durch Offenheit für alle möglichen Reformen geprägten Begrüßungsansprache eröffnete Präsi-



Generalsekretär der KMK, Prof. Thies: „Lehrerbildung an den Universitäten ist eine hochkomplexe Aufgabe...“.

Gedankenaustausch in der Pause:  
Prof. Huber – David Berno, Sprecher der Studenten – Prof. Schelten – Hermann Sauerwein.



dent Herrmann eine interessante und diskussionsreiche Veranstaltung.

In einer programmatischen Rede ist es dem Vertreter der Studenten des Lehramts an beruflichen Schulen, David Berno, gelungen, Aufbruchstimmung zu verbreiten und notwendige Schritte einer Neuorientierung aufzuzeigen. Diese liegen für die Studenten vor allem darin, das Lehramtsstudium durch polyvalente Ausrichtung und Europäisierung der Abschlüsse flexibler zu gestalten, die Eigenverantwortung und Autonomie der Hochschulen zu stärken und nicht zuletzt auch in der Forderung nach Stabilisierung der akademischen Lehrerausbildung. Damit erteilt der Studentensprecher eine eindeutige Absage all den Plänen über eine Verlegung der Lehrerausbildung an die Fachhochschulen.

### Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Festvortrag des Generalsekretärs der KMK, Prof. Erich Thies, zu Perspektiven der Lehrerbildung in Deutschland. Er betrachtete Lehrerbildung an den Universitäten als hochkomplexe Aufgabe, die einer enormen Integrationsleistung bedürfe. Derzeit bestehe allerdings die Gefahr, dass die allseits geführte Strukturdebatte über die Einführung von konsekutiven Studienstrukturen mit Bachelor-/Masterabschlüssen in den Lehramtsstudiengängen die primär notwendige inhalt-

liche Reform zu überlagern drohe. Zur Lösung all der komplexen Probleme in der Lehrerbildung plädierte er neben einer inhaltlichen Reform für eine zentrale Einrichtung, die mit eigenen Stellen und Mitteln ausgestattet, die Lehramtsstudiengänge zu einer eigenen Fakultät zusammenfassen solle.

### Aktuelle Reformmaßnahmen und Projekte an der TU München

Prof. Dr. Andreas Schelten, Lehrstuhl für Pädagogik, und Dr. Karl Glöggler, Geschäftsführer des Zentralinstituts für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung der TUM (ZLL) stellten eine Auswahl von konkreten Projekten zur Reform der Lehrerbildung an der TU München vor. Für das Lehramt an beruflichen Schulen wird analog zum Ausbildungsmodell des Diplomhandelslehrers ab dem Wintersemester 2004/2005 der Studiengang „Diplom-Berufspädagogik“ in den beruflichen Fachrichtungen Bautechnik, Elektro- und Informationstechnik sowie Metalltechnik als Modellversuch angeboten und den bisherigen Staatsexamensstudiengang in diesen Fächern ablösen.

Den Studierenden des TUM-Studiengangs Lehramt an Gymnasien soll über ein Ergänzungsstudium ermöglicht werden, zusätzlich zum Staatsexamen den akademischen Grad „Master of Natural Sciences“ zu erwerben. Mit der geplanten Einrichtung eines

Schüler-Lehrerlabors im Deutschen Museum verfolgt das ZLL das Ziel einer stärkeren Verzahnung der theoretischen Ausbildung mit der Schulpraxis. Als weiteres Reformziel wird ein kontinuierlicher Ausbau der Lehrerfortbildung an der TUM angestrebt.

### Kulinarischer Beitrag der Berufsschulen und Freibier aus Weihenstephan

Nach soviel geistiger Nahrung waren das Freibier aus Weihenstephan sowie das von der Staatlichen Berufsschule Freising, der Städtischen Berufsschule zur Berufsvorbereitung am Bogenhauser Kirchplatz in München und von der Städtischen Berufsschule für das Metzgerhandwerk in München gestaltete Mittagsbuffet mit liebevoll zubereiteten und dekorierten Köstlichkeiten eine willkommene Erholung. So gestärkt gingen die Festgäste in die für den Nachmittag vorgesehene Podiumsdiskussion.

### Podiumsdiskussion zur Zukunft der Lehrerbildung

Auf einem prominent besetzten Podium mit Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Schulpraxis wurden mit einem fachkundigen und kritischen Publikum aktuelle Themen der Lehrerbildung diskutiert.

Ein zentrales Diskussionsthema war das bildungspolitisch sehr umstrittene und von TU-Präsident Herrmann propagierte Vorhaben, die Ausbildung der Lehrer für berufliche Schulen in Kooperation mit der FH modellhaft an der FH Ingolstadt und der Universität Eichstätt zu erproben. Dazu bezog der Landesvorsitzende des VLB, Hermann Saueremann, eindeutig Position: „...ich muss Ihnen hierfür ein klares und eindeutiges Nein sagen. Selbst das Sprechen darüber ist schon ein Sündenfall ...Lehramtsstudiengänge – haben wir heute gehört – gehören an die Universität.“ Ebenso distanziert sich der Vorsitzende des bayrischen Philologenverbands von dem FH-Modell: „Lehrer, die Schüler für die Universität ausbilden, sollten diese auch durchlaufen haben.“

Weitere Diskussionspunkte waren Eckpunkte des aktuellen Reform-

prozesses wie die Einführung von konsekutiven Studiengangmodellen mit Bachelor- und Masterabschlüssen, Forderungen nach Professionalisierung und Polyvalenz, nach Praxisbezug und Wissenschaftlichkeit in der Lehrerbildung sowie die aktuell diskutierte Frage der Konzentration von Lehramtsstudiengängen an ausgewählten Universitätsstandorten.

### Fazit: Lehrerbildung an der Schwelle zu gravierenden Reformen

Alles in allem nahmen die Gäste von diesem Fest der Lehrerbildung den Eindruck mit, dass Lehrerausbildung und Lehrerfortbildung derzeit im Umbruch und Aufbruch begriffen sind.

nen Beitrag leisten zur Weichenstellung für bevorstehende Reformvorhaben in der Lehrerbildung.

Das ZLL bedankt sich bei allen, die zum Gelingen der Festveranstaltung beigetragen haben: den Schülern und Lehrern der Schulchöre für die eindrucksvolle Aufführung von Ausschnitten aus der Carmina Burana, den Schülern der Berufsschulen für ihren kulinarischen Festbeitrag, bei Frau Dr. Gertrude Krombholz und ihren Tänzern für die künstlerische und aufheiternde Darbietung, bei den Sponsoren (Staatsbrauerei Weihenstephan, Hopffisterei Ludwig Stocker GmbH, Bund der Freunde der TU München, Carl-von-Linde-Akademie der TU München) für die finanzielle Unterstützung und schließlich bei all den



Präsident Prof. Herrmann (Mitte): „Lehrerbildung muß zum Hauptgeschäft der Universitäten werden ...“.

Fotos: Bernhard Maier, Medienzentrum der Technischen Universität München

Bei all dem Reformgeist, der in dieser Veranstaltung deutlich zu spüren war, gilt es dennoch die Errenschaften der akademischen Lehrerbildung auch im 21. Jahrhundert zu sichern und sie darauf aufbauend an die zukünftigen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Entwicklungen flexibel anzupassen.

Wie die vielfältigen positiven Rückmeldungen zeigen, konnte die TU München mit dieser Veranstaltung die Lehrerbildung und das an der TUM neu eingerichtete Zentralinstitut für Lehrerbildung und Lehrerfortbildung (ZLL) positionieren und ei-

zahlreichen Festgästen für ihr Interesse und ihr Mitwirken. Nicht zuletzt gilt ein ganz herzliches Dankeschön der Fachschaft Lehramt an beruflichen Schulen und all den engagierten Studenten des Lehramts an beruflichen Schulen ohne deren aktive Unterstützung diese Festveranstaltung nicht gelingen hätte können.

*Text: Elisabeth Zeppenfeld, David Berno, Prof. Dr. Wilfried Huber, Dr. Karl Glögler*

## Positionspapier des VLB:

# Masterstudium zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen

## 1. Vorbemerkungen

Die europäischen Bildungsminister haben 1999 in Bologna und 2003 in Berlin beschlossen, dass beginnend ab 2005 alle Studiengänge in Europa als Bachelor- oder Masterstudiengänge beginnen sollen.

Ausgehend von diesem Beschluss und im Interesse der Professionalität und Qualitätssicherung der Ausbildung zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen hat sich der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern e. V. (VLB) entschlossen, eigene Vorschläge zum Masterstudiengang und Vorbereitungsdienst für den Berufs- und Wirtschaftspädagogen vorzulegen. Als Grundlagen dazu dienen:

- Die „10 Thesen der KMK zur Bachelor- und Masterstruktur“ vom 12. 06. 2003,
- die „Erziehungswissenschaftliche(n) Akkreditierungskriterien“ der Deutschen Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom 05. 12. 2003 und
- das „Basiscurriculum für das universitäre Studienfach Berufs- und Wirtschaftspädagogik“ der Sektion Berufs- und Wirtschaftspädagogik der Gesellschaft für Erziehungswissenschaft vom November 2003
- Einrichtung gestufter Studiengänge zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen, Zürich März 2004.

## 2. Rahmenstruktur

Das Basiscurriculum für den Studiengang Berufs- und Wirtschaftspädagogik legt den KMK-Beschluss zur „Gegenseitige(n) Anerkennung von Lehramtsprüfungen und Lehramtsbefähigungen“ von 1995 und 1999 mit seiner „Rahmenvereinbarung für die Ausbildung und Prüfung für Lehrämter für die Sekundarstufe II (berufliche Fächer) oder für berufliche Schulen (Lehramtstyp 5)“ und an der „Rahmenordnung für die Diplomprüfung im Studiengang Wirtschaftspädagogik

an Universitäten und gleichgestellten Hochschulen“ von 1999 zugrunde.

Das Basiscurriculum orientiert sich an den von den Bildungsministern vorgegebenen Rahmenbedingungen der konsekutiven Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor oder Master, wobei für den Lehrer an beruflichen Schulen nur der Abschluss „Master“ relevant ist. Es berücksichtigt darüber hinaus angesichts tiefgreifender und fortdauernder Prozesse des gesellschaftlichen Wandels die sich ständig wechselnden Anforderungen, die an die Profession des Berufs- und Wirtschaftspädagogen gestellt werden.

Es leistet daher zugleich einen wesentlichen Beitrag zur Hebung der individuellen Professionalität.

Berufs- und wirtschaftspädagogische Studiengänge bereiten einerseits zusammen mit den beteiligten Fachwissenschaften und dem Studium eines Zweifaches mit anschließendem bis zu zweijährigem Vorbereitungsdienst auf die Tätigkeit im beruflichen Schulwesen vor. Dies setzt eine stärkere Verzahnung des Masterstudiengangs mit dem Vorbereitungsdienst voraus. Andererseits müssen diese Studiengänge aber polyvalent angelegt sein, um weitere berufliche Perspektiven zu eröffnen, zu denen z. B. das betriebliche Bildungs- und Personalwesen, die berufliche Weiterbildung in öffentlicher oder privater Trägerschaft oder Tätigkeiten in der akademischen Lehre gehören.

Als Ziel der Ausbildung muss gelten, die Fähigkeit und Bereitschaft zu einem theoriegeleiteten-reflexiven, erfahrungsoffenen und verantwortlichen Handeln im pädagogischen Handlungsfeld der Berufsbildung zu erlangen.

Folgende Rahmenstruktur für den Master-Studiengang Berufs- und Wirtschaftspädagogik wird vorgeschlagen: Er setzt sich aus dem Bachelor-Studium mit einem anschließenden Master-

Studium zusammen, wobei der Zugang zum Master-Studium zwingend einen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss voraussetzt.

„Bachelorstudiengänge müssen die für die Berufsqualifizierung notwendigen wissenschaftlichen Grundlagen, Methodenkompetenz und berufsfeldbezogenen Qualifikationen vermitteln.“ (...) „Masterstudiengänge sind nach dem Profiltyp stärker anwendungsorientiert und stärker forschungsorientiert zu differenzieren“, so schreibt es die KMK vor. Alle Teilbereiche müssen in Module unterteilt werden, die mit Punkten nach dem Leistungspunktesystem (ECTS) abgeschlossen werden und die an allen Universitäten studiert werden können.

### Bachelorstudiengang:

*Regelstudienzeit:*

3 Jahre (6 Semester)

*Studieninhalte:*

Fachwissenschaft	90 SWS
Zweifach	20 SWS
Berufs- und Wirtschaftspädagogik	10 SWS

---

Gesamt 120 SWS

### Masterstudiengang:

*Regelstudienzeit:*

2 Jahre (4 Semester) einschließlich einer „Master“-Arbeit

*Studieninhalte:*

Fachwissenschaft mit Spezialisierung/Vertiefung	16 SWS
Zweifach	24 SWS
Berufs und Wirtschaftspädagogik	20 SWS

---

Gesamt 60 SWS

Eine Professionalisierung und Qualitätssicherung der Ausbildung zum Berufs- und Wirtschaftspädagogen ist nur über den forschungsorientierten Masterstudiengang und den anschließenden praxisorientierten bis zu zweijährigen Vorbereitungsdienst möglich. *Stand: März 2004*

# Weltkulturerbe Bamberg – reiche Geschichte, lebendige Gegenwart

Das oberfränkische Bamberg ist eine historische fränkische Kaiser- und Bischofsstadt und gleichzeitig eine lebendige, jung geliebene Stadt mit 70 000 Einwohnern. Bamberg ist eine Stadt der Tradition und des Fortschritts, beides vereinigt sich zu einem harmonischen Ganzen.

In einem weiten Talkessel zwischen Fränkischer Schweiz, Steigerwald und Hassbergen gelegen, ist Bamberg wie das antike Rom auf sieben Hügeln gebaut. Die Lage und die Tatsache, dass die meisten Bamberger katholisch sind, brachte der Stadt den Spitznamen „Das fränkische Rom des Nordens“ ein. Gotik und bürgerlicher Barock bestimmen das Stadtbild. Die Aufnahme Bambergs in die UNESCO-Liste des Weltkulturerbes der Menschheit im Jahr 1993 ist nicht zuletzt der erfolgreichen Denkmalpflege und einer besonnenen Stadtentwicklung zu verdanken. Das Zusammenspiel aus originaler Bausubstanz, Kontinuität der Nutzung und Weiterbestehen der frühmittelalterlichen Stadtstrukturen und die harmonische Verbindung zwischen Stadt und Landschaft zeichnen Bamberg als Weltkulturerbe aus.

## Das Alte Rathaus

Die Innenstadt wird von der Regnitz in zwei Teile geteilt: die Bürgerstadt und die Bischofsstadt. Genau auf der Grenze, mitten in der Regnitz, steht das Alte Rathaus aus dem 15. Jahrhundert. Seine Barockfassade haben sich die Ratsherren im 18. Jahrhundert geleistet. Imposant ist das so genannte Rottmeisterhaus, das an das alte Rathaus angebaut wurde. Der Fachwerkbau scheint über der Regnitz zu schweben. Um das alte Rathaus herum häufen sich Antiquitätengeschäfte: Im Umkreis von 300 Meter gibt es etwa 30 Antiquitätenläden. Das ist einmalig in Deutschland.

## Die Bischofsstadt

Hoch über der Stadt ragen die vier Türme des Bamberger Doms auf. Der Dom ist eines der großen Bauwerke des Mittelalters. Und er ist voller Besonderheiten. Das Kaiserpaar Hein-

Panorama der  
Kongressstadt.



Altes Rathaus mit Rottmeisterhaus.

rich II. Es ist das einzige Papstgrab auf deutschem Boden. An einem Chorpfeiler thront der berühmte Bamberger Reiter. Er ist einer der Höhepunkte mittelalterlicher deutscher Bildhauerkunst.

## Am Nordende des Domplatzes ...

... ließ sich Fürstbischof Lothar Franz von Schönborn seine Neue Residenz erbauen. Hier hatten die letzten Fürstbischöfe von Bamberg ihre Wohn- und Repräsentationsräume. Im Garten der Residenz blühen im Sommer Tausen-



Die vier Türme des Doms überragen die Stadt.

de von Rosen. Der Rosengarten ist ein beliebter Ort für Bambergbesucher, die sich mit einem Blick über die Dächer der Altstadt von den Besichtigungen erholen.

de von Rosen. Der Rosengarten ist ein beliebter Ort für Bambergbesucher, die sich mit einem Blick über die Dächer der Altstadt von den Besichtigungen erholen.



Das Schlenkerla; hier wird das berühmte Rauchbier ausgeschenkt.



Gemütliches Ambiente in der Austraße.

### Bamberger Bier

Nirgendwo auf der Welt gibt es eine größere Dichte von Brauereien als in der Gegend von Bamberg. In Bamberg selbst gibt es noch neun Brauereien. Zu gewissem Ruhm hat es vor allem das „Schlenkerla Rauchbier“ gebracht. Es wird wegen seiner Seltenheit von den Besuchern besonders gerne getrunken. Das Geheimnis seines Geschmacks liegt im Rauchmalz.

Beim Darren verwenden die Brauer nach alter Väter Sitte ein Buchenholzfeuer, dessen Rauch haften bleibt.

### Pulsierendes Leben in historischem Ambiente

Bamberg ist aber nicht „nur“ ein bauhistorisches und städtebauliches Gesamtkunstwerk, sondern ein mit pulsierendem Leben erfülltes Oberzentrum, Kunst- und Kulturstadt, Sport-

stadt, eine Stadt der Bildung mit Universität und zahlreichen Schulen, Bischofsstadt, Justizstadt, Tagungs- und Kongressstadt, Gärtnerstadt und – nicht zuletzt, sondern gewissermaßen als Basis der Lebensqualität der Stadt – ein bedeutender Wirtschaftsstandort mit annähernd 50.000 Arbeitsplätzen und einem großen Einzugsbereich. Im Jahr 2003 erreichte Bamberg den ersten Platz beim Wettbewerb „Zukunftsfähige Kommune“.

**Wir freuen uns auf Ihren Besuch**

**BAMBERG**

Am 26. und 27. November 2004 findet unter dem Motto  
**„Berufliche Bildung neu denken – der VLB“**  
 der 7. VLB-Berufsbildungskongress in Bamberg statt.

### Einzigartige Kulturvielfalt

Kulturelle „Highlights“ des Weltkulturerbes Bamberg sind die weltberühmten Bamberger Symphoniker, das E.T.A.-Hoffmann-Theater und das 1998 eröffnete Internationale Künstlerhaus Villa Concordia. Über 200 Vereinigungen und Einrichtungen, darunter einmalige Kleinkunstabühnen, belegen die Vielfalt des Bamberger Kulturlebens. Die Stadt birgt außerdem eine außergewöhnliche Vielzahl an Galerien und Museen von unterschiedlichstem Charakter – von „klassischen“ Einrichtungen wie dem bedeutenden Diözesanmuseum oder dem Historischen Museum der Stadt über das beliebte Naturkundemuseum bis hin zu Bamberger Unikaten wie dem Brauereimuseum oder dem beeindruckenden Hologrammuseum.

Schlagzeilen machte Bamberg in den letzten Jahren mit den vom Internationalen Künstlerhaus Villa Concordia initiierten Ausstellungen moderner Kunst im öffentlichen Raum.



Mit dem Ankauf moderner Plastiken von Fernando Botero, Igor Mitoraj und Joannis Avramidis durch die Bürgerschaft wurde der Anfang für einen Skulpturenweg von international höchstem Rang gemacht

### Landesgartenschau 2012

Der Zuschlag zur Landesgartenschau 2012 bietet Bamberg eine weitere große Chance für die Stadtentwicklung, bei der die Bedeutung Bambergs als Gärtnerstadt sicherlich eine wichtige Rolle spielen wird. Mit der Bewerbung als Kulturhauptstadt Europas hat Bamberg mit seinen Bürgern ein Zeichen des Selbstverständnisses und -bewusstseins als Kulturstadt internationalen Ranges gesetzt und nutzt das aus dem Bewerbungsprozess erwach-

Eine Plastik von Igor Mitoraj bildet den Anfang eines künftigen Skulpturenweges.



sene Engagement als Motor für die zukunftsgerechte Weiterentwicklung der Stadt. Ganz nach dem Motto der Be-

werbung: „Bamberg bewegt!“ – sich und andere.

*Text: Stadt Bamberg, Pressestelle*

**Schreiben des VLB an Kultusministerin Monika Hohlmeier, 3. August 2004**

## Personalversorgung der Fachoberschulen und Berufsoberschulen

*Sehr geehrte Frau Staatsministerin Hohlmeier,*

*die staatlichen Fachoberschulen und Berufsoberschulen in Bayern mussten wiederholt unter außerordentlich schwierigen Bedingungen ein Schuljahr bewältigen. Die große Attraktivität dieses Bildungsweges, vor allem aber auch die überaus kritische Lage am Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt haben zu hohen Schülerzuwächsen geführt. Diese Situation kann nur mit dem erforderlichen Zuwachs an personellen und räumlichen Ressourcen erfolgreich gemeistert werden.*

*Es ist zwar anzuerkennen, dass zusätzliche Mittel und Planstellen zur Verfügung gestellt wurden. Das Defizit im Personalbudget liegt mit landesweit ca. 9 % aber nach wie vor weit über dem, was allen anderen Schularten zugemutet wird. Unterrichtskürzungen auch im Bereich des Pflichtunterrichts waren nicht zu vermeiden, selbst in Abschlussklassen müssen oftmals 30 und mehr Schüler unterrichtet werden. Das anerkannt hohe Niveau der fachlichen und pädagogischen Arbeit in der beruflichen Oberstufe zu halten ist unter diesen Bedingungen massiv erschwert; die Beanspruchung der Lehrkräfte hat längst einen sehr kritischen Grad erreicht.*

*Nach den jüngsten Mitteilungen aus Ihrem Hause ist zu befürchten, dass sich daran auch im kommenden Schuljahr nur wenig ändern wird, weil die Schülerzahlen erneut kräftig ansteigen werden und die zusätzlich eingerichteten Stellen bei weitem nicht ausreichen. Auch die Anrechnungsstunden, die für die Wahrnehmung besonderer dienstlicher Aufgaben und damit für die Qualitätssicherung in der beruflichen Oberstufe und für den Schulentwicklungsprozess unabdingbar sind, sollen um 15 % gekürzt werden.*

*Für den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern ist es nicht akzeptabel, dass die beschriebene Budgetlücke offensichtlich mehr und mehr zum Dauerzustand wird. Wir appellieren deshalb mit Nachdruck an Sie, sehr geehrte Frau Staatsministerin, das zur Behebung des Engpasses Notwendige zu veranlassen und eine hinreichende Personalversorgung der beruflichen Oberstufe dauerhaft sicherzustellen.*

*Mit freundlichen Grüßen  
H. Sauerwein  
Landesvorsitzender*

**Schreiben von Kultusministerin  
Monika Hohlmeier an den VLB,  
12. Juli 2004**

## **Forderung besonders begabter Schüler an der Fachoberschule; hier: Einrichtung von Eliteklassen**

*Sehr geehrter Herr Vorsitzender,*

*vielen Dank für Ihr Schreiben vom 12. Februar, in dem Sie Vorschläge zur Förderung besonders begabter Schülerinnen und Schüler machen. In der Diskussion um die Verkürzung von Schul- und Studienzeiten sowie den Erhalt und die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ist dies ein wichtiger Aspekt.*

*Ich sehe in Ihrem Schreiben auch eine Unterstützung für den im kommenden Schuljahr beginnenden Schulversuch „FOS 13“, mit dessen Einführung Bayern erneut unter Beweis stellt, welch hoher Stellenwert diesem Thema eingeräumt wird. So steht die 13. Jahrgangsstufe der Fachoberschule für besonders leistungsstarke Schülerinnen und Schülern aus allen Zubringerschulen offen, sofern sie überdurchschnittlich erfolgreich die Fachhochschulreifeprüfung an der Fachoberschule absolviert haben. Die FOS 13 erhöht damit die vertikale Durchlässigkeit des bayerischen Schulsystems, sie verkürzt den Weg zur Universität gegenüber dem Bildungsweg über die BOS um rund 2 Jahre und eröffnet einen attraktiven Weg für besonders geeignete Schüler zur Erlangung der fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife. Dadurch erhöht Bayern – ohne Qualitätsverlust – die Quote der Hochschulzugangsberechtigten.*

*Ihre Anregung, besonders leistungsstarke Schüler von Zubringerschulen unmittelbar in eine so genannte FOS 12E aufzunehmen, um sie innerhalb nur eines Jahres zur Fachhochschulreife zu führen, wäre – auch bei Einführung einer Notenhürde – dagegen mit erheblichen rechtlichen, systematischen und insbesondere fachlichen Problemen (KMK-Vereinbarung) verbunden.*

*Wie ich bereits im Rahmen der Jahrestagung der Landeselternvereinigung der Fachoberschulen am 20. März in München ausgeführt habe, möchte ich an den beiden Wegen zur Erlangung einer Hochschulreife – über das Gymnasium einerseits und die beruflichen Schularten Fachoberschule und Berufsoberschule andererseits festhalten – und Überlegungen zur Einrichtung von sog. Elite-Klassen zum Erwerb der Fachhochschulreife, sei es über das in die Diskussion gebrachte Modell einer Realschule 6 + 1 oder über das von Ihnen vorgeschlagene Modell einer FOS 12E, derzeit nicht weiter verfolgen.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Monika Hohlmeier*

**Schreiben des Kultusministeriums  
an den VLB, 21. Juni 2004**

*Sehr geehrte Damen und Herren,*

*die Seminare der beruflichen Fachrichtungen werden mittelfristig ausschließlich an Berufsschulen geführt, da Lehrkräfte nach ihrer Ausbildung hauptsächlich dort zum Einsatz kommen. Ausnahmen sind möglich in den Fachrichtungen Gesundheits- und Pflegewissenschaft und Sozialpädagogik.*

*Um eine möglichst breit angelegte Ausbildung zu gewährleisten, lernen Studienreferendare – unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten – bereits während des ersten Ausbildungsabschnittes auch Vollzeitschulen des beruflichen Schulwesens (BFS, FOS/BOS und WS) kennen, sofern dies nicht bereits über die Ausbildung im Zweifach erfolgt.*

*Auf der Grundlage des von den Regierungen gemeldeten Lehrbedarfs wird die Verteilung der Studienreferendare im zweiten Ausbildungsabschnitt wie bisher erfolgen.*

## Lehramt an beruflichen Schulen; Vollzug der Zulassungs- und Ausbildungsordnung für das Lehramt an beruflichen Schulen (ZALB) §§ 10 und 25;

**hier: Einbeziehung beruflicher Vollzeitschulen (BFS, FOS/BOS und WS) in die Ausbildung der Studienreferendare im ersten Ausbildungsabschnitt**

*Entsprechend § 14 Abs. 1 ZALB ist die Einbeziehung der Vollzeitschulen im ersten Ausbildungsabschnitt durch folgende Ausbildungsformen möglich:*

1. Hörstunden in den eigenen Fächern
2. Hospitationen in anderen Fächern
3. Lehrversuche
4. Zusammenhängender Unterricht

*Zusammenhängender Unterricht und Hörstunden sollen an den beruflichen Vollzeitschulen insgesamt i.d.R. zwei Wochenstunden nicht übersteigen. Darüber hinaus sind Hospitationen und Lehrversuche möglich. Die Regelungen des KMS vom 14.12.1998 Nr. VII/10-S9100-14/136 647 gelten entsprechend. Die Betreuung der Studienreferendare ist in Absprache mit dem Seminarlehrer der beruflichen Fachrichtung durch die jeweilige Schule sicherzustellen.*

*Auch die in der beruflichen Fachrichtung stattfindenden wöchentlichen Fachsitzungen können dazu dienen, die beruflichen Vollzeitschulen näher kennen zu lernen. Hierzu wird empfohlen, dass die Seminarlehrkräfte zwei Fachsitzungen im ersten Ausbildungsabschnitt an entsprechenden Vollzeitschulen durchführen und den jeweiligen Schultyp (BFS, FOS/BOS oder WS) zum Gegenstand der Fachsitzung machen. Als Referenten könnten ggf. geeignete Lehrkräfte des Schultyps einbezogen werden.*

*Die Einbeziehung der beruflichen Vollzeitschulen in die Ausbildung der Studienreferendare im ersten Ausbildungsabschnitt ist im Seminarbericht zu dokumentieren. Sofern eine Einbeziehung auf Grund der örtlichen Gegebenheiten nicht möglich erscheint, ist dies zu begründen.*

*Mit freundlichen Grüßen  
gez. Kubosch  
Leitende Ministerialrätin*

**Schreiben von MdL Klaus Stöttner (CSU) an den VLB, 14. Juli 2004**

*Sehr geehrter Herr OStD Sauerwein,*

*wie Sie der Presse in den vergangenen Tagen entnehmen konnten, hat sich die CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag dafür eingesetzt, dass bei der Planung der beliebten Skilager der Bayerischen Schulen in Zukunft verstärkt die heimischen Wintersportgebiete berücksichtigt werden.*

## Skilager in Bayern

*Dieser Vorstoß soll keineswegs als „Verordnung von oben“ verstanden werden, sondern Sie und Ihre Verbandsmitglieder für den Wirtschaftsstandort Bayern sensibilisieren. Wir haben im gleichen Zuge auch die Tourismusverbände angeschrieben, auf die Schulen aktiv zuzugehen. Der Hintergedanke dabei: Dort wo unsere Jugend das Skifahren erlernt und positive Eindrücke mitnimmt, dort wird sie später auch mit den eigenen Kindern ihren Urlaub verbringen. Wir wollen also die Bindung an unsere Heimat stärken und „ganz nebenbei“ Arbeitsplätze sichern.*

*Ich würde mich freuen, wenn Sie in Ihre künftigen Überlegungen bzw. Planungen zu diese Thema die bayerischen Pisten verstärkt einbeziehen würden und stehe Ihnen selbstverständlich gerne für einen Meinungsaustausch zur Verfügung.*

*Mit freundlichen Grüßen  
Ihr  
Klaus Stöttner, MdL*

Information des Museums-Pädagogischen Zentrums München:

## Neue Angebote für berufliche Schulen

**ANDREA FEUCHTMAYR**

„Diese Schnörkel schauen aus wie Ornamente von alten geschmiedeten Gittern“, wundert sich ein Berufsschüler, als er seine Zeichnung betrachtet, die er gerade im Bayerischen Nationalmuseum angefertigt hat. Er ist mit seiner Klasse Metallbau, Fachbereich Gestaltung, ins Museum gekommen, um in einer MPZ-Führung zum Thema „Vielfalt des Ornaments“ etwas über die Formgebung von Renaissance und Barock zu erfahren. Neben der eingehenden Betrachtung und dem Vergleich ausgewählter Exponate fertigen die Schüler Zeichnungen z. B. von Ornamenten eines Reisebetts aus der Renaissance an. Überrascht stellen sie dabei fest, dass Komposition und Formvokabular sich sehr ähneln, ob man nun Elfenbeintarsien oder ein schmiedeeisernes Gitter der gleichen Stilepoche vor Augen hat. Ein Baustein für Form- und Stilverständnis ist damit gelegt!

Neue Eindrücke in einem ungewohnten Lernumfeld zu gewinnen, Wissenswertes aus einem anderen Blickwinkel über das eigene Berufsfeld zu erfahren, über Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft des Berufs nachzudenken oder Ideen für das eigene Schaffen zu gewinnen, all das kann Auszubildende motivieren. Unter diesen Aspekten sind berufsspezifisch und pädagogisch konzipierte Museumsbesuche bereichernde Angebote innerhalb der beruflichen Ausbildung und stärken darüber hinaus die Identifikation der jungen Erwachsenen mit ihrem zukünftigen Beruf.

Seit nunmehr zwei Jahren geht das Museums-Pädagogische Zentrum vermehrt auf den Bedarf der beruflichen Schulen ein, um den Unterricht in diesem Sinne zu ergänzen und zu bereichern. Didaktisch gelenktes Entdecken und anschauliches Vermitteln von Themen, die Inhalte der Lehrplä-

ne aufgreifen, stehen seit der Gründung des MPZ durch den Freistaat Bayern und die Landeshauptstadt München vor über 30 Jahren im Mittelpunkt seiner Bildungsarbeit in Museen. Angesichts der großen Zahl von naturwissenschaftlichen, kultur- und

Anfertigung von Skizzen für die Nachbereitung im Unterricht.



kunstgeschichtlichen Museen und Sammlungen gibt es zahlreiche Möglichkeiten, Brücken zwischen Berufs- und Museumswelt zu bauen und den Schülerinnen und Schülern einen neuen Zugang zu ihrem Beruf zu eröffnen.

### Gelungene Kooperation der beruflichen Schulen mit dem MPZ

In Zusammenarbeit mit Lehrkräften der beruflichen Schulen sind neue Angebote speziell für die verschiedenen Berufsgruppen entstanden. Das jetzt erweiterte MPZ-Programm sieht unterschiedlich gestaltete Gesprächsführungen, Werkstattprogramme und Projektstage für Schülergruppen sowie Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte vor.

Unter den ca. 350 Führungsangeboten findet sich beispielsweise das Thema „Material und Funktion“ in der

Designsammlung der Pinakothek der Moderne, das sich für die Berufsfelder Holz, Metall, Farbe, Gestaltung und Raumgestaltung sowie für das Berufsfeld Wirtschaft und Verwaltung eignet. Die MPZ-Mitarbeiter setzen je nach Ausbildungsrichtung der Schülergruppe unterschiedliche Schwerpunkte. So ist es für angehende Schreiner natürlich am interessantesten, an „ihrem“ Material zu klären, wie Materialwahl und Funktion die Formgebung beeinflussen oder unter welchem Thema ein bestimmter Entwurfsprozess steht.

Künftige Fachleute im Einzelhandel diskutieren dagegen eher darüber, was unter Design zu verstehen ist, welche Rolle es in unserem heutigen Leben spielt oder was einen Designklassiker ausmacht.

Neu konzipierte Stadtrundgänge, wie z. B. „Altbau – Umbau – Neubau“ oder „Zeichnen, sehen, datieren – Architektur des 20. Jahrhunderts“, wenden sich speziell an Ausbildungsberufe aus den Bereichen Bauhandwerk und Bautechnik sowie an zukünftige Immobilienfachleute.

Viele Lehrkräfte der beruflichen Schulen nutzen MPZ-Angebote auch für den allgemein bildenden Unterricht, so z. B. „Religion und Weltanschauung“ im Staatlichen Museum für Völkerkunde, „Umweltschutz im Alltag“ im Deutschen Museum oder Stadtrundgänge zum „Nationalsozialismus in München“.

Diese Beispiele zeigen zwar wie vielfältig bereits die Möglichkeiten für berufliche Schulen sind, mit dem MPZ zu kooperieren, doch ist das MPZ auch weiterhin sehr an Anregungen der Lehrkräfte interessiert. Wenn sich beispielsweise durch die Umstellung der Lehrpläne auf Lernfelder andere inhaltliche Schwerpunkte für den Unterricht ergeben, die sich durch Museumsbesuche sinnvoll ergänzen und vertiefen lassen, reagiert das MPZ gerne darauf mit neuen Angeboten.

### „Museen. Muss ich sehen!“

Das aktuelle MPZ-Programm „Schule und Museum“ und weiterführende Informationen sind unter der Adresse [www.mpz.bayern.de](http://www.mpz.bayern.de) veröffentlicht. Einen schnellen Überblick über Themen, die für den jeweiligen Ausbildungsberuf interessant sind, ermöglicht hier das nach Berufsfeldern sortierte „Register für berufliche Schulen“. Bei einem Museumsbesuch mit dem MPZ ist der Eintritt für Schüler und Lehrer frei. Für eine Führung fallen lediglich die Honorarkosten für die fachlich und pädagogisch qualifizierten MPZ-Mitarbeiter von 28,00 Euro pro Stunde an. Bei einer durchschnittlichen Klassenstärke zahlt jeder Schüler somit nur ca. einen Euro für eine einstündige Führung. Lehrerfortbildungen zu den Themen des Schulprogramms kann das MPZ kostenfrei durchführen. <

### Neuer Lehrplan für Sozialkunde

- Er tritt mit Beginn des Schuljahres
- 2004/05 für die 10. Jahrgangsstufe in Kraft
  - 2005/06 für die 11. Jahrgangsstufe in Kraft
  - 2006/07 für die 12. Jahrgangsstufe in Kraft.

Der neue Lehrplan kann von den Internetseiten des ISB abgerufen werden unter: <http://www.isb.bayern.de/bes/lehrplan/bs> unter dem Button „Allgemein bildende Fächer“. Nähere Informationen erhalten Sie in Heft 10/2004.

## MPZ

Museums-  
Pädagogisches  
Zentrum

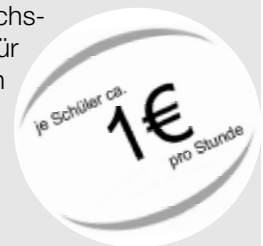
Barer Straße 29  
80799 München  
[www.mpz.bayern.de](http://www.mpz.bayern.de)

## „Museen – muss ich sehen!“ Neue Angebote des MPZ für berufliche Schulen

Raus aus der Schule, neue Eindrücke gewinnen, fächerübergreifend arbeiten zu berufsspezifischen oder allgemein bildenden Themen – so sieht anschaulicher Unterricht mit dem MPZ in Museen oder auf Stadtrundgängen aus.

Das MPZ-Führungsprogramm bietet Gesprächsführungen, Werkstattprogramme, Projekttag für Schülergruppen sowie Fortbildungsveranstaltungen für Lehrkräfte in den naturwissenschaftlichen, kunst- und kulturgeschichtlichen Museen und Sammlungen Münchens.

Der Eintritt in die Museen ist mit dem MPZ frei.



Das aktuelle Schulprogramm des MPZ und weiterführende Informationen finden Sie unter der Adresse [www.mpz.bayern.de](http://www.mpz.bayern.de) im Internet.

Fragen oder Anregungen richten Sie bitte an Andrea Feuchtmayr M.A.,  
Telefon: 0 89 / 2 38 05-2 92, Fax: 0 89 / 2 38 05-1 97,  
e-mail: [feuchtmayr@mpz.bayern.de](mailto:feuchtmayr@mpz.bayern.de)

### Abschließende Bemerkungen zum Forschungsprojekt SoLe:

## Zentrale Erkenntnisse aus der Bamberger Studie „Selbstorganisiertes Lernen im Rechnungswesenunterricht“

JÜRGEN SEIFRIED / DETLEF SEMBILL

### Übersicht über zentrale empirische Befunde

Ausgangspunkt einer (in dieser Zeitschrift bereits mehrfach vorgestellten) aufwendigen empirischen Untersuchung war die Frage, wie sich fachdidaktisch-curriculare Variationen (wirtschaftsinstrumentelles Rechnungswesen vs. Bilanzmethode) auf

den Unterricht in einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung auswirken. Zu Projektbeginn wurde diesbezüglich vermutet, dass angesichts der vermuteten Passung grundlegender Gestaltungsprinzipien insbesondere in der Kombination des selbstorganisierten Lernens mit dem wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesen ein erfolversprechender Ansatz zur Steigerung der Unterrichtsqualität liegen könnte.

Zur Überprüfung dieser zentralen Annahme wurde in Zusammenarbeit mit Lehrkräften der Bamberger Berufsschule III eine entsprechende Lernumgebung gestaltet und evaluiert. Aufgrund der gewählten Auswertungsstrategie ist eine enorme Datenvielfalt entstanden, die eine Analyse der zu untersuchenden Phänomene aus unterschiedlichen Perspektiven ermöglichte. Die Bedeutung der Befunde wird daher weniger in den Einzelergebnissen als vielmehr in dem sich abzeichnenden Gesamtbild gesehen. Die Untersuchungsergebnisse weisen nahezu ausnahmslos darauf hin, dass – eine entsprechende fachdidaktisch-curriculare Modellierung vorausgesetzt – mit der Konzeption des Selbstorganisierten Lernens „ein allgemein-didaktisches Modell beruflicher Bildung zur Förderung höherwertiger Qualifikationsprofile“ (Sembill 2000, S. 65) zur Verfügung steht, das auch im Rechnungswesenunterricht gewinnbringend eingesetzt werden kann.

Vor dem Hintergrund der berichteten Befunde ist jedoch nachdrücklich der verstärkte Einbezug des Inhaltsaspekts zu fordern. Eine Steigerung des Unterrichtserfolgs sollte insbesondere dann gelingen, wenn simultan zu unterrichtsmethodischen Schwächen die aus der Orientierung an der Bilanzmethode resultierenden fachdidaktisch-curricularen Problemlagen in Angriff genommen werden. Mit dem wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesen steht diesbezüglich ein fachdidaktischer Ansatz zur Verfügung, in dem die Bilanz als formales Referenzmodell durch ein inhaltliches Referenzmodell (das „Allgemeine Unternehmensmodell“) ersetzt wird und dessen Grundprinzipien eine handlungsorientierte Unterrichtsgestaltung unterstützen (siehe Preiß 1999). Dies eröffnet die Möglichkeit, das im herkömmlichen Rechnungswesenunterricht vorherrschende Unterrichts- und Begründungsmuster (abstrakte, wenig anschauliche und hochformalisierte Lerninhalte „zwingen“ die Lehrpersonen zu einer lehrerzentrierten Vorgehensweise) zu durchbrechen und eine Ausweitung der Handlungsorientierung zu realisieren.

### Implikationen für die Unterrichtspraxis

Die u. a. in dieser Zeitschrift vorgestellten theoretischen Überlegungen und empirischen Befunde helfen bei der Beantwortung dreier Fragestellungen weiter, die im Mittelpunkt der fachdidaktischen Auseinandersetzung mit dem Rechnungswesenunterricht stehen:

*a) Mit welchem Ziel sollen sich Lernende mit dem Rechnungswesen beschäftigen?*

Bei der Gestaltung einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung für das Rechnungswesen hatten wir das Leitziel der Förderung der ökonomischen Kompetenz bei gleichzeitiger Beherrschung der Verfahrenstechniken angestrebt. Dabei ist der Kompetenzbegriff als komplexes Kriterienbündel zu verstehen und umfassend zu interpretieren. Ein ganzheitliches Begriffsverständnis schließt neben der Vermittlung und dem Erwerb von ökonomischem Wissen, das sowohl im Unternehmens- und Verwaltungsbereich als auch im privaten Kontext zielgerichtet und effektiv eingesetzt werden kann, auch emotional-motivationale Aspekte und übergreifende Fähigkeiten wie komplexes Problemlösen, Kommunikationsfähigkeit oder Teamfähigkeit ein (Sembill 1992; Achtenhagen 1996).

*b) Welche Inhalte sollen dem Lerngebiet Rechnungswesen zugeordnet werden und wie soll die Sequenzierung dieser Inhalte aussehen?*

Die Umsetzung dieser Zielsetzung erfordert eine fachdidaktische Konzeption, die verstärkt den Stellenwert der Buchführung als Informationsinstrument in den Mittelpunkt rückt. Im Unterricht ist klar herauszuarbeiten, wie betriebswirtschaftliche Sachverhalte in einem Informationssystem zu erfassen sind, welche Auswertungen ein Informationssystem bereitstellen kann und wie Entscheidungen durch die Gestaltung des Informationssystems beeinflusst werden. Mit der Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens liegt eine Konzeption vor, die sowohl inhaltlich als auch – mit Abstrichen – methodisch sehr viel stärker als die in Fachkreisen bis-

her diskutierten Entwürfe auf den Aufbau ökonomischer Kompetenz im oben skizzierten Sinne ausgerichtet ist.

Die Leitidee der Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens besteht darin, dass über das Rechnungswesen ein Beitrag geleistet werden soll, ökonomisches Geschehen von der Ziel- und Zweckorientierung wirtschaftlicher Systeme her zu verstehen. Dabei erweist sich der durchgängige und konsequente Einsatz eines Modellunternehmens als geeignete Vorgehensweise zur Veranschaulichung der den Buchungen zugrunde liegenden ökonomischen Sachverhalte und betrieblichen Prozesse. Die verstärkte Ausrichtung der Lehr-Lern-Prozesse am ökonomischen Zweckbezug des Rechnungswesens bedeutet keinesfalls, buchungstechnische Fähigkeiten und Fertigkeiten zu vernachlässigen. Sie stehen jedoch nicht länger als Selbstzweck im Mittelpunkt des Unterrichts.

*c) Wie ist der Rechnungswesenunterricht aus methodischer Sicht zu gestalten?*

Angesichts der unterrichtsmethodischen Problemlagen des herkömmlichen Rechnungswesenunterrichts liegt es auf der Hand, dass die Diskussion möglicher Ansatzpunkte zur Steigerung der Unterrichtsqualität über den Aspekt der Bestimmung, Begründung und Sequenzierung der Ziele und Inhalte des Unterrichts hinaus die Auseinandersetzung mit methodisch-medialen Fragestellungen umfassen muss. Dabei ist eine konsequente Ausweitung der Handlungsorientierung zu fordern. Es ist indes nicht damit getan, im herkömmlichen Unterricht hier und da eine Gruppenarbeitsphase einzustreuen oder Schüler in irgendeiner Form praktische Tätigkeiten durchführen zu lassen, ohne dass sich aus diesen Tätigkeiten ein vertieftes ökonomisches Verständnis entwickelt. Diese falsch verstandene Interpretation des Terminus „Handlungsorientierung“ – Frank Achtenhagen spricht in diesem Zusammenhang von „Wusel-didaktik“ – dürfte nur in seltenen Fällen zu den erwünschten Ergebnissen führen.

Im Unterschied hierzu sind die Lehrpersonen beim Selbstorganisierten Lernen aufgefordert, Lehr-Lern-Prozesse ganzheitlich zu betrachten und den Lerner konsequent in das Zentrum der pädagogischen Bemühungen zu rücken. Dies erfordert eine stringente Vorgehensweise auf den verschiedenen Ebenen der Curriculum- und Unterrichtsgestaltung (Dubs 2001): Auf der Makroebene (normative Ebene) gilt es zunächst zu überdenken, welche Ziele mit Schule und Unterricht erreicht werden sollen. In diesem Zusammenhang muss beispielsweise diskutiert werden, in welchem Ausmaß Lernende bei der Planung, Durchführung und Kontrolle der Lehr-Lern-Situationen zu beteiligen sind. Diesbezüglich ist zu fordern, dass diese Entscheidung zugunsten einer umfassenden Selbstbestimmung und Teilhabe der Lernenden auf allen drei Unterrichtsebenen (einschließlich der Kontroll- und Bewertungsdimension) zu treffen ist. Auf der Mesoebene (curriculare Ebene) sind dann im Zuge der Lehrplangestaltung Freiräume zu schaffen, damit Lehr-Lern-Prozesse initiiert werden können, die offen sind für selbstständiges Lernen, und auf der Mikroebene schließlich geht es darum, wie Lehr-Lern-Situationen konkret zu gestalten sind, um erfolgreiche Lehr-Lern-Prozesse initiieren zu können. Im Folgenden liegt der Fokus bei der Ableitung von Ansatzpunkten zur Steigerung der Unterrichtsqualität auf der Mikroebene (instruktionale Ebene). Vor dem Hintergrund der empirischen Befunde können zusammenfassend nachstehende Empfehlungen für den Rechnungswesenunterricht formuliert werden (Seifried 2004):

Schlüsselemente für eine nachhaltige Steigerung der Schülerorientierung und Lerneraktivität im Unterricht sind:

- die Bearbeitung komplexer, nicht wohl-definierter Probleme in kleinen Gruppen,
- die im Zeitablauf zunehmende Komplexität der zu bearbeitenden Problemstellungen,
- die mehrfache Bearbeitung ähnlicher Sachverhalte aus verschiedenen Perspektiven, auch unter dem

Aspekt der Einübung und Routinebildung (dies setzt eine inhaltliche Überschneidung der Problemstellungen voraus),

- das projektorientierte Vorgehen (inkl. der „Terminverantwortung“ auf Seiten der Lernenden),
- ein hohes Ausmaß an Mitbestimmungs- und Mitwirkungsmöglichkeiten im Unterricht,
- der Einbezug der Schüler bei der Auswahl und zeitlichen Gewichtung der Lerninhalte,
- die Mitwirkung der Lernenden bei der Beurteilung von Lernprozessen und Lernprodukten.

Aus der Perspektive der Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens sind folgende – mit den Grundprinzipien des Selbstorganisierten Lernens kompatible – Empfehlungen abzuleiten:

- der durchgängige und konsequente Einsatz eines Modellunternehmens zur Abbildung und Interpretation von Real- und Nominalgüterströmen,
- die beleggestützte Repräsentation von betriebswirtschaftlichen Sachverhalten,
- die Bearbeitung von aufeinander aufbauenden Geschäftsgängen mit wirtschaftlich sinnvollen Abläufen und Strukturen,
- die Implementierung von Controllelementen (inkl. der Auswertung und wirtschaftlichen Interpretation der Daten, Ergänzung der Buchführungs- und Bilanzdaten durch Statistiken, Kennzahlen und verbale Berichte).

Selbstorganisiertes Lernen ist – auch das geht aus der durchgeführten Studie hervor – kein „didaktischer Selbstläufer“. Nicht zu unterschätzen sind insbesondere die zusätzlichen Belastungen für Lehrkräfte. Nach Auskunft der an der Untersuchung beteiligten Lehrkräfte haben sich die Anstrengungen jedoch gelohnt. Die Lehrpersonen berichten übereinstimmend über eine gestiegene Berufs- und Arbeitszufriedenheit. Besonders hervorgehoben werden das entspannte Lehrer-Schüler-Verhältnis und die vielfältigen Möglichkei-

ten, Lernende individuell zu betreuen und zu unterstützen. Zu der positiven Gesamteinschätzung tragen auch die insgesamt guten und zum Teil die Erwartungen der Lehrpersonen übertreffenden Lernleistungen sowie die Rückmeldungen der Schülerinnen und Schüler bei.

Abschließend danken wir nochmals den beteiligten Schülerinnen und Schülern, der Schulleitung der Bamberger Berufsschule III (und hier insbesondere der Schulleiterin Dr. Angelika Rehm) sowie den involvierten Lehrkräften Birgit Hiemeyer, Volker Rosar, Martin Schilling und Horst Zöller für ihre Kooperationsbereitschaft und ihr Engagement. Zudem trug die Projektförderung durch das Bayerische Kultusministerium sowie der Universität Bamberg wesentlich zum guten Erfolg des Projekts bei. <

#### Literatur:

- Achtenhagen, F. (1996): Entwicklung ökonomischer Kompetenz als Zielkategorie des Rechnungswesenunterrichts, in: Preiß, P. & Tramm, T. (Hrsg.): Rechnungswesenunterricht und ökonomisches Denken. Didaktische Innovationen für die kaufmännische Ausbildung, Wiesbaden: Gabler, S. 22-44.
- Dubs, R. (2001): Mehr Klarheit für die Unterrichtspraxis – einige kritische Anmerkungen, in: Zeitschrift für Berufs- und Wirtschaftspädagogik, 97. Jg., H. 1, S. 1-5.
- Preiß, P. (1999): Didaktik des wirtschaftsinstrumentellen Rechnungswesens. München & Wien: Oldenbourg.
- Seifried, J. (2004): Fachdidaktische Variationen in einer selbstorganisationsoffenen Lernumgebung – Eine empirische Untersuchung des Rechnungswesenunterrichts. Wiesbaden: Gabler.
- Sembill, D. (1992): Problemlösefähigkeit, Handlungskompetenz und Emotionale Befindlichkeit. Zielgrößen Forschenden Lernens. Göttingen, Toronto, Zürich: Hogrefe.
- Sembill, D. (2000): Selbstorganisiertes und Lebenslanges Lernen, in: Achtenhagen, F. & Lempert, W. (Hrsg.): Lebenslanges Lernen – seine Grundlegung im Kindes- und Jugendalter, Band 4: Formen und Inhalte von Lernprozessen, Opladen: Leske + Budrich, S. 60-90.

## VLB-Geschäftsstelle wieder komplett besetzt



Die Damen in der Geschäftsstelle haben männliche Unterstützung bekommen. Matthias Kohn hat Mitte Juni 2004 die Leitung der VLB-Geschäftsstelle übernommen und wird bei seiner Arbeit von Andrea Götzke und Roswitha Diekmann unterstützt. Sie erreichen das Team telefonisch unter 089-59 52 70 oder per E-mail:

[kohn@vlb-bayern.de](mailto:kohn@vlb-bayern.de)

[goetzke@vlb-bayern.de](mailto:goetzke@vlb-bayern.de)

[diekmann@vlb-bayern.de](mailto:diekmann@vlb-bayern.de)

## Bezirks- und Kreisverbände

### BV München

#### Neuwahlen – Kontinuität bleibt erhalten

Am 15.07. wurde im Bezirksverband München ein neuer Vorstand gewählt. Nach zwei Amtsperioden kandidierte der bisherige Vorsitzende, Siegfried Hummelsberger, nicht mehr für das Amt des Münchner Bezirksvorsitzenden. „Nach acht Jahren ist es höchste Zeit für frischen Wind und neue Ideen. Man sollte ein Amt immer so rechtzeitig aufgeben, dass die Leute sagen: „Schade, dass er geht!“ und nicht so lange warten, bis jeder seufzt: „Endlich geht er!“, so lautete die Begründung für den Verzicht auf eine neue Kandidatur.

Als neuer Vorsitzender wurde Erich Baumann, stellvertretender Schulleiter an der Städtischen Berufsschule für Holztechnik und Innenausbau in München, mit nahezu einstimmigem Ergebnis gewählt. Baumann verfügt über große Erfahrung für dieses Amt, da er bereits seit 12 Jahren das Amt eines stellvertretenden Bezirksvorsitzenden ausgeübt hatte. Auch seine langjährige Personalratstätigkeit im Dienststellen- und Referatspersonalrat wird ihm im

neuen Amt sicherlich zu Gute kommen.

Als Stellvertreter für die Amtsperiode 2004 bis 2008 wurde Heinz Strey (wie bisher) und Siegfried Hummelsberger gewählt, das Amt der Schatzmeisterin übernimmt Monika Monat und neu in den Vorstand rückte Martin Reith als Schriftführer. Da der BV München als einziger Bezirksverband nicht in Kreisverbände untergliedert ist, wird der Vorstand durch fünf Beisitzer verstärkt: Dieter Metzmann, Peter Hoffmann, Robert Zlöbl, Heidi Drexel und Ria Rohrwild-Streng. Damit ist der neue Vorstand ein repräsentatives Abbild, in dem alle Gruppen unseres Verbandes – Kaufleute und Gewerbler, HD und GD, jüngere und ältere Kolleginnen und Kollegen, vertreten sind. Um die Belange der Studierenden und Referendare kümmert sich in München zukünftig Sven Schiering.

Einen besonderen Schwerpunkt möchte der neue Vorsitzende Erich Baumann auf die Mitgliederwerbung sowie den Erhalt und Ausbau des Münchner Berufsschulwesens legen.

-VLB-

### BV Oberfranken

#### Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm wiedergewählt

Zwei Tagesordnungspunkte dominierten die Bezirksdelegiertenversammlung der Mitglieder des Bezirksverbandes Oberfranken, im Haus des Handwerks in Kulmbach. Zum einen standen Neuwahlen für den Bezirksvorstand an, zum anderen berichtete die Bezirksvorsitzende über aktuelle Themen im beruflichen Schulwesen.

Ohne Gegenstimmen wurde der alte Vorstand entlastet. Die bisherige Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm wurde in ihrem Amt wieder einstimmig bestätigt, zu Stellvertretern wurden Monika Grüner-Schürer und Hermann Rupprecht gewählt, Schatzmeister bleibt Klaus Tkotz und neuer Schriftführer wurde Bernd Krügel.

Die alte und neue Bezirksvorsitzende ging danach auf aktuelle Themen ein: Im Hinblick auf die IHK-Prüfertätigkeit forderte sie: „Entweder erkennt das Kultusministerium die Prüfertätigkeit endlich als dienstliche Tätigkeit an oder aber die IHK muss den Lehrkräften in Zukunft eine angemessene Vergütung zahlen!“ Das Kultusministerium erteile bislang keine Weisung im Hinblick auf Prüfertätigkeiten und einem Kollegen, der dieses Ehrenamt nicht mehr wahrnehmen wolle, dürften dadurch keine Nachteile bei seiner Lehrerbeurteilung entstehen, so die Bezirksvorsitzende weiter und sie ermutigte die Kollegen, den eingeschlagenen Weg konsequent zu Ende zu führen.

Ein weiteres Thema waren die neuen Beurteilungsrichtlinien, die eine Anhebung des Beurteilungsalters auf 55 Jahre vorsehen und insgesamt sieben Beurteilungsstufen umfassen sollen. Kollegen über 50 sollte die Möglichkeit eingeräumt werden, auf eine erneute Beurteilung zu verzichten, so die Forderung von VLB und Hauptpersonalrat. Auch die Einbeziehung des Mitarbeitergesprächs in die Beurteilung wurde kritisch hinterfragt, würde doch damit diesem





Der neu gewählte Bezirksvorstand Oberfrankens im Bild von links nach rechts: Schatzmeister Klaus Tkotz, Kassenprüfer Anton Graf, Bezirksvorsitzende Dr. Angelika Rehm, Stellvertreter Hermann Rupprecht, Schriftführer Bernd Krügel und Kassenprüferin Barbara Schnackig. Nicht auf dem Bild die Stellvertreterin Monika Grüner-Schürer.

wichtigen Führungsinstrument die notwendige Vertrauensbasis entzogen.

Zum Schluss wies die Bezirksvorsitzende auf den dieses Jahr in Bamberg statt findenden VLB-Berufsbildungskongress von Freitag, 26. November bis Samstag, 27. November 2004 hin. Die Hauptveranstaltung ist am 26. November 2004 mit Staatsministerin Monika Hohlmeier im E.T.A.-Hoffmann-Theater geplant.

*Bernd Krügel*

## BV Schwaben

### Jürgen Wunderlich im Amt bestätigt

Im Gasthof Schuster fand die Delegiertenversammlung der Schwaben statt. Neben der Neuwahl des Bezirksvorsitzenden, seiner Stellvertreter, des Schatzmeisters und des Schriftführers standen die Vorbereitungen zum Berufsbildungskongress im November

2004 in Bamberg und ein Grundsatzreferat des stellvertretenden Landesvorsitzenden Hans Käfler auf dem Programm.

Bei den Wahlen zum Bezirksvorstand wurde Jürgen Wunderlich, von den Beruflichen Schulen Neusäß, einstimmig in seinem Amt bestätigt. Ebenfalls einstimmig wurden die stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Bernd Wesse von der Staatliche Berufsschule Kaufbeuren, Georg Wiedemann von der Staatliche Berufsschule Lauingen wiedergewählt. Neue Schriftführerin des Bezirks Schwaben ist Barbara Dilberowic von den Beruflichen Schulen Neusäß. Nach 17 Jahren aktiver Mitarbeit wurde der langjährige Bezirksschatzmeister Ernst Herdle von der Staatliche Berufsschule Krumbach verabschiedet. Die Nachfolge als Schatzmeister tritt Hans-Peter Neumayr ebenfalls von der Staatlichen Berufsschule Krumbach an.

Im zweiten Teil der Bezirksversammlung stellte der stellvertretende Landesvorsitzende Hans Käfler die

sich zuspitzende Lage im beruflichen Schulwesen mit einem derzeit schwächelnden dualen System in den Mittelpunkt seines Referats. Seiner Meinung nach werden derzeit durch die Ausbildungsstellenmisere, entgegen den Vorgaben der Bayerischen Verfassung, nach der dem Staat die Verantwortung für die Ausbildung der Jugendlichen obliegt, Bildungsdefizite der Elterngeneration stärker als bisher an die Jugendlichen übertragen. Käfler fordert daher die vermehrte Einrichtung von einjährigen Berufsfachschulen, um so zumindest Teilqualifikationen nach dem BBiG zu vermitteln und arbeitslose Jugendliche an den Beruf heranzuführen. Vorbildlich nannte Käfler das finnische Schulsystem, wo „Absacker“ individuell gefördert werden. Die aktuelle Erhöhung der Unterrichtspflichtzeit bei Berufsschullehrern lehnte Käfler klar ab und verwies auf eine neuere Schweizer Studie. Diese belegt, dass bei einer Erhöhung der Unterrichtszeit eine Erhöhung der Unterrichtsqualität nur bis zu nur bis 22 Unterrichtsstunden einhergeht. Im Gegensatz dazu sollen bayerische Berufsschullehrerinnen und -lehrer künftig 25 Stunden pro Woche unterrichten. *Johannes Münch*

## KV Landshut

### Wechsel an der Spitze des Kreisverbandes

Stanislav Postruznik, Lehrer für mechatronische Berufe an der Berufsschule I, ist der neue Chef des Kreisverbandes Landshut. Der Studienrat löst die bisherige Vorsitzende Elke Kraut von der Berufsschule II ab, die nicht mehr für den Vorsitz kandidierte. Die übrigen Posten bleiben weiterhin in den bewährten Händen der bisherigen Vorstandschaft. Stellvertreter sind Georg Birnkammer (BS II Landshut) und Manfred Neumann (BS Kelheim). Als Schatzmeister fungiert wieder Horst Weiß (BS I Landshut) und die Aufgaben des Schriftführers übernimmt Elke Kraut. Für die Prüfungen der Verbandskasse wurden



Bezirksvorsitzender Jürgen Wunderlich und Bezirksehenvorsitzender Alfred Weigand inmitten schwäbischer VLBler.



Links der neue Vorsitzende Stanislav Post-  
rznik, rechts die Vor-  
gängerin Elke Kraut.

## KV Nürnberg

### In Nürnberg – fast – nichts Neues

So kann man das Ergebnis der Wahl des Kreisvorstandes in der Mitglieder-  
versammlung des KV Nürnberg Mitte  
Mai zusammenfassen. Der bisherige  
Kreisvorstand mit dem Vorsitzenden  
Norbert Schammann, den beiden  
Stellvertretern Elfriede Sulzer-  
Gscheidl und Detlef-Lutz Pertek, dem  
Schatzmeister Gerhard Albrecht und  
der Schriftführerin Sabine Oechsner  
wurde einstimmig in seinem Amt be-  
stätigt, ebenso der langjährige Senio-  
renvertreter, Gerhard-Wolfgang Her-  
gert. Norbert Schammann erklärte al-  
lerdings, dass er sein Amt nur noch ein  
Jahr ausüben werde. Neu im Vorstand  
ist Ulla Pilz, die als Beirätin den Kreis-  
vorstand unterstützen wird.

Nach den Wahlen der Delegierten  
konnten die Kolleginnen und Kolle-  
gen ein reichhaltiges Büffet genießen,  
um sich so für die folgende Diskussi-  
onsrunde mit den bildungspolitischen  
Sprechern der im Nürnberger Stadtrat  
vertretenen Fraktionen zu stärken.  
Der VLB-Referent für Bildungspoli-  
tik und stellvertretende Landesvorsit-  
zende, Alexander Liebel, begrüßte Dr.  
Anja Pröbß-Kammerer (SPD), Babara  
Regitz (CSU) und Brigitte Wellhöfer  
(Bündnis 90/DIE GRÜNEN). Vor  
dem Hintergrund der Finanznot der  
öffentlichen Hand und insbesondere  
der Stadt Nürnberg ergaben sich  
zwangsläufig die Themen: Privatisie-  
rung von Schulen, Verstaatlichung des  
kommunalen Schulwesens in Nürn-  
berg und die drastische Kürzung des  
Schulbudgets durch die Stadt.

Zu Beginn betonten die Stadträtin-  
nen in ihren Statements die Bedeu-  
tung der beruflichen Bildung und die  
Leistungen der Lehrkräfte in Nürn-  
berg. Sie warben allerdings um Ver-  
ständnis für die geplanten Sparmaß-  
nahmen. Dagegen erklärte der Leiter  
des Amtes für Berufliche Schulen in  
Nürnberg, Walter Lang, dass der Be-  
schluss, im beruflichen Schulwesen  
830.000 Euro einzusparen z. B. durch  
Privatisierung und Verstaatlichung be-  
ruflicher Schulen, nicht durchführbar

Reinhard Küffner und Josef Westen-  
thanner (beide BS I Landshut) be-  
stimmt.

Bezirksvorsitzender Rudolf Purye-  
ar und der stellvertretende Landes-  
vorsitzende Hans Käfler dankten der  
scheidenden Vorsitzenden Elke Kraut  
für ihren engagierten Einsatz in den  
letzten Jahren und wünschten der neu-  
gewählten Vorstandschaft viel Glück  
für die anstehende Amtsperiode.

## KV Mittelfranken Nord

### Neuwahlen

Alle vier Jahre sind Wahlen und es  
überrascht doch immer wieder wie  
schnell diese Zeit vergeht. Aus persö-  
nlichen Gründen oder um die Verant-  
wortung in jüngere Hände zu geben

oder weil sie wie Uli Hankel nun  
schon 20 Jahre im Vorstand sind, muss-  
te sich die Zusammensetzung des  
Kreisvorstandes neu zusammenfin-  
den. Die Wahl brachte folgendes Er-  
gebnis:

*Kreisvorsitzender:*

Gerald Wölfel

*Stellvertreter:*

Stefan Baron und Gerhard Thaler

*Schriftführer:*

Hermann Friedrich

*Schatzmeister:*

Werner Liegl

*Pensionistenvertreter:*

Hans Schweiger

Die neue Vorstandschaft wünscht  
sich eine enge Zusammenarbeit mit  
allen Kolleginnen und Kollegen und  
hofft auf viele Wünsche und Anregun-  
gen.

*Werner Liegl*



Die neue Vorstand-  
schaft des Kreisver-  
bandes mit dem Be-  
zirksvorsitzenden  
Horst Lochner. Hinten  
von links: Gerald Wöl-  
fel, Hans Schwaiger  
und vorne von links:  
Gerhard Thaler, Her-  
mann Friedrich, Ste-  
fan Baron, Werner  
Liegl.

sei. Unter dem Beifall der Zuhörer forderte er die Zurücknahme dieses Beschlusses.

In der Diskussion wurde klar, dass der „Verkauf“ der Fachschule für Altenpflege anfangs zusätzliche Kosten entstehen lässt und vor dem Hintergrund des zukünftigen Bedarfs an Altenpflegern in Nürnberg zu überlegen sei. Brigitte Wellhöfer sprach sich deutlich für eine Verbindung der Krankenpflegerschule beim Klinikum Nürnberg mit der Altenpflegeschule aus.

Zu der angestrebten Verstaatlichung erklärte Barbara Regitz, dass der Antrag des Stadtrates in erster Linie den Staat an seine Verantwortung

eher kontraproduktiv sei, da es die Einstellung dringend benötigter Lehrer verhindere, wurde von den Stadträtinnen mit der Aussage beantwortet, man müsse sich auch in Nürnberg der staatlichen Regelung anschließen. Der Stadtrat werde allerdings vor einer endgültigen Entscheidung noch genaue Zahlen bei der Verwaltung anfordern – ein Erfolg der Gesprächsrunde.

In der Schlussrunde unterstrichen die Stadträtinnen nochmals die Bedeutung derartiger Veranstaltungen zum Austausch von Hintergrundinformationen, die für beide Seiten bei der Entscheidungsfindung hilfreich seien.

Dr. Pröb-Kammerer plädierte ent-

sönlichen Gesprächen mit den Vertretern ihres Dienstherrn und der Vorstand war mit dem Ergebnis der Veranstaltung zufrieden.

*Norbert Schammann*

## KV Würzburg

### Kunstgenuss für VLbler

Ein Novum – der Kreisverband Würzburg lädt in den Kulturspeicher ein und viele Mitglieder und deren Ehegatten kamen Anfang Juli, um den Ausführungen der Museumspädagogin Gerda Enk, einer ehemaligen Kol-



Elfriede Sulzer-Gscheidl (stellvertr. KV-Vorsitzende), Stadträtin Barbara Regitz, Armin Ulbrich (stellvertr. Landesvorsitzender), Gerhard Albrecht (Schatzmeister), Norbert Schammann (Kreisvorsitzender).



Was will der Künstler mit seinem Werk zum Ausdruck bringen? – interessiert lauschten die VLbler den Ausführungen von Gerda Enk.

für die Schulen erinnern sollte. An eine Schließung oder eine weitere Reduzierung z. B. der Berufsfachschulen sei nicht gedacht. Im Bereich der Realschulen und Gymnasien werde man versuchen, den Staat verstärkt in die Pflicht zu nehmen.

Auch die Vertreterin der SPD-Fraktion, Dr. Anja Pröb-Kammerer, betrachtet den Verstaatlichungsbeschluss in erster Linie als Auftrag an die Verwaltung, tätig zu werden und Lösungen zu finden, die Einsparungen ohne Qualitätsverlust bewirken.

Das Arbeitszeitkonto für Lehrkräfte an den beruflichen Schulen soll ab dem Schuljahr 2005/06 auch in Nürnberg eingeführt werden. Der Hinweis von Walter Lang, dass die Schülerzahlen in den letzten Jahren stetig zurückgegangen seien und auch für die nächsten Jahre eher ein Schülerlertal denn ein Schülerberg zu erwarten sei, dass das Arbeitszeitkonto außerdem

schieden für die Erhaltung der „Küraufgaben“ an den Beruflichen Schulen und möchte keine Abstriche an Inhalten und Qualität der Bildung aufgrund von Sparzwängen.

Barbara Regitz wies auf die überalterten Kollegien hin und forderte alle Beteiligten auf, dafür zu sorgen, dass junge Lehrkräfte eingestellt werden und nicht auf der Straße stehen.

30 % der Sozialhilfeempfänger in Nürnberg sind unter 18 Jahren. Diesen Jugendlichen müsse durch eine vielfältige und qualifizierte berufliche Bildung eine Chance gegeben werden. Deshalb seien Sparmaßnahmen im Bildungsbereich, so Brigitte Wellhöfer, nicht hinnehmbar.

Alexander Liebel dankte den Politikerinnen für die offenen und kompetenten Aussagen, die Stadträtinnen hoben die konstruktive Zusammenarbeit mit dem VLB hervor, die Mitglieder nutzten die Gelegenheit zu per-

legen der FOS Gestaltung der Stadt Würzburg, zu lauschen. Sie verstand es hervorragend, das vorhandene Interesse aufzunehmen und den Blick für die Werke zu schärfen. Was ist konkrete Kunst? Diese Frage wirkte wie ein roter Faden bei den zwei Führungen, die den Teilnehmern die Augen öffneten für Quadrate und Kreise als harmonische Formen, wobei jede Form seinen Platz hat und die große Konstruktionsleistung der Künstler offenbarte.

*Ingrid Reinwald*

## Studienreise des KV Rosenheim/Miesbach nach Brüssel in den Herbstferien 2004

Der KV Rosenheim/Miesbach bietet in den Herbstferien 2004 eine 5-tägige Studienreise nach Brüssel an. Die von der Europäischen Akademie München (EAM) organisierte Busreise steht unter dem Motto „Europa vor Ort: Brüssel und die Europäische Union“.

**Abfahrt:** Montag, 01. November 2004 um 8.00 Uhr in Rosenheim

**Programm:** Besuche und Gespräche bei den EU-Institutionen (Ministerrat, Parlament, Kommission), ein Besuch bei der NATO und der Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der EU.

1. Tag: Anreise, Zimmereinteilung
2. Tag: Besuch des EU-Parlaments und Gespräche mit Mitglied des EU-Parlaments; Stadterkundung mit Fachvortrag
3. Tag: Besuch EU-Kommission, Ministerrat
4. Tag: Die NATO – Teil der europäischen Sicherheitsarchitektur; Besuch bei der Vertretung der Bundesrepublik bei der EU
5. Tag: Rückfahrt, voraussichtliche Ankunft in Rosenheim ca. 21.00 Uhr

### Leistungen der Veranstalter:

Fahrt mit Bus ab Rosenheim nach Brüssel und zurück  
Übernachtung mit Frühstück in der gewählten Zimmerkategorie  
Teilnahme an den im Programm ausgedruckten Veranstaltungen  
Seminarleitung

**Kosten:** 295 Euro pro Person im DZ (EZ-Zuschlag 125Euro). Dieser Preis ist für eine Teilnehmerzahl von 35 Personen kalkuliert, bei einer höheren Teilnehmerzahl kann sich der Preis auf ca. 270 Euro reduzieren. (Mitglieder des KV-RO/MB erhalten einen Zuschuss i. H. von 100 Euro).

**Anmeldung:** Interessenten melden sich telefonisch oder per Fax bei der Staatl. BS II Rosenheim Martin Jungkunz), Tel.: (0 80 31) 21 68-0, Fax: (0 80 31) 21 68-49

**Information:** Martin Jungkunz, Tel. (0 80 32) 71 20, E-Mail: MJungkunz@web.de

gust 2004 lauten. Dies bestätigten viele Teilnehmer während einer gemeinsamen Informationsveranstaltung der IHK Schwaben, der Regierung von Schwaben und des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen (Bezirk Schwaben) am 24.06.2004 an der Staatlichen Berufsschule Neusäß.

Der Einzelhandel gehört zu den bedeutendsten Ausbildern in Deutschland. Von allen Auszubildenden in Schwaben ist jeder Sechste im Einzelhandel beschäftigt. Die Ausbildungsordnungen der Berufe im Einzelhandel stammen aus den Jahren 1968 (Verkäufer/Verkäuferin) und 1987 (Kaufmann/Kauffrau im Einzelhandel). Für die Bundesregierung war es Ende 2003 höchste Zeit, die Berufsausbildung im Einzelhandel, auch ohne den Konsens des Hauptverbandes des deutschen Einzelhandels (HDE) und der Gewerkschaft Ver.di, zu modernisieren. Damit geht am 1. August 2004 mit hoher Wahrscheinlichkeit eine scheinbar unendliche Geschichte zu Ende.

Um die betrieblichen Ausbilder und die Lehrkräfte der Berufsschulen zeitnah über die anstehenden Veränderungen zu informieren, haben sich die für die Einzelhandelsausbildung in Schwaben verantwortlichen Gremien zusammengetan, um eine Gemeinschaftsveranstaltung zu organisieren. Wie stark das Interesse an der neuen Berufsausbildung war, zeigte die hohe Teilnehmerzahl. Über 130 betriebliche Ausbilder und Lehrkräfte beruflicher Schulen aus ganz Schwaben kamen nach Neusäß. Johann Dandl, Leiter der Ausbildungsberatung der IHK Schwaben und Günther Schuster, Vorsitzender des Rahmenlehrplanausschusses, Fachmitarbeiter der Regierung von Schwaben und Lehrkraft der Berufsschule Neusäß gingen in ihren Referaten ausführlich auf die Veränderungen in der betrieblichen und berufsschulischen Ausbildung ein.

In der betrieblichen Ausbildung werden die Ausbildungsbetriebe künftig neben einem gemeinsamen Pflichtprogramm von insgesamt zwei Jahren Dauer ein betriebsspezifisches Wahlprogramm von einem Jahr auswählen können, damit die Ausbildung besser auf den jeweiligen Betriebstyp ange-

## Referate und Fachgruppen

### FG Handel

### Neue Berufsausbildung im Einzelhandel – Informationsveranstaltung in Neusäß

Modern, praxisnah, flexibel und besser auf die jeweiligen Betriebsformen im Einzelhandel zugeschnitten, so könnte das Fazit über die Neuordnung der Einzelhandelsberufe zum 1. Au-



Schulleiter Jürgen Wunderlich freute sich über das rege Interesse bei der Informationsveranstaltung zur neuen Ausbildung im Einzelhandel.

passt werden kann. Dadurch müsste auch die Zahl der Ausbildungsverhältnisse im erhöht werden können. Im neuen Lehrplan der Berufsschule wird durch das Lernfeldkonzept der im Einzelhandel ohnehin schon sehr praxisorientierte und fächerübergreifende Unterricht noch stärker betont werden.

Rundum zufrieden mit der Veranstaltung waren Georg Eberle, Leiter der Regierungsschuldirektor der Regierung von Schwaben, der auf die unterrichtsorganisatorische Umsetzung an den Berufsschulen im Regierungsbezirk hinwies und Jürgen Wunderlich, Bezirksvorsitzender des VLB Schwaben, der als Schulleiter der Staatlichen Berufsschule Neusäß zugleich auch Gastgeber war. Am Ende der Veranstaltung nutzte Wolf-Dietrich Siebert, Leiter des Geschäftsfeldes Aus- und Weiterbildung der IHK Schwaben, die Gelegenheit brandaktuell den Ausbildungspakt des DIHK vorzustellen. Er lobte die hohe Ausbildungsbereitschaft im Einzelhandel und rief alle Beteiligten dazu auf, die Zahl der Ausbildungsverhältnisse noch weiter zu erhöhen.

Beachten Sie bitte die Internetseite der FG Handel. Dort finden Sie alle einschlägigen Informationen zur Neuordnung im Einzelhandel.

## FG Religion

### 3. Berufsschultag im Religionspädagogischen Zentrum Heilsbronn (RPZ)

Unter dem (zunächst zweideutigen) Motto: „Das Weite suchen“ fand am 18. Juni 2004 im RPZ der Evangelischen Landeskirche Bayern der 3. Heilsbronner Berufsschultag statt. Im Refektorium des alten Zisterzienserklosters konnte OKR Hofmann neben Vertretern der Politik, der Bezirksregierungen, der Katholischen Kirche ca. 150 Teilnehmer begrüßen. Der VLB war u. a. mit den Kollegen Gottfried Bilke, Johannes Fuchs, Hartmut Garreis, Ernst Klein und Dr. Michael Persie vertreten.

Mit mimischen Gesten und unbekanntem Lauten, die das Leitthema der Tagung auf die Bühne brachten, erregte eine Gruppe von Religionslehrkräften zur Eröffnung rasch die Aufmerksamkeit der Anwesenden. Nach der Begrüßung sowie einigen Grußworten, u. a. auch von Ferdinand Hergert vom Katholischen RPZ in München, gab die Organisatorin dieses Tages, Karin Spangler, die das Referat im RPZ für das berufliche Schulwesen leitet, noch die notwendigen organisatorischen Hinweise.

Das Hauptreferat hielt Prof. Dr. Bernd Ott aus Dortmund zum Thema: Berufsschule im Wandel – Wege zum ganzheitlichen und lebendigen Ler-

nen. Bei seinen Ausführungen wurde nun auch dem Letzten deutlich, wie das Motto des Berufsschultages zu verstehen ist. Es soll nach Ott um ein Lernen mit Kopf, Herz und Hand, ein Lernen in Prozessen gehen, in denen die Lehrkräfte noch mehr versuchen sollen, die Schüler/Schülerinnen aufzurichten und weniger zu unterrichten. Ganzheitliches Lernen besteht nach Ott aus der Schnittmenge von beruflicher Kompetenz und Persönlichkeitsentwicklung. Diese Schnittmenge näher zu bestimmen ist wohl eine immer wiederkehrende Aufgabe jeder einzelnen beruflichen Schule, ein prozessuales Geschehen. Von den Lehrkräften verlangt dies aber nach Ott auch ein Los-lernen, weg vom lehrerzentrierten hin zum lernerzentrierten Lernen. Es heißt aber auch, dass bei solch einem Vorgehen, noch weniger wie jetzt, jeder Lernerfolg kontrollierbar ist, evaluiert (!), eventuell sogar von außen (!), werden kann.

Zum Aufrichten der Schüler ist es nach Ott jedoch auch notwendig, dass den Schülern/Schülerinnen ein roter Faden, eine für sie erkennbare Orientierung, sichtbar wird. Sonst wird leicht aus dem ganzheitlichen Lernen ein Lernen ohne erkennbare Zusammenhänge und es geht ihnen wie Mephisto in Goethes Faust: „Er hat die Teile in seiner Hand – es fehlt das geistige Band“. Hier spielt nach Ott ein Verantwortungslernen, d. h. u. a. Verantwortung den Schülern/Schülerinnen zumuten, im Sinne von Maria Montessori: „Hilf mir es selbst zu tun“, eine bedeutende Rolle. Dazu benötigen die Lernenden jedoch Spielräume: Aktivitäts- Dispositions-, Entscheidungs- und Interaktionsspielräume.

Orientierung heißt nach Ott jedoch nicht zu letzt Wertorientierung in einer Gesellschaft der pluralen Werte. Werte, die den Einzelnen stärken, ihn ermuntern für die „eine Welt“, die für irdisches Leben die Lebensgrundlage darstellt, könnten hier richtungweisend sein. Auch die „Goldene Regel“ und der Kant'sche Imperativ wären hier zu nennen. Menschen, die wertorientiert in diesem Sinne leben, so Ott, können ihr Leben selbst führen,



Auch Entspannung und informelle Gespräche durften nicht zu kurz kommen.

sind weniger verführbar. Kein überleben ohne Weltethos! (Hans Küng: Weltethosprojekt).

Eine gute Schule, so Ott, wird auf Lernortkooperation, auf Kooperation, Kommunikation und Teamfähigkeit der Schüler/Schülerinnen und der Lehrkräfte setzen. Eine gute Schule wird den Lernenden eine Lernwelt hin zur Lebenswelt öffnen. Eine gute Schule benötigt eine systemische Schulentwicklung (Niklas Luhmann) und eine pädagogische Schulentwicklung. Nach seinem Vortrag stand Prof. Ott den Zuhörern Rede und Antwort und konnte dadurch seine Ausführungen noch im Detail erläutern und veranschaulichen.

Nach dem für Stammgäste gewohnt exzellenten Mittagessen im RPZ wurden den Teilnehmern von 13.30-15.30 Uhr noch 7 Workshops zu verschiedenen Themen angeboten: Hier waren das Lernen in einem realen Schreibwarenladen in der Schule (B6-Nürnberg), die Schuldnerberatung (ISKA-Nbg.), das Lernfeldkonzept (BS-Erlangen), Krisenseelsorge, Spielräume, außerschulische Lernorte sowie Werte und Persönlichkeitsentwicklung (Prof. Ott) angeboten. Vorgestellt wurde auch noch eine CD-Rom zum „Lebens(t)raum Berufsschule“ – Religionspädagogik und Schulentwicklung“. Bestellmöglichkeit unter <http://www.rpz-heilsbronn.de>.

Zu einem „ganzheitlichen Berufsschultag“ im RPZ gehört natürlich auch eine Abschlussandacht im historischen Münster. Der Leiter des Hauses, Pfr. Klaus Buhl sowie Karin

Spangler, rundeten damit diesen Tag gelungen ab.

Die Fortbildung war konstruktiv für den Berufsschulreligionsunterricht und für Schulentwicklungsprozesse in den jeweiligen beruflichen Schulen. Ohne das große Engagement vieler Mitarbeiter im RPZ und der ausgezeichneten Organisation durch Karin Spangler wäre dies sicherlich nicht so „rund“ gelaufen. Herzlichen Dank dafür an dieser Stelle. *Hartmut Garreis*

## Senioren

### Wichtig für Kolleginnen, die vor dem 31. Dezember 1991 in Teilzeit beschäftigt waren und heute Pension beziehen

#### Der Sachverhalt:

- Der Versorgungsabschlag für Beamtinnen, die vor dem 01. Januar 1992 mit ermäßigter Arbeitszeit beschäftigt waren, ist nach Auffassung des Verwaltungsgerichts (VG) Frankfurt/Main nach europäischem Recht (Urteil vom 16.01.04, AZ 9E 707/08 (V)) rechtswidrig,
- Das VG Frankfurt hatte seine Auffassung zunächst dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Vorabentscheidung vorgelegt und mit Entscheidung vom 23. Oktober 2003 Recht erhalten. Allerdings ist es nach der geltenden Aufgabenverteilung zwischen EuGH und na-

tionalen Gerichten Sache des deutschen Gerichtes, rechtsgültig zu entscheiden.

- Nachdem das VG Frankfurt Revision zugelassen und die Beklagte Sprungrevision eingelegt hat, liegt es nun am Bundesverwaltungsgericht, zu entscheiden – neu zu entscheiden. 1998 und 1999 hatte das Gericht die Kürzung des Ruhegehalts in Fällen der Teilzeitbeschäftigung als gerechtfertigt angesehen.

#### Was ist zu tun?

- Betroffenen „ist anzuraten, die Festsetzung ihres Ruhegehaltes durch die Versorgungsstellen überprüfen zu lassen“ – bzw. gegen die Abzüge Widerspruch einzulegen.
- Auf Anfrage des Bayerischen Beamtenbundes hat das Bayerische Staatsministerium der Finanzen mitgeteilt, dass die Pensionsbehörden angewiesen sind, unter Bezugnahme auf das anhängige Verfahren eingehende Leistungsanträge oder Widersprüche im Einvernehmen mit den Versorgungsempfängern ruhend zu stellen und den Verzicht der Einrede der Verjährung zu erklären (Anweisung durch FMS vom 18. Mai 2004). Um die Rechte zu wahren, müssen die Betroffenen – das ist allerdings unabdingbare Voraussetzung – nur „Überprüfung“ verlangen/Widerspruch einlegen. Weiteres bis hin zur Klage ist wegen der „Ruhestellung“ nicht zu veranlassen.

#### Um welche Beträge geht es?

- Das Verwaltungsgericht Hannover hat mit Urteil vom 25. 03.2 003 der Klage einer pensionierten Realschullehrerin gegen das Land Niedersachsen stattgegeben: Sie erhält zurückwirkend eine um etwa 60 Euro höhere Pension monatlich. *Berthold Schulter*

## Entschiebung des Bundesvorstandes des BRH vom 5. Mai 2004 in Dresden zu Einschnitten im sozialen Netz

Der BRH-Bundesvorstand fordert die Politik namens der gesamten älteren Generation auf, Schluss zu machen mit dem Abbau erarbeiteter Ansprüche. Er stellt überdies fest, dass die Einschnitte zu Lasten der Älteren vorgenommen werden ohne Rücksicht auf die Belastbarkeit des Einzelnen.

1. Durch die Absenkung des Versorgungsniveaus und der Sonderzuwendung hat der Bundesgesetzgeber die Pensionen im Jahr 2004 um 6 Prozent verringert, bis 2012 werden es – wie schon heute feststeht – 10 Prozent sein. Das trifft alle Pensionäre, gleich welcher Besoldungsgruppe, gleichermaßen.
2. Hinzu kommen weitere Maßnahmen, die sich abzeichnen oder schon Gesetz geworden sind, wie die Verschlechterungen des Beihilferechts, die Verdoppelung der Beiträge für die Pflegeversicherung, der stärkere Zugriff bei der Einkommensteuer durch das Alters-einkünftegesetz.
3. Die ehemaligen Behördenangestellten wie auch die Pensionäre, die der gesetzlichen Krankenversicherung angehören, werden überdies durch die verdoppelten Beiträge zur Krankenversicherung belastet. Das trifft in erster Linie die Bezieher der niedrigen Besoldungsgruppen und deren Hinterbliebene.
4. Ausgefallene Rentenanpassungen, Umstellungen bei der Rentenzahlung und anderes mehr belasten die Rentner in einem Maße, wie es das zuvor noch nie gegeben hat, wiederum ohne Rücksicht auf die Leistungsfähigkeit.
5. Die Rentner in den mittel- und ostdeutschen Ländern sind nach wie vor betroffen durch die fehlende Anpassung des Rentenwerts Ost an den Rentenwert West. Schwerwiegende Mängel des Rentenüberleitungsgesetzes (RUG) sind noch immer nicht beseitigt.

Die Bezieher von Renten und Pensionen haben das Land aus den Ruinen wieder aufgebaut. Die Frauen haben in den Trümmern Steine weitergereicht. In den folgenden Jahren hat die Aufbaugeneration hart gearbeitet, bei mehr Arbeitsstunden und weniger Urlaub. Viele soziale Errungenschaften, die heute selbstverständlich sind, waren damals unbekannt. Auf diesen Leistungen beruht unser Wohlstand. Jeder Einschnitt in die erarbeitete Altersversorgung untergräbt auch den Glauben der Jüngeren an die Verlässlichkeit ihrer eigenen Vorsorge. Besonders unangenehm tun sich jene hervor, die ihren Mitbürgern unentwegt raten, sich wieder stärker zu bescheiden, während sie selbst sich die Taschen füllen, obwohl ihre Leistungen alles andere als überzeugend sind.

Der BRH unterstützt und beteiligt sich an Demonstrationen, bei denen diese Doppelzüngigkeit angeprangert wird.

*Quelle: Aktiv in den Ruhestand, BRH-Monatschrift, Heft 6/2004, S. 13*

## Altersdiskriminierung durch Banken

Ein mir vorgetragener Fall: Einer Pensionistin wurde trotz sicherer Pension und trotz möglicher dinglicher Sicherheit ein Kredit zur Auszahlung eines Mitgliedes einer Erbgemeinschaft verweigert. Als Grund wurde in Verbindung mit BASEL II verklausuliert das Alter der Petentin genannt.

Um den Fall allgemein aufzugreifen und eventuell generell weiterzuverfolgen, wäre es notwendig, in Erfahrung zu bringen, ob es sich hier um einen Einzelfall oder eine generelle Handhabung handelt. Sollte letzteres der Fall sein, dürfte es sich um eine anzugreifende – nach EU-Recht unzulässige – Diskriminierung handeln.

Es regen sich auch bei uns erste offizielle Initiativen: Heiko Maas, SPD-Landeschef im Saarland, hat neuest die „Verankerung eines Diskriminierungsverbots für ältere Mitbürger im Grundgesetz“ vorgeschlagen (ZEIT vom 17. 06. 2004). Teilen Sie gegebenenfalls ähnliche Fälle an die VLB-Geschäftsstelle mit. *Berthold Schuler*

## Personalien

### Wechsel im BPR Oberbayern

Nach 22 Jahren verabschiedete sich Peter Wawra aus dem BPR, um in die Freistellungsphase zu wechseln. Während des genannten Zeitraumes hat er 11 Jahre an der Seite von Dietrich Merz gearbeitet, dann übernahm er 1993 den Gruppenvorstand und wurde bis zum Jahre 2000 durch Günther Jakob und von 2000 bis 2002 von Dr. Elfriede Bärwinkel im Amt unterstützt. Mit der Wahl 2002 wurden die Rollen getauscht. Wir bedanken uns ganz herzlich bei Peter Wawra für die geleistete Arbeit und wünschen ihm einen guten Start in die „Freiheit“.

Ab August 2004 rückt Johannes Sommerer in den BPR nach. Er ist seit 1985 an der Berufsschule Pfaffenhofen tätig und dort Fachbetreuer für Landwirtschaft. Sein Zweitfach ist



Johannes Sommer und Elfriede Bärwinkel verabschieden Peter Wawra (rechts).

Sport. Auch im VLB ist er verstärkt aktiv. Er ist Kontaktlehrer, seit 2004 stellvertretender Vorsitzender im KV

Obb-Nordwest und ebenfalls seit diesem Jahr Schriftführer im Bezirk Oberbayern. Für das neue Amt wünschen wir ihm viel Erfolg.

*Dr. Elfriede Bärwinkel*

## Ernst Herdle – 27 Jahre Kassier und Schatzmeister

In der Bezirksdelegiertenversammlung am 26.06.2004 in Neusäß stellte der langjährige Schatzmeister des Bezirksverbandes Schwaben, Ernst Herdle, von der Staatl. Berufsschule Günzburg, Außenstelle Krumbach sein Amt zur Verfügung. Herdle übernahm 1977 im Verband Bayerischer Landwirtschaftslehrer (VBL) die Funktion des Kassiers. Nach dem Zusammenschluss von VBL und VBB im Jahre 1980 wurde er dessen Schatzmeister. Dies blieb er auch, nachdem sich der VDH mit dem VBB zusammenschloss und nun unter VLB firmierte.

Ernst Herdle begründet sein langjähriges Mitmachen im Verband mit der Bedeutung einer berufsständischen Vertretung, „auch wenn er schon bessere Zeiten als die jetzigen erlebt hat.“ Aber gerade in schwierigen Zeiten ist für ihn eine Interessenvertretung umso wichtiger. Herdle ermunterte die anwesenden Mitglieder auch weiter aktiv die Interessen unseres Berufsstandes zu vertreten und bedankte sich für die gute Zusammenarbeit in der Vorstandschaft.

Als Dank für seine langjährige, äußerst zuverlässige Tätigkeit erhielt der

Gartenliebhaber Herdle ein Rosenstöckchen. Der Bezirksvorstand wünscht seinem treuen Mitglied für den Ruhestand Gesundheit und Gottes Segen.

*Jürgen Wunderlich*

## Bruno Schicketanz ist im Alter von 76 verstorben.

Bruno Schicketanz war von seinem Referendariat bis zu seinem Tod Mitglied in unserem Verband. Er war aber nicht nur Mitglied, sondern ein Kollege, der auch Verantwortung übernahm.

Acht Jahre lang war er Vorsitzender des Kreisverbandes Mittelfranken - Nord. In diese Zeit fällt die Umgestaltung der Kreisverbände und die Vereinigung der Bereiche Agrar- und Gewerbelehrer. Während dieser Zeit hat er an vielen Berufsbildungskongressen und standespolitischen Veranstaltungen teilgenommen und dort zum Wohle der Kollegen gewirkt.

Unvergessen sind die geselligen Veranstaltungen im Verbindungsturm der Onoldia und die Weihnachtsfeiern mit stets großer Teilnehmerzahl.

Als Lehrer und Kollege war er bekannt für seine Fähigkeit mit den wohl schwierigsten Schülern der Berufsschule, den Jungarbeitern, umzugehen. Hier leistete er durch seine freundliche und entgegenkommende Art Enormes.

Wir, die ihn kennen und erleben durften, werden stets seiner gedenken.

*Werner Liegl*

## Wir gratulieren im Oktober ...

### ... zum 80. Geburtstag

**Donhauser, Marianne**, 29.10.  
92224 Amberg, KV Amberg-Sulzbach  
**Geiersberger, Hubert**, 24.10.  
81929 München, BV München

### ... zum 75. Geburtstag

**Unterseher, Gerhard**, 13.10.  
94354 Haselbach, KV Donau-Wald  
**Weber, Franz**, 17.10.  
93049 Regensburg, KV Regensburg  
**Weber, Gustav**, 28.10.  
97084 Würzburg, KV Würzburg

### ... zum 70. Geburtstag

**Dichtl, Gabriele**, 10.10.  
86551 Aichach, KV Nordschwaben  
**Helfrich, Arno**, 10.10.  
81245 München, BV München  
**Mielich, Peter**, 01.10.  
92676 Eschenbach, KV Opf.-Nord

### ... zum 65. Geburtstag

**Donat, Walter**, 29.10.  
90475 Nürnberg, KV Mfr.-Nord  
**Hagen, Robert**, 13.10.  
95497 Goldkronach,  
KV Bayreuth-Pegnitz  
**Mayer, August**, 09.10.  
97084 Würzburg, KV Würzburg  
**Schech, Eustachius**, 20.10.  
94348 Atting, KV Donau-Wald  
**Schickl, Horst**, 13.10.  
84533 Haiming,  
KV Altötting-Mühldorf  
**Schönwetter, Erich**, 13.10.  
85241 Hebertshausen, BV München  
**Trautmann, Helmut**, 03.10.  
92237 Sulzbach-Rosenberg,  
KV Amberg-Sulzbach  
**Vieweg, Günther**, 21.10.  
88131 Lindau, KV Allgäu  
**Ziegler, Erika**, 14.10.  
82205 Gilching, BV München

### ... zum 60. Geburtstag

**Barth, Alfons**, 25.10.  
92665 Altenstadt, KV Opf.-Nord  
**Bösl, Wilma**, 14.10.  
84034 Landshut, KV Landshut  
**Feulner, Klaus**, 04.10.  
95326 Kulmbach, KV Ofr.-Nordwest  
**Frahm, Wilfried**, 05.10.  
93339 Riedenburg, KV Landshut



Hans Käfler und Jürgen Wunderlich bedankten sich bei Ernst Herdle für die hervorragende Kassenführung während der letzten 17 Jahre für den Bezirksverband.



**Gatzky, Joachim**, 09.10.  
84032 Altdorf, KV Landshut  
**Klinger, Johanna**, 13.10.  
91522 Ansbach, KV Mfr.-Süd  
**Koepe, Ulrike**, 15.10.  
91058 Erlangen, KV Mfr.-Nord  
**Kranzfelder, Manfred**, 08.10.  
86459 Gessertshausen, KV Augsburg  
**Mintschke, Volker**, 22.10.  
84034 Landshut, KV Landshut  
**Müller, Hellmut**, 04.10.  
90469 Nürnberg, KV Nürnberg  
**Ullrich, Heinz**, 09.10.  
96328 KÜps, KV Ofr.-Nordwest  
**v. Oberkamp-Lochmüller, Heidrun**, 22.10.  
81245 München, BV München  
**Wiedmann, Josef**, 17.10.  
93413 Cham, KV Cham  
**Wildenauer, Heinz**, 08.10.  
92442 Wackersdorf, KV Schwandorf  
**Wolfrum, Bernd**, 21.10.  
92637 Weiden/Opf., KV Opf.-Nord

## In den Ruhestand sind gegangen ...

**Bittl, Hermann**, KV Würzburg  
**Feix, Arnold**, KV Mfr.-Süd  
**Fiederer, Elmar**, KV Augsburg  
**Mayer, August**, KV Würzburg  
**Schmatz, Elmar**, KV Regensburg  
**Schmidt, Axel-Wolfgang**, KV Nürnberg  
**Schönwetter, Erich**, BV München  
**Schütz, Roland**, KV Mfr.-Süd  
**Schulz, Michael**, KV Neumarkt  
**Staudt, Marianne**, KV Nürnberg  
**Taubenböck, Johann**, KV Ndb.-Ost  
**Wanner, Walter**, KV Regensburg  
**Ziegler, Erika**, BV München

## Wir trauern um ...

**Rabl, Josef**, KV Landshut (85)  
**Schicketanz, Bruno**, KV Mfr.-Nord (76)  
**Zeitler, Robert**, KV Augsburg (66)

## Vermischtes

### Hätten Sie's gewusst?

### Bulgarien das Land der Rosen, der Kirchen und Klöster!

Der VLB Mittelfranken mit 45 Reise- teilnehmern hat das vom 31. Mai bis 9. Juni 2004 auf einer fast 2000 km langen Kulturreise durch Bulgarien im wahrsten Sinne des Wortes erfahren. Kaum steigen wir am Flugplatz der Landeshauptstadt Sofia in unseren zukünftigen Reisebus, schon erhalten wir von unserer Reiseleiterin Dani einen Blumengruß überreicht. Noch waren es rote Nelken, auch für die Herren, so emanzipiert ist man in diesem herrlichen Land. Ein herzlicher Empfang.

Unsicherheit bei den VLB-lern; Was erwartet uns? Wie ist das Hotel? Was bietet die Gastronomie? Wie sind die Preise? – Lauter lebenswichtige Fragen, aber „unsere Dani“ beantwortet alle, löst fast alle Probleme; selbst vertauschte Koffer tauchen wieder auf. Wir können rundum zufrieden sein.

Entspannt genießen wir das Abendessen im Hotel, immer mit einem Glas Rot- oder Weißwein und selbstverständlich frischem Wasser. Sprachprobleme treten kaum auf, das freundliche Personal versteht fast überall Deutsch oder unser mehr oder weniger gutes Englisch. Schwierigkeiten gibt es eher bei der bulgarischen Schrift auf der Speisekarte, aber bald kannte jeder seine Liebesspeise.

Gestärkt fahren wir am nächsten Morgen mit dem Bus über den Vitinja-Pass im Balkengebirge nach Trojan, der Stadt der Meister, bestaunen die Holzschnitzereien im Trojan-Kloster, Weiterfahrt zum Museumsdorf Arabanassi, dort Besichtigung einiger alter attraktiver Häuser, einer Kirche und anschließend eine Weinprobe im nahegelegenen Weindorf Ljaskovetz. Abendessen und Übernachtung im Veliko Tarnovo, das wir am nächsten Morgen besichtigen. Dort in der ehemaligen Hauptstadt des II. bulgari-

schen Reiches, malerisch über den Steilufern des Janta-Flusses liegen wiederum Paläste, Kirchen, Treppengassen und alte Wohnhäuser. Auf dem Hügel Caravec stehen noch die Reste des einst riesenhaften Zarenpalastes samt der dazugehörigen 21 Kirchen.

Anschließend Weiterfahrt nach Varna zur „Perle der bulgarischen Schwarzmeerküste“, einer Stadt mit einer 2500 Jahre alter Geschichte. Die römischen Thermen und die Kathedrale stehen zur Besichtigung an, ehe die Fahrt nach Baltschik geht. Hier, herrlich an der Küste gelegen, Besichtigung des botanischen Gartens und der Sommerresidenz der rumänischen Königin Maria. Dabei erfahren wir auch etwas über die im Lauf der Zeit immer wieder veränderte Landesgrenze.

Danach erwartet uns in Sokolovo eine kurze Rundfahrt auf Eselskarren ehe bei uns ein typisches Dorfessen mit Schnaps, Wein und Tanz die Stimmung gewaltig hebt.

Von Varna aus geht es in das kleine Hafenstädtchen Nassebar (UNESCO-Weltkulturerbe), das man nur über einen schmalen Damm erricht. Auf diese Insel verbannten byzantinische Kaiser in Ungnade gefallene Adlige, die sich dort Wohnhäuser und für jede Familie eine Kirche – insgesamt 40 – bauten. Ein kurzer Bummel und eine kleine Seefahrt runden den Vormittag ab ehe es weitergeht nach Kazanlak im Rosental. Die Stadt ist für das thrakischen Grabmal aus dem vierten vorchristlichen Jahrhundert und die Rosenölerzeugung bekannt. (Besichtigung einer Rosenöl-Destillieranlage)

Spät am Abend erreichen wir Plovdiv. Am nächsten Tag folgt ein Rundgang durch die Altstadt, wir sehen hübsche Gärten, Bürgerhäuser aus dem 18. und 19. Jahrhundert, die an die bulgarische Wiedergeburtzeit erinnern. Auch ein von dem Kaiser Marc Aurel angelegtes Amphitheater (2. Jahrhundert) wir uns gezeigt. Nach dem Abendessen lassen wir den Tag ausklingen.



Staunten immer wieder über die bulgarischen Sehenswürdigkeiten. Die Mittelfranken „on tour“.

Am nächsten Morgen Abfahrt zum idyllisch gelegenen Batschkovo-Kloster. Wir sehen Fresken aus dem 17., 18. und 19. Jahrhundert im Refektorium und in den 3 Klosterkirchen.

Vorher entschließen wir uns jedoch, da das Wetter umzuschlagen droht, zum geplanten Besuch auf dem Gipfel Snejanka (1926m) im Rhodopengebirge. Wir hatten Pech.

Die Fahrt mit dem offenen Sessel-Lift bei Regenwetter und einer Temperatur von ca. 8 Grad bleibt sicher den meisten unvergessen. Am Abend wurden wir dann entschädigt in einem schönen interessantem Restaurant mit landestypischen Speisen und Folklore-Darbietungen.

Leider regnet es immer noch, so dass einige den Weg mit dem Taxi zurücklegten.

Nach dem Frühstück Abfahrt zum hoch im Rila-Gebirge gelegenen Rila-Kloster, einem UNESCO-Denkmal. Ach hier haben Holschnitzer und Maler sowie die Baumeister hervorragende Arbeit geleistet. Am Abend erreichen wir Sofia, den Ausgangspunkt unserer Rundreise und besuchen am nächsten Tag die Alexander-Nevski-Kathedrale und das National-Historische Museum, das in der ehemaligen Schivkov-Residenz sehr übersichtlich ca. 22.000 Ausstellungsstücke der Geschichte auf dem heutigen bulgarischen Territorium der letzten 2000 Jahre zeigt, unter anderem das „Gold der Thraker“.

Das Abendessen wir im Vitoscha-Gebirge mit Folklore, einem Feuerläufer und bulgarischen Spezialitäten serviert. Einige haben sogar das Tanzbein geschwungen ehe es zur letzten Übernachtung nach Sofia zurückging. Auf der Heimfahrt wurde „unserer Dani“,

dem Busfahrer Peter und vor allem dem Ehepaar Lochner für die perfekte Organisation gedankt mit dem Wunsch nach weiteren erlebnisreichen VLB-Fahrten. Dani schenkte jedem zum Abschied eine rote Rose sowie eine Martenica.

*Gerwolf Hergert*

## Kunsthistorisches Flandern

Der Bezirksverband Unterfranken rief – und wieder strömte der Fanclub in Würzburg zusammen, um einen noch relativ unbekanntem Landstrich Europas zu erkunden. Um es vorweg zu nehmen – Gottfried Berger präsentierte uns das Land der Belfriede und Beginenhöfe nicht als löchrigem Fleckerlteppich, sondern als flandrische Tapiserie vom Feinsten, d. h. als perfektes, Wesentliches herausstellendes und Historie und Kunstgeschichte verknüpfendes farbiges Gewebe.

Es startete also ein buntes Völkchen aus Franken und Altbayern gen Westen nach Belgien, und manch einer erwartete in seinen Vorstellungen

neben grau verhangenem Himmel ein hinter den Dünen liegendes, plattes, grünes Kuchenblech mit pittoresken Häuschen und ein paar Kühen oder die ehemals blühende Hansestadt Brügge. Aber gleich die Begegnung mit der vom ersten Eindruck her mausgrauen Stadt Zoutleeuw öffnete uns schlagartig die Augen: die von den calvinistischen Bilderstürmern verschonte Kirche St. Leonhard ist eine absolute Sehenswürdigkeit brabantischer Spätgotik. Der einsetzende Regen konnte uns die Erkundung der Universitäts-, Kultur- und Brauereistadt Leuven nicht vermiesen. Am nächsten Tag empfing uns Lille, die Europäische Kulturhauptstadt 2004 und ehemalige Hauptstadt von Französisch-Flandern. Neben einer Rubensausstellung weckten vor allem die im flämischen Renaissancestil erbaute Alte Börse und die wunderbar restaurierte Altstadt mit dem Geburtshaus von Charles de Gaulle unser Interesse. Die entzückende Stadt Tournai begeisterte uns mit ihrem Stadtbild. Ein Höhepunkt war die Kathedrale Notre-Dame, ein Kunstwerk romanisch-gotischer Baukunst.

Den Stadtrundgang in Antwerpen begannen wir am Rubenshaus in naher Nachbarschaft zu unserem Hotel. Der Hauptbahnhof dieser Stadt wird nicht zu Unrecht als „Kathedrale der Eisenbahn“ bezeichnet. Weitere Ziele waren der Grote Markt mit den Gildehäusern und dem Brabo-Brunnen und das Kai der Schelde; sehr beeindruckt hat uns die Kathedrale mit drei gigantischen Gemälden von Peter Paul Ru-



Gottfried Berger (vorne 4. von links) inmitten seiner Reisebegleiter.

## Wir optimieren Ihre Versicherungen



Unabhängiger Versicherungsmakler



**Kompetenz und Erfahrung**  
**Versicherungs**  
**Kontor**

Inh.: Elke Wiedmann

Kister Straße 34  
97204 Höchberg

Tel.: 0931 / 92353 - Mob: 0172 / 6612918 - FAX: 0931 / 960419  
E-Mail: peter.wiedmann@t-online.de

## z.B. Die Lebensversicherung mit Beitragsdepot

**- letzte Chance für steuerfreie Kapitalauszahlung!**

Sie wollen einmalig einen höheren Geldbetrag anlegen? Dabei eine attraktive Rendite erzielen, Steuervorteile nutzen und gleichzeitig hohe Sicherheit genießen?

- 4,3% Depotzins für Depoteinlagen bis 49.999
- 4,5% Depotzins für Depoteinlagen ab 50.000
- steuerfreie Kapitalauszahlung bei Abschluß bis 1.12.04
- Attraktive Rendite
- Garantierte Leistung nach Ablauf von 12 Jahren

bens. Als angenehmen Kontrast empfanden wir am Nachmittag einen Spaziergang durch das Freilichtmuseum Middelheimpark, einem Arboretum mit Exponaten moderner Bildhauer. Den Tag rundete ein Besuch des von Wasserwegen durchzogenen Städtchens Lier mit der hochgotischen Kirche St. Gummarus ab.

Brügge und Gent dürfen wohl in keiner Flandernreise fehlen. Auch wir genossen deren Kostbarkeiten in vollen Zügen. Beim Abstecher nach Kortrijk erinnerten uns die vom Gewölbe der Liebfrauenkirche hängenden goldenen Sporen an den Sieg der Flamen über die französische Reiterarmee 1302. Welcher der zahlreichen Beginghöfe ist wohl der schönste? Der von Kortrijk gehört jedenfalls zur Spitze.

In Mechelen regierte Margaretha von Österreich, die Tante Karls V., an deren Residenz dieser erzogen wurde. 1530 wurde Brüssel zur habsburgisch-flandrischen Hauptstadt. Die beiden Städte waren uns lohnende Besichtigungsziele. Zum Abschluss des Städtetages bot sich Lüttich dar. Das Vorurteil, dass diese Stadt nur eine scheußliche Industriestadt sei, wurde gründlich widerlegt. Dies gilt übrigens auch für die nordfranzösische Stadt Lille. Moderne Kunstwerke harmonierten z. B. wunderbar mit der Kirche St. Barthelemy, dessen romanisches Taufbecken aus Messingguss uns nachhaltig beeindruckte. Die in jeder Hinsicht harmonische Reisegesell-

schaft unterbrach in Seligenstadt die Heimreise, um der ehemaligen Benediktinerabtei mit einem wunderschönen Kräutergarten die Aufwartung zu machen. Bald hieß es in Würzburg Abschied nehmen von alten, aber auch neu gewonnenen Freunden, um der Heimat zustreben.

Gottfried Berger verstand es nicht nur, die Reisegruppe im Bus verbal und unterstützt durch Video auf die bevorstehenden Ziele vorzubereiten und vor Ort das Angekündigte zu erläutern, sondern auch manchen Teilnehmer anzuregen, sich mit der einen oder anderen historischen oder kulturgeschichtlichen Situation bei einem weiteren Besuch oder durch Studium entsprechender Literatur zu befassen, um z. B. Zusammenhänge besser begreifen zu können – hat damit der Reiseleiter als ehemaliger Lehrer sein Ziel nicht mehr als erreicht?

*Hans Stojetz*

### Zum Vormerken:

#### VLB-Pfingstreise 2005: BURGUND

Durch die Herzöge von Burgund hat dieses Land eine lange geschichtliche Gemeinsamkeit mit Flandern. Eine weitere wichtige Prägung erhielt Burgund durch Cluny. Dieser Landstrich gehört zu den schönsten und reichsten Regionen Europas mit Hunderten romanischer Kirchen, mit Burgen und Herrensitzen, seinen Dörfern und Klöstern, ohne ihre geschichtlichen, literarischen und natürlich gastronomischen Schätze zu vergessen.

### Autorenverzeichnis

#### Boxleitner, Jürgen

Geheimrat-Frank-Str. 1,  
94566 Riedlhütte,  
Tel.: 08553 - 97 99 30

#### Feuchtmayr, Andrea

Barer Str. 29,  
80799 München,  
Tel.: 089 - 2 38 05 - 292

#### Preissl, Hans

BS, Am Fernsehturm 1,  
94036 Passau,  
Tel.: 0851 - 9 59 13 00

#### Sauerwein, Hermann

VLB-Landesvorsitzender  
Walter-von-der-Vogelweide-Str. 22,  
97074 Würzburg,  
Tel.: 0931 - 8 12 10

#### Schulter, Berthold

VLB-Seniorenbeauftragter  
Weitlstr. 66,  
80935 München,  
Tel.: 089 - 38 58 40 84

#### Seifried, Jürgen/Sembill, Detlef

Kapuzinerstr. 25,  
96045 Bamberg,  
Tel.: 0951 - 8632761

#### Zeppenfeld, Elisabeth

TUM, Lothstr. 17,  
80335 München,  
Tel.: 089 - 28 92 43 - 00

## Lehrer boykottieren das IHK-Examen

Berufsschulpädagogen wollen für Prüfertätigkeit Zeitausgleich oder mehr Entschädigung

**Würzburg/Aschaffenburg.** Weil sie nicht mehr für einen Stundensatz von fünf Euro arbeiten wollen, hat die Mehrzahl der Berufsschullehrer ihre Mitwirkung an den Prüfungen der Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt eingestellt. Obwohl Forderungen nach einer Verdreifachung der Entschädigung auch am Untermain erhoben werden, blieb die IHK Aschaffenburg von den Auswirkungen des Lehrerstreiks bislang noch verschont.

Die in den Prüfungsausschüssen tätigen Lehrkräfte wollen nicht länger einsehen, warum sie für ihre Zusatzarbeit nach den gleichen Richtlinien entlohnt werden wie Laienrichter im Schöffengericht. Diese erhalten bislang einen Stundensatz von vier Euro, der seit Monatsbeginn auf fünf Euro erhöht wurde.

Das für die IHK-Prüfungen zuständige Wirtschaftsministerium spricht ebenso wie Kammern von einem Ehrenamt, für das es kein herkömmliches Honorar, sondern nur eine »Entschädigung« gebe. Beim Kultusministerium hingegen zweifelt man die Vergleichbarkeit eines Laienrichters mit der Tätigkeit eines Prüfers an. »Wir würden eine höhere Entschädigung begrüßen und verhandeln deshalb mit dem Wirtschaftsministerium«, berichtete ein Sprecher gegenüber unserer Zeitung. Wie auch der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern (VLB) verweist das Kultusministerium auf die Sätze bei den Handwerksprüfungen. So können Berufsschullehrer, die für die Handwerkskammer für Unter-

franken tätig sind, mit 12,50 Euro pro Stunde rechnen.

Auf diesen Vergleich will man sich bei der Industrie- und Handelskammer aber nicht einlassen. »Bei den Kollegen vom Handwerk sitzen viel mehr Selbstständige mit Verdienstaufschlag in den Prüfungsgremien«, argumentiert der Aschaffener IHK-Geschäftsführer Dieter Schwager. Beim Kultusministerium räumt man ein, dass sich der »Ausfall« bei den Lehrern in Grenzen hält. Bis zu zehn Unterrichtsstunden würden Prüfern auf ihre Stundenpflicht in der Schule angerechnet.

### »De facto nur ein Trinkgeld«

»Das gilt nicht für die Lehrer von Abschlussklassen, die keinerlei Anrechnung beanspruchen können«, kontert VLB-Landesvorsitzender Hermann Sauerwein. Seinem Verband gehe es angesichts der zusätzlichen Verpflichtungen durch die Staatsregierung vor allem um die Belastungen der Lehrer. Wenn es dafür keinen Zeitausgleich gebe, sei der Einsatz als Prüfer eine »Nebentätigkeit im dienstlichen Interesse«, die angemessen vergütet werden müsse.

Sauerwein: »Die Industrie- und Handelskammern zahlen de facto aber nur ein Trinkgeld«. Eine Mitwirkung bei den Prüfungen werde es deshalb erst dann wieder geben, wenn in diesem Punkt eine akzeptable Regelung gefunden sei.

Das bekommt derzeit vor allem die Würzburger IHK zu spüren. Nachdem einige Lehrer schon beim Wintertermin ausgestiegen waren, blieben die Pädagogen den Sommerprüfungen »flächende-

ckend« fern. Da 340 der insgesamt 1200 Prüfer Lehrer sind, musste der zuständige IHK-Referent Hans Dengel mit einiger Mühe für Ersatz sorgen.

Dass nun Vertreter aus dem Arbeitgeber- und Arbeitnehmerlager nachrückten, empfindet mancher Auszubildende als Nachteil, weil der eigene Lehrer als Prüfer eine berechenbare Größe gewesen wäre. Noch komplizierter wird die ganze Angelegenheit, weil im Zuständigkeitsbereich der Würzburger Kammer im Oktober die Neubesetzung der Gremien ansteht. Der VLB empfiehlt seinen Mitgliedern, nicht die von der IHK verwendeten Formulare zu unterschreiben, die eine »Mitwirkung« vorsehen.

Statt dessen sollen die Lehrer eigene Formulare einreichen, die den Begriff »Berufung« enthalten. Dazu der VLB: »Das bedeutet nach unserer Auffassung, wir bleiben für die nächsten fünf Jahre in den Ausschüssen vertreten. Ob wir dann tatsächlich bei den nächsten Prüfungen in den Ausschüssen mitwirken werden, werden wir jeweils vor den Prüfungen entscheiden.« Bislang hat es keiner der Beteiligten auf eine offene Konfrontation angelegt, weshalb der Lehrer-Streik der Öffentlichkeit lange Zeit weitgehend verborgen blieb. Bei der IHK Aschaffenburg versichert man denn auch, man suche nach Lösungen.

Großen Spielraum gibt es dabei aber nicht. Eine Anhebung der Prüfervergütung auf 15 Euro würde bei der Aschaffener Kammer über 500 000 Euro Mehrkosten verursachen, die man nicht auf die Prüfungsgebühren abwälzen könnte.

Rainer Reichert